



**„Es ist genug  
für alle da“**

## **Geschäftsbericht 2009**

Das Diakonische Werk  
der EKD im 50. Jahr der  
Aktion „Brot für die Welt“



**00 Editorial**

- 02 Vorwort des Vorstandes
- 04 Mitten im Leben – Höhepunkte 2008/2009

**06 FotoKunst „Es ist genug für alle da“**

**28 Unsere Themen**

- 30 Diakonie im Haus des Lebens
- 33 Der Mensch im Mittelpunkt
- 38 Die Grundlage kirchlichen Handelns
- 40 Dem Vertrauen verpflichtet
- 44 Diakonische Initiative wurde wirksam
- 48 Teilhabe und Selbstbestimmung
- 59 Ein zukunftsfähiger Lebensstil und Unterstützung der Armen

**68 Unsere Zahlen**

- 70 Bilanz
- 72 Gewinn- und Verlustrechnung
- 73 Lagebericht
- 88 Organigramm

## Diakonie in Zahlen

<b>Bundesverband</b>	<b>1</b>
<b>Landesverbände</b>	<b>20</b>
<b>Fachverbände</b>	<b>76</b>
<b>Einrichtungen</b>	<b>28.000</b>
<b>Plätze in Pflegeheimen</b>	<b>140.000</b>
<b>Hauptamtliche Mitarbeitende</b>	<b>444.000</b>
<b>Ehrenamtliche Mitarbeitende</b>	<b>400.000</b>
<b>Ausbildungsplätze</b>	<b>27.000</b>

## **Unser Selbstverständnis**

**Die Diakonie ist die soziale Arbeit der evangelischen Kirchen. Weil der Glaube an Jesus Christus und praktizierte Nächstenliebe zusammengehören, leisten diakonische Einrichtungen vielfältige Dienste am Menschen.**

**Sie helfen Menschen in Not und in sozial ungerechten Verhältnissen. Sie versuchen, die Ursachen dieser Notlagen zu beheben. „Diakonie“ leitet sich vom griechischen Wort für Dienst ab.**

## Vorwort des Vorstandes

Das Motto, unter das wir den Geschäftsbericht des Diakonischen Werkes der EKD für 2008/2009 gestellt haben, ist zugleich das Motto der diesjährigen Aktion von „Brot für die Welt“. „Es ist genug für alle da.“ Ein wunderbarer Satz, und beruhigend, eine Verheißung. Dieses Motto verweist auf das Vertrauen von Christinnen und Christen auf die Barmherzigkeit und Gerechtigkeit Gottes, der alle Menschen satt machen kann. „Es ist genug für alle da“ ist ein Satz des Glaubens an Gottes Zusage, allen ihr tägliches Brot zu gewähren. Jesus speist die Fünftausend, indem er Fisch und Brot segnet und die Menschen teilen lässt (Matthäus 14, 13–21). Alle werden an diesem Abend satt. Glaube, Liebe und Gerechtigkeitssinn machen es möglich, der Skepsis der Jünger zum Trotz.

Aber wo ist dieses Wunder von Kapernaum heute, mögen viele sofort denken? Was ist mit all den Menschen in unserem Land, die von Hartz IV leben und am Monatsende nicht mehr wissen, womit sie ihre Lebensmitteleinkäufe begleichen sollen; was ist mit den Kindern in Deutschland, deren Eltern ihnen ihr Schulmittagessen nicht bezahlen können? Oder warum sitzt, wie auf einem der ausdrucksstarken Bilder, die auf den folgenden Seiten Menschen in Benin/Afrika zeigen, warum sitzt dort ein mageres Mädchen auf einer Brücke, umgeben von leeren Körben?

Die Bauern und Landarbeiter, die überall auf der Welt ihre Felder bestellen, könnten die rasant gewachsene Menschheit ernähren. Die Weltgesundheitsorganisation hat errechnet, dass die derzeit produzierten Nahrungsmittel für 12 Milliarden Menschen reichen – vorausgesetzt, alle Menschen erhalten gerechten Zugang dazu. Der Hunger in der Welt ist – neben anderen Faktoren – wesentlich eine Folge von Ungerechtigkeit, schlechter Verteilung und rücksichtslosem Gewinnstreben. Und auch die großen sozialen Unterschiede mit einer stetig steigenden Zahl immer ärmer werdender Menschen, denen immer weniger sehr Wohlhabende gegenüberstehen, sind auf Ungerechtigkeiten in der Verteilung des Wohlstands, auf falsche staatliche Steuerung, Misswirtschaft, Korruption und mangelnde ethische Orien-



Cornelia Füllkrug-Weitzel, Dr. Bernd Schlüter, Klaus-Dieter K. Kottnik,  
Dr. Wolfgang Teske  
Foto: Diakonie

tierung zurückzuführen. Überall zeigen sich Risse, manche sind bereits zu großen, unüberwindlichen Klüften geworden. Diakonie will Brücken bauen und kann Brücken bauen – bei uns und weltweit, zwischen uns und Menschen in der ganzen Welt.

Brücken, die fremde Lebenswelten füreinander erschließen, statt Lebenswelten voneinander abzuschotten – wo, wenn nicht in der Diakonie wäre diese Fähigkeit gefragt; die geplante Fusion zwischen EED und dem Diakonischen Werk der EKD mit seinen nationalen und internationalen Arbeitsbereichen wird von dieser Logik geleitet. Die Diakonie hat bereits bewiesen, dass sie diese Fähigkeit hat! 20 Jahre nach dem Mauerfall erinnern wir uns in besonderer Weise, dass die Diakonie Brücken der Verständigung zwischen Ost und West geschaffen hat, und zwar genau dadurch, dass sie der jeweils anderen Seite neue Einsichten ermöglichte. Das Erinnern daran stand im Zentrum des diesjährigen Jahresempfanges des Diakonischen Werkes der EKD.

Brücken bauen, Brücken erkennen, Brücken begehen – in Begegnungen im ganz nahen Bereich. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Diakonie, die helfen, pflegen, beraten, begleiten und damit der Diakonie überhaupt erst ein Gesicht geben. Mit der Aktion „Weil wir es wert sind“ hat das Diakonische Werk der EKD das gemeinsame Ziel aller in der Diakonie Arbeitenden wieder in den Mittelpunkt gestellt. Auch für diejenigen, die in der Diakonie als Führungskräfte Verantwortung übernommen haben, gilt das Brückenbauen, Brücken erkennen, Brücken begehen. In Begegnungen mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, in denen es darum geht, die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik und der Welt gerechter zu machen. Wenn es darum geht, für Stabilität, Nachhaltigkeit und Menschenwürde einzutreten, für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

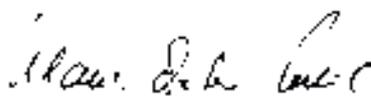
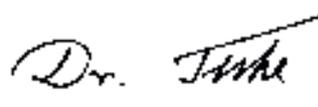
Gerechtigkeit ist, wenn Menschen nach einem langen Arbeitsleben auch eine ordentliche Pflege erhalten können, wenn Arbeit auf einem angemessenen Niveau entlohnt wird und sich alle jungen Menschen gleichermaßen die Bildung leisten können, die sie sich wünschen. Wenn die Gehälter für Manager auch für „Normalverdiener“ nachvollziehbar und an messbarer Leistung orientiert sind. Gerechtigkeit ist, wenn das Menschenrecht auf Nahrung weltweit geachtet und verteidigt wird, wenn Menschen an den wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten teilhaben können und wenn die natürlichen Lebensgrundlagen vor Zerstörung geschützt werden. Nur dann kann der soziale Friede erhalten, der Weltfriede weitgehend gesichert werden.

Diakonie und Kirche sind sich bewusst, dass ihr Erfolg im gemeinsamen Auftreten liegt. Und doch werden wir, wie in einer guten Ehe, weiterhin viel an diesem Verhältnis arbeiten müssen, es bewusst pflegen, bis das Miteinander wirklich Kultur geworden ist. Die Evangelische Kirche in Deutschland und das Diakonische Werk der EKD sehen hier eine wichtige Aufgabe und stellen sich ihr. Das gilt gemeinsam für Kirche und Diakonie in einem Stadtteil im Miteinander mit anderen Interessengruppen und sozialen Initiativen. Mit dem Thema „Gemeinwesendiakonie“ hat das Diakonische Werk der EKD eine neue Sensibilität für diese Frage geweckt.

Brücken bauen, Brücken erkennen, Brücken begehen, das gilt in unserem Land besonders im Hinblick auf oftmals schon lange hier Beheimatete und immer noch Fremde. Das Diakonische Werk der EKD hat sich in diesem Jahr des Themas „Einwanderungsgesellschaft“ in besonderer Weise angenommen.

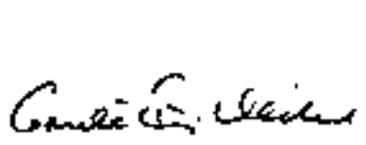
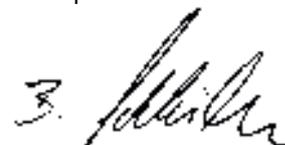
Brücken bauen, Brücken erkennen, Brücken begehen – wo wäre das sichtbarer und greifbarer als in der Brücke, die „Brot für die Welt“ zwischen Norden und Süden, Osten und Westen geschaffen hat? 50 Jahre „Brot für die Welt“ machen dankbar, sind aber zugleich auch Aufforderung, sich nicht damit abzufinden, dass sich die Welt in Arm und Reich teilt. Denn, davon sind wir überzeugt: „Es ist genug für alle da.“ Die Fotografien, die im künstlerischen Teil des Geschäftsberichtes unsere Blicke bannen, wollen auf ihre Weise Brücken sein. Wir haben Fotografen in Benin an der Elfenbeinküste gebeten, unser Jahresmotto aus ihrer Perspektive in Bilder umzusetzen. Sie bringen eine fremde Welt nahe. Sie zeigen Armut wie Reichtum und Lebensfreude.

Viel Freude beim Lesen wünschen Ihnen  
Ihre

Klaus-Dieter K. Kottnik  
Präsident

Dr. Wolfgang Teske  
Vizepräsident

Cornelia Füllkrug-Weitzel  
Vorstand

Dr. Bernd Schlüter  
Vorstand

# Mitten im Leben

## Höhepunkte 2008/2009

### Diakonische Konferenz, 21. bis 23. Oktober 2008, mit Abschluss Wichernjahr

Die Diakonische Konferenz tagte in diesem Jahr an der zentralen Wirkungsstätte von Johann Hinrich Wichern in Hamburg. Ein Festgottesdienst in der St.-Jacobi-Kirche mit Bundespräsident. Horst Köhler bildete zugleich den Abschluss des Wichernjahres der Diakonie, die in vielfältigen Veranstaltungen ihren Gründervater geehrt hatte. – Der Beschluss dieser Konferenz: Das Diakonische Werk der EKD und der Evangelische Entwicklungsdienst schließen sich zu einem Gesamtwerk zusammen. „Adäquate Lösungen für die dringenden sozialen Fragen können nur dann gefunden werden, wenn die soziale und entwicklungsbezogene Arbeit im In- und Ausland aufeinander abgestimmt und miteinander weiterentwickelt wird“, betonte Diakonie-Präsident Klaus-Dieter K. Kottnik. Unteres Bild (v.l.n.r.): Annegrethe Stoltenberg, Eva-Luise Köhler, Horst Köhler, Klaus-Dieter K. Kottnik. Fotos: Diakonie

Johann Hinrich Wichern  
200 Jahre  
Mitten im Leben



Diakonisches Werk der EKD



### 13. Februar 2009: Jahresempfang „Diakonie im geteilten und vereinten Deutschland“

250 Gäste aus Diakonie, Kirche und Politik waren zum Jahresempfang des Diakonischen Werkes der EKD mit dem Motto: „Diakonie im geteilten und vereinten Deutschland“ in die Stephanus-Stiftung in Berlin-Weißensee gekommen. „Ohne die Diakonie wäre das Gesundheits- und Sozialsystem der DDR überfordert gewesen“, betonte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble. Er erinnerte daran, dass die Diakonie die Einheit der Deutschen am Leben gehalten habe, indem sie Gemeinschaft in Ost und West vorgelebt habe. V.l.n.r.: Dr. Bernd Schlüter, Cornelia Füllkrug-Weitzel, Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Teske, Klaus-Dieter K. Kottnik. Foto: Diakonie





**Jubiläum 50 Jahre „Brot für die Welt“**

Ein besonderer Höhepunkt mit zahlreichen Gästen aus Kirche, Politik und Gesellschaft und internationalen Partnern war der Start der 50. Aktion des Entwicklungshilfswerks der evangelischen Landes- und Freikirchen am 1. Advent in Berlin. Der Slogan „Es ist genug für alle da“ sei heute aktueller denn je, sagte im Rahmen des Festaktes die Direktorin von „Brot für die Welt“, Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel (oberes Foto, rechts). Die 50. Aktion wolle den Skandal thematisieren, dass weltweit über 930 Millionen Menschen hungern. Die Jubiläumsfeier ließ die beeindruckende Erfolgsgeschichte der Aktion aufscheinen. In 50 Jahren wurden 1,8 Milliarden Euro an Spenden gesammelt und „hunderttausende Menschen haben durch unsere Arbeit eine Chance erhalten, ihr Leben in Würde und Stolz zu führen“, so Füllkrug-Weitzel. Fotos: Diakonie

**15. September 2008: „Fülle des Lebens“ mit Ursula von der Leyen**

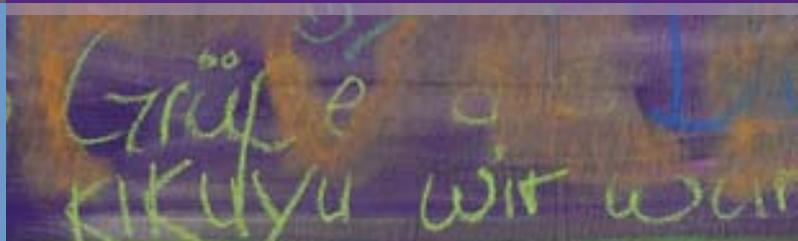
„Fülle des Lebens“ – so hieß im September ein Themenabend des Diakonischen Werkes der EKD mit Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und Professor Christian Bernzen. Diakonie-Präsident Kottnik gemahnte bei dieser Gelegenheit daran, dass entgegen der biblischen Verheißung der Fülle des Lebens (Joh. 10,10) benachteiligte Jugendliche oft einen steinigem Weg vor sich sehen. Kottnik hob die große Bedeutung des präventiv wirkenden Arbeitsfelds der Jugendsozialarbeit hervor und plädierte für politische Reformen, die an den Ursachen für Bildungsarmut ansetzen.

**5. bis 7. Mai 2009: Zeitzeugentagung „Diakonische Partnerschaften im geteilten Deutschland“**

20 Jahre nach dem Fall der Mauer hielt die Diakonie Rückschau auf ihre Rolle im geteilten Deutschland. Mitarbeitende der Diakonie, die in den 80er-Jahren in leitender Verantwortung standen, traten als Zeitzeugen vor großem interessiertem Publikum auf. Ost- und westdeutsche Perspektiven wurden in Referaten und persönlichen Begegnungen ausgetauscht und kritisch reflektiert.

**15. bis 17. Juni 2009: „DiakonieKongress zukunftpflügen“**

Um die tausend Nachwuchskräfte und Auszubildende, dazu Mitarbeitende sowie Leitungs- und Führungskräfte aus diakonischen Einrichtungen diskutierten mit Experten aus Politik, Gesundheitswesen und Wissenschaft vielfältigste Aspekte des Themas „Pflege von morgen“. Besondere Schwerpunkte des Kongresses mit über 2.000 Teilnehmenden waren „Ausbildung zu Pflegeberufen“ und „Spiritualität in der Pflege“.

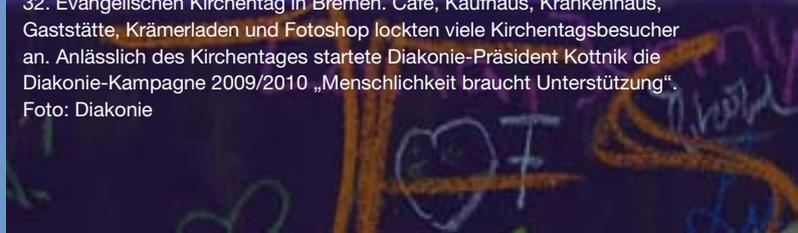


DIAKONISCHES  
DORF

Diakonie

**20. bis 24. Mai 2009: 32. Deutscher Evangelischer Kirchentag**

Mit einem diakonischen Dorf präsentierte sich die Diakonie auf dem 32. Evangelischen Kirchentag in Bremen. Café, Kaufhaus, Krankenhaus, Gaststätte, Krämerladen und Fotoshop lockten viele Kirchentagsbesucher an. Anlässlich des Kirchentages startete Diakonie-Präsident Kottnik die Diakonie-Kampagne 2009/2010 „Menschlichkeit braucht Unterstützung“. Foto: Diakonie





**Kinder sind ein unermesslicher Reichtum, eine Gnade Gottes. Zu viele Kinder auf unserer Welt leben in Armut und ohne echte Chancen. Kinder sind die Zukunft.**



Foto: Ludwig Linden



## FotoKunst

### „Es ist genug für alle da“ Reichtum und Armut in der Welt

„Es ist genug für alle da.“ Was für ein Satz! Eine kühne Behauptung, gar eine dreiste Lüge? Belegt nicht die Tatsache, dass täglich 15.000 Kinder, 25.000 Menschen insgesamt Hungers sterben, dass absolut nicht genug für alle da ist? Doch, „Es ist genug für alle da“, dieses Motto, das „Brot für die Welt“ über seine 50. Aktion gestellt hat und das Motto des diesjährigen Geschäftsberichtes der Diakonie ist, hat seine Berechtigung. Es ist ein Motto, das sich auf die internationale Arbeit dieser so erfolgreichen evangelischen Spendenaktion bezieht, ein Motto, das nur mit Blick auf die gesamte Welt sinnvoll interpretiert werden kann.

Interpretiert etwa so: Es wäre genug für alle da, alle könnten satt werden, wenn ... An dieses „Wenn“ müsste sich eine Vielzahl von Missständen anfügen, für deren Auflistung hier kein Raum ist. Eine aktive Welthandelspolitik, internationale Standards und Regeln, faire Zollpolitik, externe Sicherheitsgewährleistung nennen renommierte Wissenschaftler als Notwendigkeiten, die geschaffen werden müssten, wenn nicht sehr bald mehr als eine Milliarde Menschen von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt werden soll. Stabile Regierungen, Kampf gegen Korruption und gegen Ausbeutung durch die reichen Länder gehören auch dazu.

„Es ist genug für alle da.“ Wir haben exemplarisch ein afrikanisches Land ausgewählt, das die schmerzhafteste Dichotomie dieser Aussage belegt. Auf den sich anschließenden Seiten sehen wir eindrucksvolle Bilder von Fotografen, denen die leidenschaftliche Liebe und Begeisterung für ihr Land und seine Menschen abzuspüren sind. Fotos, die geradezu Geruch und Farbe versprühen und die Lebendigkeit, die singende Fröhlichkeit Afrikas. Man ist sofort mittendrin: Benin. Ein kleines Land an der Elfenbeinküste. Ein Land, reich an Farben, reich an Kindern, reich an Wasser, an Licht und Weite. Reich an Gemeinschaft, Solidarität, Lebensfreude, stolzen Menschen. Und doch: welche Armut! Benin gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. 60 Prozent der Einwohner (8,53 Millionen) sind Analphabeten, besonders Frauen und Jugendliche ohne Schulausbildung sind von extremer Armut be-

troffen. Die Hälfte der Menschen holt das Trinkwasser aus schmutzigen offenen Brunnen, bakterienverseucht, die Kindersterblichkeit liegt bei 76 Todesfällen auf 1.000 Lebendgeborene. Nur jeder dritte Bürger hat elektrisches Licht. Drei Viertel der Menschen leben unter der Armutsgrenze. In direktem Zusammenhang mit dem rasanten Bevölkerungswachstum in diesem Land, ehemals französische Kolonie, stehen die Auslaugung der Böden, die Überfischung der Lagunen, das Abholzen der Wälder – der Raubbau an der Natur. Ein großes Plus ist die seit 1990 erfolgreiche Demokratisierung, die stabile politische Lage. Benin hat Entwicklungspotenzial und Benin hat verlässliche Partner in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Das gibt Hoffnung.

Im Jahr 2000 wurden von den Vereinten Nationen die Millenniumsziele festgelegt. Die Hälfte der Länder, die bisher bei der Umsetzung hinterherhinken, liegt in Afrika. Nach dem gegenwärtigen Trend würden im Jahr 2015 immer noch 827 Millionen Menschen in absoluter Armut leben, für zig Millionen Kinder bedeutet dies den Tod.

„Es ist genug für alle da.“ Aber die Güter müssen gerecht verteilt werden. In Deutschland. In Benin. In Afrika. Weltweit. Es ist noch ein weiter Weg. Meilenweit barfuß durch die sengende Hitze zur Quelle des Lebens: Gerechtigkeit! Dafür tritt die Diakonie ein. Und ein Plädoyer dafür sind die Fotos in ihrer umwerfend positiven Ausstrahlung.

#### *Ernte*

*Die Ähren der Négritude leuchten in der Sonne  
Goldfarben*

*Über die weiten Felder Afrikas*

*Fruchtbar durch unsere Treue und unsere Tat*

*Durch unseren Schweiß und unsere Tränen*

*Durch unser vergossenes Blut*

*Wie Korn der Freiheit.*

*Die goldenen Ähren leuchten in der Sonne.*

*Heute ist die große Ernte*

*Die grüne Ernte.*

Ibrahima Sourang, Quelle: Schwarzer Orpheus. Moderne Dichtung afrikanischer Völker beider Hemisphären. Ausgewählt und übertragen von Janheinz Jahn  
© 1958 Carl Hanser Verlag München



### Vincent Barrois

lebt als französischer Staatsangehöriger in Benin. Nachdem er zunächst Diplomingenieur für Informatik, Internet und Telekommunikation geworden war, begann er sein bisheriges Hobby, die Fotografie, zum Beruf zu machen. Nach einer mehrjährigen Ausbildung in den 90er-Jahren hat er sich schwerpunktmäßig der Fotografie zugewandt. „Benin bietet für mich einen unerschöpflichen Fundus an Dekor und Lebens-Situationen, um diese Leidenschaft auszuüben.“



### César Gaba

war zunächst diplomierter Elektromechaniker, bevor er sich der Fotografie zuwandte – einer „stark empfundenen Berufung folgend und mit nie nachlassender Leidenschaft“, wie er selbst sagt. Er hat sich durch regelmäßige Abdrucke seiner Fotografien in Tageszeitungen und internationalen Medien im Laufe von 20 Jahren einen Namen gemacht. Dazu trugen Foto-Reportagen über renommierte Institutionen und Persönlichkeiten ebenso bei wie Veröffentlichungen in Bildbänden und Ausstellungen, unter anderem im Französischen Kulturzentrum in Benin. Heute steht Gaba einer Stiftung vor, die sich zum Ziel gesetzt hat, die kulturelle Eigenart Benins durch Foto-Ausstellungen und Fotografie-Bildbände zu dokumentieren und bewahren.



### Ludwig Linden

lebt derzeit für circa drei Jahre in Benin; er ist dort der amtierende deutsche Botschafter. Linden studierte Volkswirtschaft und Stadtentwicklungsplanung in Berlin, Genf und London. Nach zweijähriger Tätigkeit beim Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen trat er 1977 in das Auswärtige Amt ein. Berufliche Stationen führten ihn nach Bagdad, Bogotá, Buenos Aires, New York und London, unterbrochen von Jahren in Bonn und Berlin. Linden hat in Benin das Fotografieren für sich entdeckt.



### Charles C. Placide-Tossou

Placide-Tossou begann seine Laufbahn als professioneller Fotograf im Jahr 1992 in Benin. Seit 2003 hat es zahlreiche Ausstellungen seiner Fotografien gegeben, unter anderem im Französischen Kulturzentrum der Landeshauptstadt Cotonou und São Paulo, Brasilien. Mehrfach belegte er in nationalen und internationalen Wettbewerben den ersten Platz. Placide-Tossou fotografiert auf internationalen Festivals in Benin, er arbeitet als Foto-Reporter regelmäßig für Tageszeitungen und diverse Publikationen und bedeutende Institutionen. Aktuell ist er Benin-Korrespondent für Reuters, Afrikimages und andere.

Wir danken der Deutschen Botschaft in Cotonou/Benin sehr für viel hilfreiche Unterstützung zur „FotoKunst“ in unserem Geschäftsbericht 2009.





**Wasser, die Quelle des Lebens!  
Wasser, eine gute Gabe! Wasser  
gibt es reichlich in Benin. Sauberes  
Trinkwasser aber – aus sauberen  
Brunnen – gibt es nur für etwa die  
Hälfte der Bevölkerung.**

**Etwa 30 Prozent der Mädchen zwischen fünf und 14 Jahren arbeiten, statt in die Schule zu gehen. Wasser holen und verkaufen sind dabei typische Beschäftigungen.**







Was am Ende des Tages zählt ... Für den Zitronenverkäufer und



seine Familie zählt jeder verdiente Franc.



**Gemeinsames Essen, Trinken und Teilen in familiärer Solidarität sind typisch für Jung und Alt in Benin. Die Mädchen, noch Kinder, tragen Wasser oft meilenweit auf dem Kopf und barfuß durch die Hitze nach Hause.**





**Wenn wir heute lachen, lacht uns  
die Zukunft – Sprichwort aus Benin.**



Foto: Ludwig Linden



Bei der Verarbeitung der Maniokknollen sind die Frauen unter



sich. Maniok ist eines der Hauptnahrungsmittel in Benin.



**In Farben schwelgen, in Öl baden ...  
Die Realität: Palmöl, ein wichtiges  
Produkt für die heimische Küche,  
wird immer noch manuell hergestellt.**





Die leuchtenden Farben, die Früchte Afrikas, die Fülle des



Foto: Vincent Barrois

**Lebens auf dem Markt der schwimmenden Stadt Ganvié.**

**Junge Pflanzen werden sorgfältig gezogen. Gemüseanbau hat in den letzten Jahren in vielen Landstrichen zu einer ausgewogeneren Ernährung beigetragen.**

Foto: Charles Placide-Tossou





# Unsere Themen Die der Aktion „Brot fü

# Wachstum im 50. Jahr für die Welt“

## Diakonie im Haus des Lebens

### In Beziehung zur Welt, zu den Mitarbeitenden und zu den Menschen, für die Diakonie eintritt

Wirtschaftskrise – dieses Wort prägte die Zeit zwischen dem Geschäftsbericht 2008 und dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht 2009: Mit den wachsenden Zukunftssorgen stieg die öffentliche Empörung und eine neue Nachdenklichkeit kehrt ein. Damit einher geht die Infragestellung einer in erster Linie ökonomischen Orientierung von Politik zugunsten anderer Werte wie Solidarität und Nachhaltigkeit. Vielfach denkt man auch an eine Renaissance des Staates und hofft, dass damit ein einseitiges ökonomisches Paradigma in seine Schranken verwiesen wird.

Nun sind Ökonomie und Ökologie sehr verwandte Worte. Sie haben beide ihre Wurzeln im griechischen Wort oikos, auf Deutsch: Haus. Unter „Ökonomie“ sind die Gesetzmäßigkeiten (griech. nomos, dt. Gesetz) der Prozesse innerhalb eines Hauses zu verstehen. Ökologie ist die Wissenschaft, die Lehre (griech. logos, dt. Wort) dieser Gesetzmäßigkeiten. Es hat sogar eine Phase in der Theologiegeschichte gegeben, in der der Begriff „Ökonomie“ für Gottes Plan mit seinen Hausgenossen, seiner Gemeinde gebraucht wurde.

Welche Auswirkungen die derzeitige Krise auf das diakonische Arbeiten haben wird, ist noch völlig offen. Doch der Begriff des Hauses kann möglicherweise Orientierung bieten. Er ist einmal ein schönes Bild für die besonderen Herausforderungen und auch Chancen, mit denen sich das Diakonische Werk der EKD zurzeit konfrontiert sieht: Leben in der Einen

Welt, Leben im gemeinsamen Haus Europa (Michail Gorbatschow), Leben in einer Dienstgemeinschaft und Leben in einem sozialen Raum, sei es ein Kiez oder ein Dorf.

Zum anderen erinnert das Wort „Haus“ an eine der großen Gründergestalten der Diakonie: Gustav Werner (1809 bis 1887) feiert in diesem Jahr seinen 200. Geburtstag. Seine große Vision war, dass den „Armen und Verlassenen, denen die Kraft zum eigenen Fortkommen fehlt, eine Heimat geschaffen werden“ soll. In Reutlingen verwirklichte er sein Ideal einer Gemeinschaft von Menschen, eines Hauses für Menschen, deren gesellschaftliche Heimat bedroht war: Waisen und Behinderte. In seiner 1854 erworbenen Papierfabrik versuchte er, ökonomische und soziale Fragen miteinander zu verbinden: Der Maschinensaal sollte „zum Tempel Gottes“ werden.

Der Begriff „Ökonomie“ (Haushalterschaft) legt es also nahe, ihn nicht auf das Finanzielle zu verengen. Gerade in dieser Reduktion liegt das große Problem. Denn Ökonomie bezeichnet eigentlich ein Beziehungsnetzwerk. Das Diakonische Werk der EKD sieht seine Arbeit in einem solchen Beziehungsgeflecht:

- in Beziehung zur Einen Welt
- in Beziehung zu Europa
- in Beziehung zu den Mitarbeitenden in der Diakonie
- in Beziehung zu den Menschen, für die Diakonie eintritt, Menschen, die wiederum in Beziehung zu ihren Lebenswelten stehen

Mütter für Mütter (MüfüMü) ist ein innovatives Projekt in Berlin-Moabit. Muslimische Frauen beraten ihre Gleichen – unter dem Dach der Diakonie.  
Foto: Diakonie



## Die Diakonie ist Akteurin im Haus der Einen Welt

Gerechtigkeit in Deutschland kann nicht mehr unverbunden mit der Frage der Gerechtigkeit in der Einen Welt gedacht werden. Verdanken sich bisher Zuwächse in der sozialen Arbeit in der Regel einem quantitativen wirtschaftlichen Wachstum, ist heute deutlich geworden, dass eben dieses Wachstum an Grenzen stößt. Soziale Arbeit muss im Kontext einer globalisierten Welt gedacht werden. „Wer für Armutsmilderung eintritt, ohne in Reichtumsverdrängung einzuwilligen, betreibt nichts weiter als Spiegelfechterei“, heißt es in der vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und der Aktion „Brot für die Welt“ gemeinsam herausgegebenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“.

Gefragt sind ein umfassender Paradigmenwechsel und die Beantwortung der Frage: Wie kann Wohlstand für alle verwirklicht werden, ohne in die globale Ressourcenfalle zu laufen? Wie kann man Entwicklung und Fortschritt ohne Wachstum denken? Wie lassen sich extraterritoriale Staaten- und transnationale Unternehmenspflichten verbindlich machen?

Die geplante Fusion des Diakonischen Werkes der EKD mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst soll die Voraussetzung schaffen, soziale Arbeit im nationalen und internationalen Horizont nicht mehr getrennt voneinander zu betrachten.

## Diakonie: Akteurin im gemeinsamen Haus Europa

Mit der Vision, dass Europa zum „dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ heranwachsen soll, hat die Europäische Union ein wirkmächtiges Leitmotiv entwickelt: die sogenannte Lissabon-Strategie. Armut wurde dabei in erster Linie als ein Problem des Arbeitsmarktes definiert – wirtschaftliches Wachstum verspricht weitgehende Vollbeschäftigung, Vollbeschäftigung verspricht Wohlstand.

Von dem 2010 bevorstehenden „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ versprechen sich viele eine gewisse Korrektur dieses neoliberalen Paradigmas zugunsten einer vielfältigen Perspektive auf die Ursachen von Armut und Ausgrenzung. In der im nächsten Jahr beginnenden Post-Lissabon-Ära wird sich das Diakonische Werk der EKD nicht nur für die Erhaltung des sehr bewährten und zukunftsfähigen Systems der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland einsetzen, sondern auch Anregungen aus anderen Zimmern des Europäischen Hauses nach Deutschland bringen.

## Die Dienstgemeinschaft im Haus der Diakonie

Innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland nehmen Diakonie und Caritas mit ihrem besonderen kirchlichen Arbeitsrecht eine besondere Stellung ein. Statt mit Streik und

Aussperrung soll Einigung über die Höhe der Gehälter und die arbeitsrechtlichen Regelungen konsensual gefunden werden. Grundlegend dafür ist die Vorstellung von der Dienstgemeinschaft. Sowohl Leitende als auch diejenigen, die direkt ihren Dienst in der Pflege und der sozialen Arbeit an Menschen tun, verstehen sich als Teil eines kirchlichen Auftrags. Doch an vielen Stellen der diakonischen Landschaft in Deutschland wird der sogenannte Dritte Weg, also das Recht der Kirchen und damit der Diakonie, ihre arbeitsrechtlichen Setzungen autonom zu regeln, in Frage gestellt.

Die konsensualen Verfahren in den Arbeitsrechtlichen Kommissionen sind nach wie vor eine den Werten der Kirche entsprechende Alternative zum Tarifrecht. Allerdings muss die Vorstellung der Dienstgemeinschaft, die dieses besondere kirchliche Recht begründet, begrifflich neu gefüllt werden. Die harte Diskussion, die „schlagende“ Argumentation muss in eine Kultur des Dialoges überführt werden. An der Phantasie, aber auch der Geduld und Kompromissbereitschaft, mit der sich Dienstnehmer und Dienstgeber den drängenden Fragen gemeinsam stellen, wird sich die Zukunft des Dritten Weges erweisen.

In dieses Thema gehört insofern auch die Frage nach der Kampagnenfähigkeit der Diakonie. Eine der wesentlichen Aufgaben des Diakonischen Werkes der EKD zusammen mit den ihm angehörenden Landes- und Fachverbänden wird es sein müssen, wirtschaftliche Probleme und soziale Forderungen wirksam zu kommunizieren. Denn soziale Arbeit braucht eine diese Arbeit wertschätzende Entlohnung. Das Anliegen kann die Diakonie nicht allein einlösen. Dazu sind eine Haltung unserer Gesellschaft und eine Politik notwendig, der soziale Arbeit etwas wert ist.

### In einem Haus leben heißt sozialräumlich denken

Zur Zeit wird sowohl in der Diakonie als auch in der verfassten Kirche häufig nach dem besonderen „evangelischen Profil“ gefragt. Viele beklagen eine permanente Undeutlichkeit kirchlicher und diakonischer Aktivitäten. Dagegen soll missionarisches Handeln wieder klarer in den Vordergrund treten. Hier

hat es in den letzten Jahren auch in der Diakonie wichtige neue Impulse gegeben. Aber wir dürfen Mission nicht auf ein Sprachgeschehen verengen. Denn es stellt sich die Frage, ob die gesellschaftliche Marginalisierung des christlichen Glaubens ihre Ursache nur in einer möglicherweise fehlenden sprachlichen Vermittlung von Glaubensinhalten hat oder ob eine ebenfalls zu beobachtende zunehmende Milieuverengung kirchlicher Kulturen zum Kern des Problems gehört. Vielen Menschen sind Kirchenjahr, kirchliche Rituale und kirchliche Sprache sehr fremd geworden. Kirchliche Kultur und die alltägliche Lebenswelt treffen sich oft nicht mehr. Hier brauchen wir neue Begegnungsflächen.

Erste Entwicklungen sind bereits erkennbar. Zunächst: Die großen Einrichtungen der Behindertenhilfe sehen die Notwendigkeit, die alten „Anstalten“ umzubauen. Die Heimat von Menschen mit Behinderungen, von Menschen mit Pflegebedarf ist dann nicht mehr das von der Öffentlichkeit abgegrenzte „Heim“, sondern eine Wohnung, ein Haus in einem „normalen“ Wohngebiet. Zugleich öffnet sich die alte Einrichtung etwa für junge Familien, die attraktiven Wohnraum finden. Des Weiteren gibt es in der Politik eine neue Wertschätzung des Wohnortes und des Miteinanders. So wird unter der Überschrift „Soziale Stadt“ gefragt, wie soziale Brennpunkte zu lebenswerten Quartieren entwickelt werden können.

Beide Entwicklungslinien lenken unseren Blick auf den sozialen Raum. Kirchliches und diakonisches Arbeiten kann nie unabhängig von diesem Raum geplant werden. Und das bedeutet auch: nie unabhängig von anderen Initiativen und den Interessen der Menschen, die in einem solchen Stadtteil leben. Hier müssen sowohl Kirchengemeinden als auch diakonische Dienste und Einrichtungen miteinander ihre Rolle als zivilgesellschaftliche Akteure neben anderen reflektieren. Neben der Fähigkeit, den christlichen Glauben klar zu verkündigen, wären „sozialräumliche“ Kompetenzen wie Dialogfähigkeit, Gemeinwesenorientierung und Kultursensibilität auszubilden. Hier besteht eine große Chance, als Diakonie und Kirche wieder ansprechbarer zu werden.

## Der Mensch im Mittelpunkt

### Diakonie: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

#### Diakonie 20 Jahre nach dem Mauerfall

Im Mai 2009 setzte sich das Diakonische Werk der EKD auf einer Tagung mit der Geschichte der deutsch-deutschen Partnerschaftsbeziehungen in der Diakonie zu Zeiten der deutschen Teilung auseinander.

An der Veranstaltung, die auf Anregung des Alt-Präsidenten der Diakonie, Dr. h. c. Karl-Heinz Neukamm, stattfand, nahmen vor allem Zeitzeugen teil. Vertreter der Politik und des früheren Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR beleuchteten gemeinsam den kirchen- und gesellschaftsgeschichtlichen Rahmen der Partnerbeziehungen sowie die Intensität und die Qualität der Partnerschaften auf nationaler, regionaler und Einrichtungsebene.

Mit der Tagung leistete die Diakonie einen besonderen Beitrag zum 20. Jahrestag des Mauerfalls. In den Diskussionen wurde deutlich, dass insbesondere in der Phase der Zusammenführung der Diakonie nach der Vereinigung nicht alle Prozesse und Entscheidungen das Wohlwollen aller fanden. „Fusion“ ist immer eine besondere Herausforderung. Die Veranstaltung machte deutlich, dass die Diakonie offen ist für eine kritische Bestandsaufnahme der zurückliegenden 20 Jahre des Um- und Aufbaus diakonischer Strukturen in Ostdeutschland.

Pfarrer Werner Braune, zu DDR-Zeiten Direktor der Stephanus-Stiftung, auf dem Jahresempfang.  
Foto: Diakonie



## Heimerziehung in der Nachkriegszeit

Seit 2006 befindet sich die Diakonie zusammen mit anderen Trägern der Erziehungshilfe in einer öffentlichen Auseinandersetzung um die Heimerziehung in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. Auslöser war das Buch von Peter Wensierski „Schläge im Namen des Herrn“, in dem zahlreiche ehemalige Heimkinder von Misshandlungen und Erniedrigungen in den kirchlichen und staatlichen Erziehungsheimen der 50er-, 60er- und 70er-Jahre berichten. Seither kommen immer neue Details einer weithin vergessenen und offenbar verdrängten Geschichte zum Vorschein.

Diakonie, Caritas, das Kirchenamt der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz tragen seit 2008 durch ein gemeinsames Projekt an der Universität Bochum zur Erforschung der konfessionellen Heimerziehung bei. Daneben haben einzelne Einrichtungen und auch die hannoversche Landeskirche eigene Forschungsergebnisse zu diesem Thema vorgelegt beziehungsweise arbeiten aktuell an Forschungsvorhaben. Das zeigt, dass der Diakonie im Interesse der Betroffenen und im Sinne einer Selbstreflexion ihres früheren Handelns an einer Aufklärung der Vorwürfe und einer sachgemäßen Darstellung der damaligen Verhältnisse liegt.

Ausgelöst durch ein Einzelgesuch und eine Eingabe des Vereins ehemaliger Heimkinder (VEH) befasst sich der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages seit zwei Jahren mit dem Thema und hat dazu auch Vertreter der Diakonie angehört. In seinem Abschlussbericht vom November 2008 wies der Petitionsausschuss auf die engen Grenzen rechtlicher Lösungen hin und empfahl die Bildung eines Runden Tisches unter Beteiligung aller Akteure der Heimerziehung. Dieser Runde Tisch ist im Februar 2009 erstmals zusammengetreten und wird bis Ende 2010 alle zwei Monate tagen. Er soll eine Verständigung über das Wesen und die Praxis der Heimerziehung herbeiführen, die Forderungen ehemaliger Heimkinder bewerten und mögliche Lösungen erarbeiten.

Eine pauschale Verurteilung der damaligen Heimerziehung kommt für die Diakonie deshalb ebenso wenig in Betracht wie pauschale Lösungen. Den Betroffenen wird, so die Einschätzung der Diakonie, am besten durch eine individuelle Bearbeitung ihrer Heimvergangenheit geholfen. Dazu bieten die Einrichtungen der Diakonie und ihre Rechtsnachfolger ihre Hilfe an, indem sie Besuche und Begegnungen organisieren, Akten – soweit noch vorhanden – vorlegen und nach Wunsch und Bedarf psychologische Unterstützung anbieten.

## Glauben entdecken

Die Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste im Diakonischen Werk der EKD hat eine besondere missionarische Bildungsinitiative gestartet. Bildung und Mission sollen so miteinander in Beziehung gesetzt werden, dass in den Gemeinden eine neue Wertschätzung für die Fundamente und die Anfänge des Glaubens entstehen kann.

Gemeinden sollen ihren Mitgliedern künftig „Glaubenskurse“ anbieten. Sie sollen Interessierten die Möglichkeit geben, unter Anleitung ihren Glauben wiederzuentdecken oder aber ihn überhaupt in sich zu wecken. Erwachsene innerhalb und außerhalb von Gemeinden können im Zusammenhang biografischer Erfahrungen ihre theologische Urteilskraft schärfen, sprachfähig im Glauben werden und ihre individuelle Antwort auf die Anrede Gottes zum Ausdruck bringen.

Missionarische Bildungsangebote zu Grundlagen des Glaubens sollen zu einem Regelangebot evangelischer Gemeindearbeit werden. Gemeinden sollen für ihre lokale Öffentlichkeitsarbeit auf Werbemittel zurückgreifen können, die von der EKD zur Verfügung gestellt werden. Die beteiligten Landeskirchen nutzen gemeinsam Motive für eine überregionale Anzeigenkampagne.

Ein Zweig der missionarischen Bildungsinitiative soll sich nicht nur den kirchlichen Handlungsfeldern, sondern auch den diakonischen Herausforderungen stellen.



Das „Gesicht“ deutscher Städte wird durch große Kampagnen-Plakate der Diakonie mit geprägt. Foto: Diakonie

## Die Image-Kampagne „Menschlichkeit braucht Unterstützung“

Mit ihren drei bisherigen Plakat- und Anzeigenkampagnen (2003 bis 2008) hat die Diakonie das Fundament für eine umfassende und gezielte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit gelegt: in drei Kampagnen, die mit unterschiedlichen stilistischen Mitteln deutlich gemacht haben, wofür die Diakonie steht.

Wunsch der Diakonie war, mit der neuen Kampagne das eigene Markenbild in der Öffentlichkeit zu festigen und ihre Wettbewerbsposition weiter zu verbessern. Inhaltlich wird auf das Thema „Unterstützung“ im weitesten Sinn eingegangen: Die Diakonie gibt Unterstützung und benötigt sie zugleich – auch ideell, zum Beispiel durch bürgerschaftliches Engagement.

Alle diese Kommunikationsziele verbindet die neue Diakonie-Kampagne 2009/2010 in ihren Motiven. Auch diesmal steht der Mensch im Mittelpunkt. Die Motive holen Menschen in ihrer Umgebung schnappschussartig an die Kamera heran. Ihr Gesichtsausdruck ist mal fröhlich, mal ernst.

Dass diese Menschen Unterstützung benötigen, wird durch die Überschriften deutlich: kurze Sätze, die ungewöhnlich

offen sind und die man so nur aus dem privaten Bereich kennt. Sätze, die unter die Haut gehen und die für eine persönliche Geschichte stehen: Ich brauche Dich. Halt mich fest. Lass mich nicht allein. Und ähnliche.

Jede Überschrift ist als Aufforderung formuliert beziehungsweise enthält eine solche. Die Antwort auf die Hilfeanzeigen gibt die Diakonie in Form des Diakonie-Logos. Die prominente Platzierung des Logos direkt im Anschluss an die Überschriften steht für das klare Bekenntnis der Diakonie, Menschen in Notsituationen beizustehen.

## Qualität in der Diakonie

Die Qualität von Leistungen und das steuernde Instrument des Qualitätsmanagements gewinnen gesellschaftliche Bedeutung. Qualität wird dabei einerseits als Merkmal verwendet, über das sich eine Organisation von anderen positiv unterscheiden kann, andererseits als Garantie für die Einhaltung definierter und allgemein anerkannter Qualitätsstandards (Zertifizierung). Das Diakonische Institut für Qualitätsentwicklung hat mit dem Diakonie-Siegel KiTa/Evangelisches Gütesiegel BETA (Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder e.V.) früh auf diese Entwicklung reagiert. Das neue Bundesrahmenhandbuch baut auf etablierten Bundesrahmenhandbüchern auf. Es ist speziell für evangelische Tageseinrichtungen für Kinder entwickelt worden und listet alle relevanten Qualitätskriterien für die Erstellung von Standards und Verfahren auf.

Bei dem Diakonie-Siegel KiTa handelt es sich um ein integriertes Qualitätsmanagementsystem. Dies bedeutet, dass es neben den Anforderungen der DIN ISO 9001:2008 fachspezifische und verbandsspezifische Anforderungen erfüllt. Die festgelegten Qualitätskriterien zu berücksichtigen, ist in jeder Tageseinrichtung für Kinder von umfangreichem Nutzen:

- Stärkung des diakonischen/evangelischen Profils
- Praxishöhe, da in Zusammenarbeit mit BETA und Landesverbänden der Diakonischen Werke entwickelt
- Checkliste zur Überprüfung des Qualitätsniveaus der eigenen Organisation für externe und interne Audits
- Zertifizierung durch akkreditierte Zertifizierungsgesellschaften

Schon das Diakonie-Siegel Pflege mit der einheitlichen Leitlinie zur Qualitätsentwicklung hatte Maßstäbe gesetzt. Da nun ein Gesamtsystem diakonischer Qualität definiert werden soll, wird sich die Marke Diakonie positiv profilieren können. Diakonie-Siegel sind für weitere Arbeitsbereiche geplant.

## Europa: Solidarität und Nachhaltigkeit

Im Anschluss an die Mitteilung der EU-Kommission zu den Sozialdienstleistungen und zum Beihilfe- und Vergaberecht gab es eine europaweite Konsultation des Sozialschutzausschusses zu diesen Fragen. An dieser Konsultation hat sich das Diakonische Werk der EKD beteiligt. Den Bericht dazu hat der Rat der Arbeits- und Sozialminister im Dezember 2008 verabschiedet. Er enthält einige der von der Diakonie eingebrachten maßgeblichen Punkte und Bedenken. So wurden Erfahrungen mit dem Vergaberecht insbesondere vor dem Hintergrund des sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses sowie des Wunsch- und Wahlrechts aufgegriffen. Auch die negativen Folgen des Vergaberechts wie Qualitätsverluste, Preisdumping, bürokratische Bürde, Verlust der Individualität der angebotenen Dienste, Kurzverträge und mangelnde Kontinuität der Dienste werden in diesem Bericht genannt.

Als großer Erfolg ist es zu werten, dass sich der Sozialschutzausschuss darauf festgelegt hat, insbesondere dem Status der gemeinnützigen Einrichtungen eine besondere Bedeutung beizumessen. Bestärkt werden diese Aussagen aus dem Bericht durch Äußerungen des zuständigen EU-Kommissars, demzufolge die Kommission alles tun werde, um die Gemeinnützigkeit zu schützen.

Parallel dazu legte die Bundesregierung unter der Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums im Dezember 2008 den Umsetzungsbericht zur Monti-Freistellungsentscheidung vor, die bei Einhaltung der maßgeblichen Kriterien staatlich generierte finanzielle Vorteile an Dienstleister von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse von einer Genehmigung durch die Kommission freistellt. In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der Bundesregierung konnte das Diakonische Werk der EKD seine kritische Haltung gegenüber der Freistellungsrichtlinie verdeutlichen (s. S. 42).

So fordert die Bundesregierung von der Kommission, dass die Steuervorteile der Gemeinnützigkeit nicht in eine Beihilfeprüfung einbezogen werden, da umgekehrt auch die Nachteile der Gemeinnützigkeit nicht berücksichtigt werden. Selbst weiter gehende Forderungen nach einer sogenannten Bereichsausnahme für die sozialen Dienste wurden in diesem Bericht aufgegriffen – wenn auch mit Blick auf den noch zu ratifizierenden Lissabon-Vertrag.



Diakonie-Präsident Klaus-Dieter K. Kottnik, „Brot für die Welt“-Direktorin Cornelia Füllkrug-Weitzel und der Vorstandsvorsitzende des EED, Konrad von Bonin. Foto: Diakonie

## Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Werk

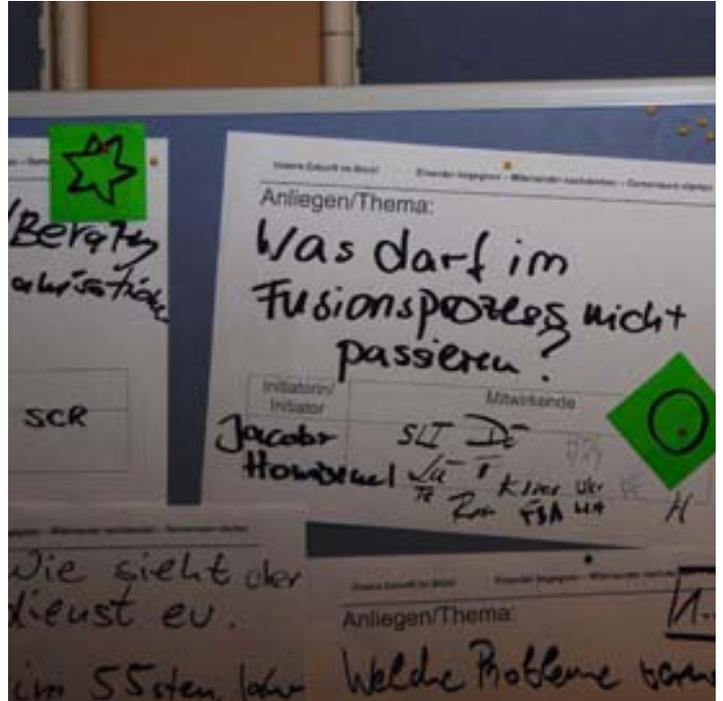
Den offiziellen Startschuss für die Zusammenführung des Diakonischen Werks der EKD und des Evangelischen Entwicklungsdienstes sowie für den Umzug beider Werke nach Berlin gaben die zustimmenden Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Evangelischen Entwicklungsdienstes und der Diakonischen Konferenz des Diakonischen Werkes der EKD im Herbst 2008. Bis Ende 2012 sollen Fusion und Umzug nach Berlin vollzogen sein. Die Gemeinsame Steuerungsgruppe, die mit Mitgliedern des Diakonischen Rates und des Aufsichtsrates des Evangelischen Entwicklungsdienstes sowie den Mitgliedern der beiden Vorstände besetzt ist, soll den Weg zu einem gemeinsamen Werk weiter fördern.

Zur Bewältigung der anstehenden Fragen soll die Zusammenführung im „Evangelischen Zentrum für Entwicklung und Diakonie“ in fünf Einzelprojekten gestaltet werden:

- das Einzelprojekt Zentrum: Entwicklung einer Vision und eines Rahmens für das „Evangelische Zentrum für Entwicklung und Diakonie“
- das Einzelprojekt Entwicklungsdienst: Zusammenschluss der Fachfunktionen von Ökumenischer Diakonie und Evangelischem Entwicklungsdienst in einem partizipativen und werteorientierten Veränderungsprozess
- das Einzelprojekt Bundesverband: Optimierung der Arbeit und Bildung des Werkes „Diakonie Deutschland – Der evangelische Bundesverband“



In den Fusionsprozess der Werke sind die Mitarbeitenden mit ihrer Kreativität eingebunden. Fotos: Diakonie



- das Einzelprojekt Service: Neuausrichtung der beiden Service-Teilbereiche und deren Verankerung in den beiden Werken „Brot für die Welt – Der evangelische Entwicklungsdienst“ und „Diakonie Deutschland – Der evangelische Bundesverband“
- das Einzelprojekt Übergang: Gestaltung des Übergangs (Personal, Recht, Finanzen, Raum, Umzug, Logistik und Weiteres)

Die Beratung durch externe Fachleute ist sichergestellt. Die Gesamtsteuerung des Veränderungsprozesses sowie die Einzelprojekte „Entwicklungsdienst“ und „Service“ werden von der Unternehmensberatung Contract-KG, Karlsruhe, begleitet.

Hervorzuheben sind vier Handlungsstränge, an denen derzeit gearbeitet wird. Voraussetzung der gesellschaftsrechtlichen Fusion beider Werke ist die neue Satzung für das Gesamtwerk. Zusammen mit dem Kirchenamt der EKD arbeiten die Fusionspartner an einer Neufassung. Der so erzielte „Referentenentwurf“ soll nach seiner Erörterung in der Gemeinsamen Steuerungsgruppe und den Aufsichtsgremien den Mitgliedergruppen zur partizipativen Diskussion unterbreitet werden. Der Verschmelzungsvertrag gemäß dem Umwandlungsgesetz und die verfahrensmäßig gebotenen Einzelschritte der Fusion bis zum Beschluss der Fusion folgen.

Die Organe und Gremien beider Werke erwarten, dass die rechtsgeschäftliche Fusion beider Werke im Sommer 2011 erfolgen wird. Der Umzug ist für Ende 2012 geplant.

Parallel dazu ist die Ausgestaltung der Zusatzversorgung der Mitarbeitenden beider Werke herbeizuführen. Die Vorstände beider Werke haben hierzu ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die möglichen Varianten aufzeigen soll. In den Sozialplanverhandlungen fanden die ersten Gespräche statt.

Für den Umzug selbst ist mit der Wahl des Standorts Berliner Stadtmission in der Nähe des Hauptbahnhofes eine zentrale Entscheidung gefallen. Das Gesamtwerk wird sich in dem dort zu errichtenden Gebäudekomplex einmieten.

# Die Grundlage kirchlichen Handelns

## Diakonie und Gemeinnützigkeit

Das zurückliegende Jahr war maßgeblich davon geprägt, dass wesentliche Grundlagen des Diakonischen Werkes der EKD als konfessioneller Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege in Frage gestellt wurden. Dies betrifft insbesondere die wiederkehrende – und abzulehnende – Argumentation, dass der Status der Gemeinnützigkeit eine ungerechtfertigte Privilegierung darstelle, die auf den Prüfstand gehöre. Dabei wird verkannt, dass Gemeinnützigkeit ein steuerrechtliches Handlungssystem ist, das gleichberechtigt neben der Gewerblichkeit steht. Jedem Anbieter sozialer Dienstleistungen steht es frei, ob er gemeinnützig oder gewerblich agieren will, wobei diese Grundentscheidung jeweils positive und negative Folgen mit sich bringt. Die ausschließliche Betrachtung der Vorteile der Gemeinnützigkeit ist eine Sichtweise, die mittlerweile auch die Bundesregierung in ihrem „Bericht zum Altmark-Paket der Europäischen Kommission“ gegenüber der Europäischen Kommission kritisiert hat.

Die Infragestellung erfolgt zwischenzeitlich aber auch auf Ebene der Finanzgerichtsbarkeit, konkret bei der Frage der Umsatzsteuerbarkeit. In diesem Zusammenhang ist auf ein Urteil des Finanzgerichts Baden-Württemberg vom 24. April 2008 (AZ 3 K 167/03) hinzuweisen, in dem der Deutsche Caritasverband für Verwaltungsdienstleistungen und Personalgestellungen zugunsten angeschlossener Fachverbände voll umsatzsteuerlich veranlagt worden ist.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Beschluss vom 18. September 2007 entschieden (AZ I R 30/06), dass gewerbliche Rettungsdienste und Krankentransporte nicht von der Gewerbesteuer befreit sind. In Abstimmung mit den obersten Finanzbehörden der Länder bekräftigt das Bundesministerium der Finanzen dagegen in einem Schreiben mit Datum vom 20. Januar 2009, dass durch gemeinnützige Körperschaften durchgeführte Krankentransporte von Personen, die während der Fahrt der Betreuung oder besonderer Einrichtungen bedürfen, nach wie vor als Zweckbetrieb anzusehen sind (GZ IV C 4 – S 0185/08/10001, DOK 2009/0012162). Insofern handelt es sich bei diesem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen um einen sogenannten Nichtanwendungserlass. Die Finanzverwaltung beurteilt den Krankentransport anders als der BFH als Zweckbetrieb nach § 66 AO. Dies ist im Anwendungserlass zur Abgabenordnung (AEAO) zu § 66 Nr. 6 AO näher ausgeführt. Diese Auffassung bekräftigt das Bundesfinanzministerium mit seinem Schreiben vom 20. Januar 2009. Es stellt fest, dass die steuerbegünstigten Körperschaften ihren Rettungsdienst und Krankentransport entgegen der Annahme des Bundesfinanzhofs regelmäßig nicht des Erwerbs wegen oder zur Beschaffung zusätzlicher

Dr. Wolfgang Teske, Diakonie-Vizepräsident (rechts) und Wilfried Voigt, Vorsitzender des DEVAP



Mittel, sondern zur Erfüllung ihrer gemeinnützigen Zwecke ausüben. Ob ein gewerblicher Anbieter von Rettungsdiensten und Krankentransporten trotz der im Schreiben des Bundesfinanzministeriums vertretenen Auffassung eine Verpflichtungsklage anstrengt und wie sich in einem solchen Fall der Bundesfinanzhof verhalten würde, bleibt abzuwarten.

Daneben ist das zwischenzeitlich im Bundessteuerblatt veröffentlichte BFH-Urteil vom 27. November 2008 (AZ V R 8/07) hervorzuheben, wonach der Zuschuss einer Landeskirche an einen evangelischen Presseverband als umsatzsteuerpflichtiger Leistungsaustausch qualifiziert wurde. Unklar ist derzeit, wie die Finanzverwaltung auf Länderebene mit dem BFH-Urteil in der Praxis konkret umgeht und eventuell in verstärktem Umfang Zuwendungen hinsichtlich der Umsatzsteuerbarkeit einer Einzelfallprüfung unterzieht. Darüber hinaus ist nicht abzuschätzen, inwieweit die Feststellungen des BFH-Urteils auf Zuwendungen beschränkt bleiben, die von öffentlich-rechtlichen Körperschaften erbracht werden, oder ob auch Zuwendungen anderer Geldgeber einer derartigen Einzelfallprüfung unterzogen werden.

Die Infragestellung umfasst zudem die augenscheinlich staatskirchenrechtlich relevanten Fälle, in denen seitens der Finanzverwaltung diakonischen und caritativen Rechtsträgern die Erfüllung „kirchlicher Zwecke“ im Sinne der Abgabenordnung in Abrede gestellt werden.

Die staatskirchenrechtliche Relevanz besteht auch bei der Frage, inwieweit das Verfahren zur Findung eines gesetzlichen Mindestlohnes in der Pflege so gestaltet werden kann, dass es mit dem kirchlichen Selbstbestimmungsrecht in Einklang gebracht werden kann, und welche Zukunft kirchliches Arbeitsrecht haben wird.

Diese grundsätzlichen Infragestellungen erfordern einen offensiven Umgang, um die Prozesse selbstbestimmt zu gestalten. Am Beispiel der Transparenzstandards für Caritas und Diakonie zeigt sich, dass proaktives Handeln sinnvoller ist, als darauf zu warten, dass der Gesetzgeber umfassende, verbindliche Vorschriften zur Schaffung von mehr Transparenz vorlegt. Dies gilt es auf die anderen Themenkomplexe zu übertragen.

# Dem Vertrauen verpflichtet

## Diakonie steht für Offenheit und Verlässlichkeit

### Transparenz als Grundlage diakonischer Arbeit

Transparenz bildet die Grundlage für das Vertrauen, das Leistungsempfänger, aber auch Leistungsträger, Spender und die Öffentlichkeit der Diakonie entgegenbringen. Diesem Vertrauen fühlen sich Einrichtungen, Dienste und Verbände der Diakonie verpflichtet. Transparenz und Vertrauen zu schaffen, steht in Zusammenhang mit dem Ziel, das Evangelium zeugnishaft zu leben. Sie sind unabdingbare Voraussetzungen diakonischer Arbeit.

Transparenz hat auch Auswirkungen zum Beispiel auf die Belegung von Einrichtungen, die Höhe des Spendeneingangs und die Gewinnung von Zuwendungen. Transparent Rechenschaft abzulegen stellt damit einen unabdingbaren Baustein des Marketings und der Öffentlichkeitsarbeit dar. Nur so können die Wirtschaftlichkeit und die Qualität der Leistungen eines Trägers oder eines Verbandes überzeugend dargelegt und dessen Wettbewerbsfähigkeit gehalten oder verbessert werden.

In Deutschland wird aus verschiedenen Gründen eine verbesserte Transparenz im Dritten Sektor eingefordert. Ausgangspunkt sind von den Medien aufgegriffene „Skandale“ im Pflegebereich oder bei einzelnen Spendenorganisationen. Das hat dazu geführt, dass bei der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts 2007 eine verbesserte Transparenz der gemeinnützigen Körperschaften als Gegenleistung für Verbesserun-

gen im Gemeinnützigkeitsrecht angesehen wurde. Dies wird als Bringschuld verstanden.

In der Diakonie hat Transparenz eine lange Tradition. Eine neue Stufe in der Entwicklung sind Transparenzstandards für Caritas und Diakonie, die gemeinsam erarbeitet werden. Die beiden Verbände haben die Initiative ergriffen und ergänzend zum Diakonischen Corporate Governance Kodex einen Entwurf für „Transparenzstandards für Caritas und Diakonie“ erarbeitet und in die verbandsinterne Diskussion eingebracht. Diese Transparenzstandards sind als Rahmen zu verstehen und sollen keine engen Vorgaben für die Gestaltung eines Geschäfts- oder Rechenschaftsberichts machen. Ein bundesweiter „Einheitsbericht“ ist nicht vorgesehen.

Die im Entwurf vorliegenden Transparenzstandards bestehen aus einem Modulsystem. Es ermöglicht eine gewisse Vergleichbarkeit sowie eine Anpassung an die Spezifika der Träger. Es umfasst Soll-Module, zu denen im Jahresbericht unbedingt Aussagen enthalten sein sollen, und Kann-Module. Innerhalb der Soll- und Kann-Module erfolgt wiederum eine Unterscheidung nach Soll- und Kann-Elementen.

Zu den Soll-Modulen zählen die Module Strukturdaten, Leistungsbericht, Wirtschaftsbericht und Spendenbericht. Bei den Kann-Modulen handelt es sich um einen Ehrenamtsbericht, einen Sozialbericht und einen Umweltbericht. Darüber

Foto: Diakonie



hinaus können sich weitere Angaben wie eine Wissensbilanz oder Hinweise zur Vermeidung von Korruption als sinnvoll erweisen.

## Gemeinnützigkeit in Europa

Derzeit erleben wir in Deutschland eine Besinnung auf die Kultur der Zivilgesellschaft, auf das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen und auf den Einsatz professioneller gemeinwohlorientierter sozialer Dienste im Sozialstaat Deutschland. Ein Beleg dafür war unter anderem das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements 2007.

Eingebettet sind diese Aktivitäten in das System der „Gemeinnützigkeit“, das der Arbeitsweise und dem Selbstverständnis insbesondere der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und ihrer Mitgliedseinrichtungen zugrunde liegt. Wer „gemeinnützig“ handelt, setzt sich selbstlos und nicht im kommerziellen Interesse für hilfsbedürftige Menschen, aber auch für eine Verbesserung sozialer Lebensverhältnisse und Strukturen ein. Einrichtungen und Werke, die als gemeinnützig anerkannt sind, tun dies und erfüllen damit den staatlichen Auftrag der Daseinsvorsorge, elementare Leistungen der Grundversorgung vorzuhalten. Sie handeln dabei in eigener Verantwortung, aber im öffentlichen Inter-

esse. Gemeinnützige soziale Dienste sind personenbezogen und unterliegen zahlreichen gesetzgeberischen Vorgaben und Kontrollen, die mit dem Wirtschaftsmarkt nicht vergleichbar sind. Dabei stehen sie im Wettbewerb untereinander und mit privatgewerblichen Konkurrenten.

Das Steuerrecht sieht für dieses Handeln teilweise Steuerbefreiungen und Steuerbegünstigungen im Verhältnis zum erwerbswirtschaftlichen Normalsteuersatz vor. „Gemeinnützigkeit“ als selbstlose Dienstform zum Nutzen des einzelnen Menschen und der Allgemeinheit ist dabei nicht allein eine steuerrechtliche Adresse nach der Abgabenordnung, sondern Ausdruck eines kulturellen Selbstverständnisses der Zivilgesellschaft und eine ordnungspolitische Größe im Sozialstaat.

Die Dienstleistungen der Träger der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen der „Daseinsvorsorge“ sind dem System der sozialen Sicherheit in Deutschland zuzurechnen, für das der Mitgliedsstaat Deutschland auch im Verhältnis zur Europäischen Union selbst verantwortlich und definitionsberechtigt ist. Als Mitgliedsstaat der Europäischen Union unterliegt Deutschland der Rechtsgeltung des EG-Vertrags und dem Anspruch des Binnenmarktes auf einen fairen Wettbewerb. Dazu zählt das sogenannte Beihilferegime im EG-Vertrag, das wettbewerbsverzerrende Zuwendungen der öffentlichen Hand an einzelne Unternehmen oder Branchen verbietet. Die Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur in Deutschland

steht also in einem Spannungsverhältnis zum Wettbewerbsrecht der Europäischen Union. Dieses Spannungsverhältnis wird vom Grundsatz her auch von der Europäischen Kommission gesehen. Nach der Freistellungsentscheidung aus 2005 („Monti-Paket“) sind Zuwendungen der öffentlichen Hand, die als Ausgleich für Mehrbelastungen der sozialen Arbeit gewährt werden, keine Beihilfen, wenn es sich um „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ handelt.

Als problematisch erweist es sich immer, wenn bei der Feststellung einer Überkompensation neben den erwirtschafteten Erträgen auch die Vorteile berücksichtigt werden sollen, die der Status der Gemeinnützigkeit mit sich bringt. Denn zugleich bleiben die wirtschaftlichen Nachteile der Gemeinnützigkeit außer Acht. Darunter fallen das Verbot der freien Gewinnverwendung, die Forderung zeitnaher, satzungsgemäßer Mittelverwendung und die in der Regel 25-jährige Zweckbindung der öffentlichen Mittel. Im „Bericht zum Altmark-Paket der Europäischen Kommission“ vertritt die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission Ende 2008 die Auffassung, dass diese Bedingungen jedoch den gemeinnützigen Unternehmen die flexible Reaktion auf Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erschweren und damit einen „Wettbewerbsnachteil gemeinnütziger Unternehmen gegenüber privatgewerblichen Anbietern darstellen“. Von daher sei die einseitige Berücksichtigung nur der Vorteile der Gemeinnützigkeit abzulehnen, da sie die Prüfung einer eventuellen Überkompensation verzerre.

Vor diesem Hintergrund bleibt genauer zu klären, was Deutschland die kulturelle und ordnungspolitische Größe „Gemeinnützigkeit“ wert ist. Die Position des Diakonischen Werks der EKD zur Gemeinnützigkeit ist eindeutig: „Gemeinnützigkeit“ ist um ihrer Qualität für die einzelnen Menschen und der Gesellschaft willen zu stärken. Entscheidend ist, dass gemeinnützige soziale Dienste in Europa als bedeutendes zivilgesellschaftliches Element anerkannt werden und dass Gemeinnützigkeit politisch und rechtlich gestärkt wird. Das Diakonische Werk der EKD hat hierzu Vorschläge erarbeitet. So könnte der vermeintliche Wertungswiderspruch zwischen dem System der Gemeinnützigkeit auf der einen und dem europäischen Wettbewerbsrecht auf der anderen Seite beispielsweise durch eine Freistellungsverordnung für die gemeinnützige Erbringung sozialer Dienstleistungen aufgelöst werden.

## Reform des Mitarbeitervertretungsgesetzes der EKD

Die Leitungskonferenz der Landesverbände der Diakonie hatte im Februar 2008 die Ergebnisse einer mit dem Thema „Reform des Mitarbeitervertretungsgesetzes der EKD“ befassten Arbeitsgruppe gebilligt. Das Diakonische Werk der EKD hat daraufhin die Vorschläge zur Änderung des Mitarbeitervertretungsgesetzes (MVG) an die EKD übersandt. Dabei hat es darauf hingewiesen, in den Beratungen sei deutlich geworden, dass sich die Arbeitspraxis in Kirche und Diakonie unterschiedlich entwickelt hat und damit Fragen des Mitarbeitervertretungsrechtes nicht immer einheitlich beantwortet werden. In den diakonischen Einrichtungen habe der Kostendruck spürbar zugenommen und daher seien Änderungen des Mitarbeitervertretungsrechtes notwendig. Der Rat der EKD hat nun einen Entwurf zur Änderung des MVG vorgelegt. In diesem Entwurf wurde weitgehend auf materielle Änderungen des Mitarbeitervertretungsgesetzes verzichtet. Es werden lediglich einige Klarstellungen und Konkretisierungen einzelner Fragen vorgenommen und es wird auf Änderungen im Arbeits- und Tarifrecht reagiert.

Bei diesem Entwurf sind für die Diakonie wichtige Punkte nicht aufgenommen worden. Dies betrifft vor allem die Veränderung des Beteiligungsrechtes der Mitarbeitervertretung bei der ordentlichen Kündigung. Hier hatte die Diakonie darauf hingewiesen, dass bei der jetzigen Mitbestimmung neben dem kirchengerichtlichen Verfahren auch noch ein arbeitsgerichtliches Verfahren durchgeführt werden muss. Sie hat daher die Umwandlung der Mitbestimmung in ein Mitberatungsrecht analog zum Betriebsverfassungsgesetz gefordert. Weiterhin ist eine Regelung über ein Arbeitszeitkonto für die Freistellungen der Mitarbeitervertretungsmitglieder nicht aufgenommen worden. Auch der Vorschlag, das Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung auf Mitarbeitende zu begrenzen, wurde nicht aufgenommen.

## Zukunft des Dritten Weges

Die Arbeitsrechtliche Kommission des Diakonischen Werkes der EKD befindet sich im Jahre 2009 in der größten Krise ihrer Geschichte. Sie hatte im Jahr 2007 erfolgreich die Eingruppierung und das Entgeltsystem der Arbeits-Vertrags-Richtlinien (AVR) reformiert. Bei der folgenden Entgeltrunde im Jahre 2008 wurde deutlich, dass mit der Reform auf Dienstgeber- und Dienstnehmerseite unterschiedliche Vorstellungen verbunden waren. Während die Dienstgeberseite erwartet, dass allein die wirtschaftliche Situation der diakonischen Einrichtungen für eine Entgelterhöhung entscheidend ist, verlangt die Dienstnehmerseite, dass man sich bei den prozentualen Vergütungserhöhungen strikt an den Öffentlichen Dienst und seine Tarifabschlüsse anlehnt.

Nach mehreren vergeblichen Verhandlungsrunden führte diese Situation im Juni 2008 zu einer Schlichtungsverhandlung, bei der unter Vorsitz des unabhängigen Schlichters eine einstimmige Empfehlung ausgesprochen worden ist. Diese aber ist von der Dienstnehmerseite in der darauf folgenden Sitzung der Arbeitsrechtlichen Kommission nicht angenommen worden. Seither ist die Arbeitsrechtliche Kommission nicht mehr in der Lage, weiter zu verhandeln oder ein weiteres Schlichtungsverfahren durchzuführen. Beide Seiten erklären inzwischen, dass sie den Dritten Weg auf Bundesebene gefährdet sehen. Die Mitarbeitendenseite hat zum Zeitpunkt der Diakonischen Konferenz 2008 demonstriert, Entgelterhöhungen gemäß dem Öffentlichen Dienst gefordert und für den Fall, dass ihre Forderung nicht umzusetzen sei, für den Abschluss von Tarifverträgen votiert.

Seitdem haben keine Verhandlungen mehr stattgefunden. Dies hat die Gewerkschaft ver.di zum Anlass genommen, vom Verband Diakonischer Dienstgeber den Abschluss eines Tarifvertrages für seine angeschlossenen Einrichtungen zu verlangen. Der Verband hat dies mit Hinweis auf die kirchliche Sonderstellung im Grundgesetz abgelehnt. Die Situation eskalierte: Die Gewerkschaft ver.di forderte von einzelnen diakonischen Einrichtungen unter Androhung von Streiks Tarifvertragsverhandlungen – die diakonischen Arbeitgeber hingegen forderten die Mitarbeiterseite auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Das Diakonische Werk der EKD stellte gegenüber dem ver.di-Vorsitzenden schriftlich klar, dass das Arbeitsrechtssetzungsverfahren in Kirche und Diakonie unter Ausschluss von Streik und Aussperrung im Dritten Weg erfolgt. Zugleich wurde auf die verfassungsrechtliche Position der Kirchen hingewiesen und deutlich gemacht, dass diakonische Einrichtungen sowohl nach kirchlichem Recht als auch nach den Satzungsbestimmungen der Diakonischen Werke keine Tarifverhandlungen aufnehmen können, sondern an den Dritten Weg gebunden sind.

Von zentraler Bedeutung ist der Begriff der „Dienstgemeinschaft“. Nach herrschender Rechtsmeinung folgt aus dem Begriff der Dienstgemeinschaft, dass die arbeitsrechtlichen Kampfmittel Streik und Aussperrung ausgeschlossen sind. Keine der beiden Seiten darf in einer Weise Druck ausüben, die den Verhandlungspartner hindert, den kirchlichen Auftrag auszuführen. Aus ihrem Selbstbestimmungsrecht heraus haben sich die Kirchen gegen den Tarifvertrag entschieden. Dort, wo kirchliche Tarifverträge abgeschlossen worden sind, wie in Nordelbien oder Berlin-Brandenburg, ist der Arbeitskampf auch ausgeschlossen.

Die Zuständigkeit für das Arbeitsrecht in Kirche und Diakonie liegt bei den Landeskirchen. Sie sind entscheidungsbefugt. Zum Dritten Weg gibt es für das Diakonische Werk der EKD keine Alternative.

## **Diakonische Initiative wurde wirksam**

Auf der Basis einer hohen  
Fachlichkeit

Wir blicken auf einen Zeitraum zurück, in dem das Diakonische Werk der EKD gemeinsam mit den Landes- und Fachverbänden eine Vielzahl von Gesetzesvorhaben beeinflusst, Diskussionen angestoßen und zahlreiche gute diakonische Initiativen gestartet hat. Dem Engagement der Mitarbeitenden ist es zu verdanken, dass neben den von der Politik vorgegebenen Themen auch eigene diakonische Initiativen wirksam werden konnten.

Neben der Abstimmung von Positionierungen zu Gesetzesvorhaben hat die Projektarbeit einen erheblichen Anteil daran, dass das Diakonische Werk der EKD mit aktuellen und fundierten Papieren an die Öffentlichkeit treten und unzählige politische Gespräche auf der Basis einer hohen Fachlichkeit führen konnte. Insgesamt konnte sich der Verband am Standort Berlin als wichtiger Gesprächspartner der Politik profilieren. Aufgrund ihrer Sach- und Fachkenntnisse sind die Mitarbeitenden gesuchte Ansprechpartner der bundespolitischen Institutionen, der Wohlfahrtspflege und anderer Verbände.

Die Entwicklungen im Bereich Kinder- und Jugendpolitik stellten im Berichtszeitraum einen besonderen Schwerpunkt dar. So hat sich das Diakonische Werk der EKD im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Kinderförderungsgesetz für die Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf Betreuungsplätze für Kinder ab dem 1. Lebensjahr eingesetzt. Es hat sich mit Erfolg gegen die geplanten bundesrechtlichen Vorgaben

Vorstandsmitglied Dr. Bernd Schlüter (rechts) im Gespräch mit Emanuel Brandt, Verband freikirchlicher Diakonischer Werke.  
Foto: Diakonie



in § 74a SGB VIII ausgesprochen, die die Landesgesetzgeber verpflichtet hätten, privat-gewerbliche und frei-gemeinnützige Träger bei der Finanzierung von Kindertagesstätten gleich zu behandeln. Die Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, hat das Diakonische Werk der EKD abgelehnt.

Außerdem hat die Diakonie eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Kindertageseinrichtungen angemahnt, da alle politischen Anstrengungen in der frühkindlichen Bildung sonst erfolglos bleiben müssen.

In einer vielbeachteten Veranstaltung mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, im Herbst 2008 hat das Diakonische Werk der EKD den Fokus wieder stärker auf die Jugendpolitik gerichtet, die in der politischen Diskussion – nicht zuletzt aufgrund finanzpolitischer Rücksichten – seit längerem ein Schatten-dasein führt.

An der Diskussion um den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Kinderschutzes hat sich das Diakonische Werk der EKD intensiv beteiligt. Die Diakonie begrüßte grundsätzlich das Interesse der Bundesregierung, den Kinderschutz zu verbessern und dies in bundesgesetzlichen Regelungen zu verankern. Bei der Beurteilung des Entwurfs gab es jedoch erhebliche Zweifel,

ob das aktuelle Vorhaben tatsächlich zu einem wirksameren Kinderschutz führt. Die Diakonie hat daher eindringlich für eine rechtliche und fachliche Überarbeitung plädiert.

Im Einsatz für mehr Qualität und Transparenz sozialer Dienste ist vor allem mit dem Diakonie-Siegel „Tageseinrichtungen für Kinder“ ein wichtiger Schritt zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit sowie zu deutlicher christlicher und bildungspolitischer Profilierung gelungen. Der Leitfaden für den Aufbau des Qualitätsmanagementsystems ist zusammen mit der Bundesvereinigung Evangelische Tageseinrichtungen für Kinder e.V. (BETA) erarbeitet worden.

Die Themen Armut und Arbeitslosigkeit bildeten einen weiteren Schwerpunkt der sozialpolitischen Arbeit des Diakonischen Werkes der EKD. Im Gesetzgebungsverfahren zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wurde auf negative Konsequenzen durch Normierung und starke zentrale Steuerung der Verfahren sowie auf die weitere Verschlechterung der Rechtsstellung der Arbeitsuchenden hingewiesen.

Das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes hat das Diakonische Werk der EKD kritisch-konstruktiv begleitet und intensive Gespräche mit den fachlich zuständigen Abgeordneten der Bundestagsfraktionen geführt. Es hat sich für eine Gesetzesänderung

ausgesprochen und grundsätzlich eine Verpflichtung der Ärzteschaft zu umfassender Information und Aufklärung begrüßt. Ebenso plädiert es für die Vermittlung an Beratungsstellen und die dreitägige Bedenkzeit zwischen der Mitteilung eines auffälligen Befundes und der Feststellung einer medizinischen Indikation für einen Schwangerschaftsabbruch. Am 6. Mai 2009 hat die Mehrheit der Abgeordneten den Weg für eine Gesetzesänderung freigemacht sowie einem – aus Sicht des Diakonischen Werkes der EKD begrüßenswerten – Gruppenantrag zu untergesetzlichen Regelungen zugestimmt.

Im Bereich Gesundheit und Pflege hat das Diakonische Werk der EKD gegenüber der Politik, aber auch in Diskussionen mit anderen Verbänden und Akteuren wie beispielsweise der Deutschen Krankenhausgesellschaft das innovative Modell einer integrierten Pflegeausbildung vorgebracht und dem Thema auf dem „DiakonieKongress zukunft:pflügen“ im Juni 2009 weiten Raum gegeben. Der erfolgreiche dreitägige Kongress vereinte den 2. Deutschen Pflegeschüler/-innen Kongress, ein Expertenforum für Führungs- und Führungskräfte und das Symposium „Spiritualität in der Pflege“ für Mitarbeitende in Pflegeberufen. In zahlreichen Vorträgen und Workshops wurde angeregt über Themen wie Mitarbeitergewinnung, Interkulturelles Management und Spiritualität im Pflegealltag diskutiert.

Im April 2009 hat das Diakonische Werk der EKD gemeinsam mit dem Bundesverband evangelischer Behindertenhilfe e.V. (BeB) zum Beschluss der 85. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (14. November 2008) zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung Stellung

genommen. Die Diskussion über die Weichenstellungen einer zukünftigen Gestaltung gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und um eine entsprechende Gesetzesnovellierung in der kommenden Legislaturperiode muss sich nach Auffassung des Diakonischen Werkes der EKD und des Bundesverbands Evangelischer Behindertenhilfe an zwei Zielen orientieren: an der Stärkung des personenzentrierten Ansatzes in der Eingliederungshilfe und des Wunsch- und Wahlrechts von Menschen mit Behinderungen.

Zum Gesetzentwurf zur Neuregelung des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes hat sich das Diakonische Werk der EKD zunächst gegenüber dem Bundesrat und dann in gemeinsamer Stellungnahme mit den Verbänden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) gegenüber dem Bundestag positioniert. Eine Neufassung des Heimgesetzes nach der Föderalismusreform wurde ausdrücklich begrüßt, jedoch wurde an dem Gesetzentwurf der Bundesregierung wesentlicher Änderungsbedarf angemahnt.

Am 28. Mai 2009 hat der Bundestag dem fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf von SPD, FDP, Linken und Grünen zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung zugestimmt. Das Diakonische Werk der EKD hat sich in der jahrelangen Debatte immer wieder für die kontrollierte Abgabe von synthetischem Heroin auf Rezept an Schwerstabhängige ausgesprochen. Mit dem nun erfolgreich abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren konnte endlich erreicht werden, dass Diamorphin für eine klar umschriebene Zielgruppe von Menschen mit schwerer Opiatabhängigkeit als zusätzliches Medikament in das Regelsystem der gesundheitlichen Versorgung aufgenommen werden kann.

Die Rahmenbedingungen für diakonische Arbeit konnten trotz vielfältiger ungünstiger Tendenzen verträglich gestaltet werden. Missstände wurden offensiv benannt, wie etwa die zu geringe Personalausstattung in der Pflege und die Weigerung der Politik, Tariflöhne zu refinanzieren. Insgesamt gilt es, in Politik und Öffentlichkeit und im Wettbewerb die gute Arbeit der Diakonie erkennbar zu machen, die Qualitätsentwicklung zu befördern, die Trennung der verschiedenen Regelungsgebiete zu entschärfen und eine angemessene Finanzierung des Sozialstaats auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einzufordern. Es wird weiterhin unverzichtbar sein, für das Prinzip der Gemeinwohlorientierung zu werben und die sozialstaatlichen und sozialrechtlichen Grundprinzipien nicht aus den Augen zu verlieren.

Auf europäischer Ebene konnte der Kampf gegen eine unverständige Anwendung des – aus dem Industrierecht entlehnten – Vergaberechts auf soziale Dienste durch beharrliche Überzeugungsarbeit erfolgreich fortgesetzt werden. Im deutschen Rahmen verhinderte eine Initiative der Diakonie den Ausschluss gemeinnütziger Unternehmen von Bauausschreibungen. Das Thema Vergaberecht und seine Auswirkungen auf diakonische Dienste und Einrichtungen wird die Diakonie auch 2010 beschäftigen. Eine mit hochkarätigen Fachleuten besetzte Tagung mit dem Titel „Sozialvergaberecht – Chancen und Risiken“ im Juni 2009 bildete den Auftakt zu weiteren Aktivitäten.

Die öffentliche Wahrnehmung diakonischer Anliegen und der Marke Diakonie wurde durch eine Vielzahl von Präsentationen auf Veranstaltungen wie dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Bremen, der Synode der EKD und dem



„DiakonieKongress zukunft:pflegen“ im Juni mit viel engagierter Jugend.  
Foto: Diakonie

„DiakonieKongress zukunft:pflegen“ und die gute Etablierung des neu gestalteten Diakonie Magazins unterstützt. Auch mit einer gelungenen Plakatkampagne zeigte das Diakonische Werk der EKD Flagge.

## Teilhabe und Selbstbestimmung

Die Diakonie setzt sich für benachteiligte Menschen ein

„Weil wir es wert sind“ – Diakonie-Präsident Kottnik trägt seinen Namen in die Liste ein. Foto: Diakonie



## Spiritualität in der Pflege

Die sogenannte Life-Event-Forschung hat herausgefunden, dass Menschen Gebrechen, Krankheit, Leid oder Krisen besser verarbeiten, wenn sie in religiösen Bezügen leben. In der Praxis werden bei Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern und bei Bewohnerinnen und Bewohnern in Heimen positive Wechselbeziehungen von Spiritualität und Gesundheit wahrgenommen und berücksichtigt.

Physische und psychische Belastungen von Pflegenden haben zugenommen, die Folgen sind bereits erkennbar: So steigen krankheitsbedingte Fehlzeiten überdurchschnittlich an, und die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege warnt vor Fluktuationen und abnehmender Verweildauer im Pflegeberuf. Zugespitzt formulieren es einige Studien: Der Pflegeberuf steht in Gefahr, zu einer beruflichen Sackgasse mit „Burn-out-Garantie“ zu werden.

Nicht von ungefähr forschen etliche Institute und Fakultäten in die Richtung, spirituelle Ressourcen zur Unterstützung von Pflegenden in ihrem Berufsalltag zu identifizieren und Potenziale religiösen „Copings“ zu erschließen: Wie können Pflegende durch den Einzug spiritueller Dimensionen in den Pflegealltag ihre berufliche Tätigkeit zufriedenstellend erleben und einen Ausgleich für kräftezehrende Arbeit gewinnen? Wie können sie positive, gesundheitsfördernde Ansätze von Spiritualität als heilende und heilsame Sorge für sich selbst – durchaus im Sinne einer Burn-out-Prophylaxe – nutzen und fruchtbar werden lassen in der Auseinandersetzung mit existenziellen Fragen von Patientinnen und Patienten, Bewohnerinnen und Bewohnern oder deren Angehörigen? Dies ist nötig in Krisen und konfrontiert mit den vielfältigen schwierigen Lebenslagen der zu Betreuenden.

Eine Bündelung der Forschungsprojekte und eine Vernetzung der Forschenden gelang beim Symposium „Spiritualität in der Pflege“, vom 16. bis 17. Juni 2009 im Rahmen unseres „DiakonieKongress zukunfft:pflügen“ im ICC Berlin. Das Diakonische Werk der EKD plant in den kommenden Jahren ein Praxisprojekt zum Thema „Spirituelle Ressourcen und existenzielle Kommunikation in der Pflege“. An verschiedenen Krankenhäusern, in ambulanten Pflegediensten, stationären Einrichtungen sowie geriatrischen Einrichtungen und Diensten soll die Umsetzung von Spiritualität in der Praxis der Pflege unter interdisziplinärer fachlicher Begleitung und flankierender wissenschaftlicher Begleitforschung im „training on the job“ erprobt werden. So sollen Pflegende langfristig besser in ihrem Berufsalltag Unterstützung erfahren.

## Schwarze Schafe sieht man nur im Hellen

Die gesellschaftliche Wahrnehmung älterer pflegebedürftiger Menschen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Transparenz ist dabei zum allgegenwärtigen Schlagwort geworden. Mit großer Vehemenz fordern Politik und Medien von den Einrichtungen und Diensten der Altenhilfe mehr Transparenz. Dies ist für ältere Menschen wie für Einrichtungen durchaus sinnvoll. Transparenz bietet Einrichtungsträgern die Chance, die gesellschaftliche Akzeptanz ihrer Angebote zu verbessern und das Vertrauen in die Qualität ihrer Arbeit zu stärken.

Mit Transparenz verbindet sich die Erwartung, die Qualität der pflegerischen Dienstleistungen miteinander vergleichen zu können. Entscheidend ist allerdings die Wahl adäquater Messverfahren. Die Veröffentlichung ihrer MDK-Prüfberichte durch einige Heimträger zum Beispiel trägt nur scheinbar zu Transparenz bei, weil die in den Prüfberichten beschriebenen Mängel kaum Rückschlüsse auf die Pflegequalität zulassen und erst recht keine Vergleiche ermöglichen. Menschen messen die Qualität von Pflege an dem, was sie persönlich unmittelbar im Kontakt mit Pflegekräften erleben und weniger daran, ob beispielsweise jedes Handwaschbecken mit einem Hygieneplan ausgestattet ist.

Transparenz fordert den sogenannten prüfenden Blick „unter die Bettdecke“. Transparenz bezieht sich auf die anonymisierte Veröffentlichung bewertender Informationen, die ansonsten der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Das macht eine externe Prüfung erforderlich, die relevante Daten erhebt, anonymisiert und veröffentlicht.

Der Gesetzgeber hat diesem Anliegen in der Reform des SGB XI im Sommer 2008 Rechnung getragen und ein Verfahren zur Veröffentlichung sogenannter Transparenzberichte für alle Einrichtungen ins Gesetz geschrieben und damit die Rolle des Verbrauchers gestärkt. Die Transparenzberichte sollen eine für den pflegebedürftigen Menschen und seine Angehörigen verständliche, nachprüfbar, übersichtliche und zuverlässige Information zur Qualität der Einrichtung geben, um so Verbraucher in die Lage zu versetzen, Angebote vergleichen und auf dieser Grundlage selbstbestimmt eine Entscheidung treffen zu können.

In der Darstellung von Pflegequalität sollen Ergebnis- und Lebensqualität besondere Berücksichtigung finden. Die kommunalen Spitzenverbände, die Sozialhilfeträger und die Pflegekassen einerseits und die Verbände der Leistungserbringer andererseits sind vom Gesetzgeber beauftragt worden,

gemeinsam Kriterien für die Veröffentlichung zu vereinbaren. Damit hat der Gesetzgeber die gar nicht so selbstverständliche Definition von Qualität auf eine breite Basis gestellt. Auf der Seite der Leistungserbringer hat sich das Diakonische Werk der EKD an der Erarbeitung eines Konzepts für die Transparenzberichte engagiert beteiligt.

Allerdings fehlen bisher aussagefähige Parameter, Pflegequalität in einer für den Laien verständlichen Form zu beschreiben. Die Freie Wohlfahrtspflege hat schon vor längerer Zeit ein Forschungsprojekt angestoßen, das aussagefähige Indikatoren für Ergebnis- und Lebensqualität in der stationären Pflege benennen soll. Die Diakonie beteiligt sich mit neun Einrichtungen an diesem Forschungsvorhaben, das Grundlagen für verbraucherfreundliche und verständliche Transparenzberichte schaffen wird.

Die diakonischen Einrichtungen und Dienste stellen sich dem Qualitätswettbewerb und setzen sich für eine aussagefähige Transparenz ein, die pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen ein realistisches Bild zur Qualität der Pflege in den Einrichtungen und Diensten vermittelt und die sich als Grundlage für eine persönliche Entscheidung eignet.

## Die Chancen gemeinwesenorientierter offener Altenarbeit

Die Perspektive auf das Thema „Offene Altenarbeit“ hat sich grundlegend geändert. Es geht nicht mehr wie früher um Betreuung, sondern um „Empowerment“: Wie können ältere Menschen darin unterstützt werden, ihr Leben aktiv zu gestalten und ihre Fähigkeiten zu entfalten?

Aktuell ist die Frage nach den Lebensräumen alter Menschen in den Vordergrund gerückt. Die Offene Altenarbeit orientiert sich verstärkt am Gemeinwesen. Nicht nur sich auf den Einzelfall, auf die jeweilige Hilfsbedürftigkeit zu konzentrieren, sondern das gesamte soziale Umfeld in den Blick zu nehmen und zu entwickeln, ist gefragt. Der Perspektivwechsel „vom Fall zum Feld“ eröffnet neue Möglichkeiten, Fähigkeiten und Ressourcen alter Menschen zu entdecken und sie besser als bisher am Mitgestalten und Mitentscheiden des öffentlichen Lebens zu beteiligen.

Sozialräumliches Denken und Handeln bedeutet für die Offene Altenarbeit, Zusammenarbeit und Vernetzung zu nutzen und auszubauen. Verbandliche, gemeindespezifische und selbsthilfeorientierte Aktivitäten werden planvoll zusammengeführt, um menschenfreundliche Orte und Räume zu gestalten und nachhaltig zu entwickeln. Der bisherige Begriff der „Offenen Altenarbeit“ sollte dann durch die Bezeichnung „Gemeinwesenorientierte Altenarbeit“ ersetzt werden.

Erste Ergebnisse dieses neueren, am Gemeinwesen orientierten Denkansatzes werden deutlich in einigen zentren- und verbandsübergreifenden gemeinsamen Arbeitsvorhaben. Dazu gehört die gemeinsame Arbeitsgruppe von EKD und Diakonischem Werk der EKD „Kirche im Quartier – Gemeinwesendiakonie gemeinsam gestalten“.

Kirche engagiert sich vielfältig diakonisch und stellt sich den Zukunftsthemen Migration, religiöse Vielfalt, soziale Spaltung. Sie ist personell im Quartier immer noch verlässlich und kontinuierlich präsent und hält mit ihren Einrichtungen und Gebäuden eine beachtliche Infrastruktur im Sozialraum bereit. Diakonie bietet mit ihren professionellen Zugängen zu ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen vor Ort, mit ihren Beratungs- und Dienstleistungsangeboten ein verlässliches Angebot im Nahraum. Selten gelingt aber die Verknüpfung der Kompetenzen, Ressourcen und Entwicklungspotenziale beider Bereiche. In der Arbeitsgruppe werden gemeinsame Handlungsstrategien für Kirche und Diakonie entwickelt, anregende Beispiele gesammelt und Impulse für die Praxis öffentlich gemacht. Damit sollen Diakonie und Kirche befähigt werden, gemeinsam die Herausforderungen des demographischen Wandels als Chance zu nutzen.

Die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP) und dem Arbeitsfeld Ältere Menschen im Diakonischen Werk der EKD hat zu einem Impulspapier zum freiwilligen Engagement geführt. Es geht um neue Engagementformen, die sich an den Fähigkeiten und Begabungen engagierter Menschen orientieren.

Ein weiteres Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist die Handreichung „Leben und Wohnen im Quartier“. Sie gibt Impulse und Ideen, alle im Quartier vorhandenen diakonischen Dienste, Einrichtungen, Begegnungs- und Beratungsangebote zu bündeln, um ein Leben bis zuletzt im angestammten Wohnquartier zu ermöglichen.

## Mobile Rehabilitation – eine neue Form der Teilhabesicherung

Mit der Gesundheitsreform 2007 wurde die Mobile Rehabilitation als eine Form der medizinischen Rehabilitation im Krankenversicherungsrecht verankert. Sie kann in der Privatwohnung des Rehabilitanden, in stationären Pflegeeinrichtungen und in Einrichtungen der Eingliederungshilfe erbracht werden. Die Diakonie hat sich durch Stellungnahmen, konzeptionelle Vorschläge sowie Fachtagungen und Gespräche für die neue Form der Teilhabesicherung eingesetzt und kann sich so zu den Pionieren der Mobilen Rehabilitation zählen.

Die Hoffnung, dass nach der Verankerung der Mobilen Rehabilitation im SGB V mobile Rehabilitationsdienste in die Regelversorgung übernommen werden und neue mobile Dienste ihre Arbeit aufnehmen können, wurde aber enttäuscht. Das Haupthindernis besteht darin, dass einige Krankenkassen für den Aufbau eines mobilen Rehabilitationsdienstes Bedingungen stellen, die weit über die im Gesetz oder in den Rahmenempfehlungen formulierten Ansprüche hinausgehen. Da die angebotenen Vergütungen gleichzeitig deutlich unter den Kosten der Leistungen liegen, scheitern die Verhandlungen. Neue Dienste können jedoch kein hohes ökonomisches Risiko bei planerischer Unsicherheit eingehen, sondern sind auf eine stabile und vertrauensgestützte Kooperation mit den Krankenkassen angewiesen.

In einem Gespräch mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat das Diakonische Werk der EKD das Konzept der Mobilen Rehabilitation erläutert, Umsetzungsprobleme benannt und Anregungen für die Weiterentwicklung der Mobilen Rehabilitation gegeben.

Ein weiteres Anliegen der Diakonie besteht darin, für chronisch psychisch kranke und schwer abhängigkeiterkrankte Menschen mobile Rehabilitationsangebote zu eröffnen. Dazu hat sie vorgeschlagen, Pilotprojekte durchzuführen und wissenschaftlich zu begleiten. Diese Anregung ist bislang noch nicht von den Leistungsträgern aufgegriffen worden.

## „Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ 2010

Das Europäische Parlament und der Europäische Rat haben im Oktober des letzten Jahres das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ bestimmt. Dies soll dazu beitragen, die Beseitigung der Armut voranzubringen und zugleich den Zusammenhalt der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu stärken.

Gemeinsam mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten sollen Strategien entwickelt werden, die nachhaltig zur besseren sozialen Integration beitragen. Vier Grundsätze zum Europäischen Jahr wurden vorab festgelegt:

- „Alle Menschen haben das Recht, in Würde zu leben und an der Gesellschaft teilzuhaben.
- Der öffentliche und der private Sektor tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.
- Die Beseitigung der Armut zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts kommt allen zugute.
- Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es des Engagements auf allen gesellschaftlichen Ebenen.“



In der langen Vorlaufphase zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ hatte sich die Diakonie bei den europäischen Organisationen und im Zusammenwirken mit anderen Partnern in der Nationalen Armutskonferenz, im European Anti Poverty Network und in Eurodiaconia immer wieder für die Stärkung der sozialen Kompetenz der Europäischen Union eingesetzt. Dabei wurden vor allem die verschiedenen Programme zur Armutsbekämpfung, der Europäische Sozialfonds, die offene Methode der Koordinierung und das Konzept der aktiven Eingliederung vorangetrieben. In diesem Jahr hat die Diakonie eine europäische Kampagne für ein angemessenes Mindesteinkommen (<http://adequateincome.eu>) mit auf den Weg gebracht.

Bei der Vorbereitung der nationalen Umsetzung des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung hat sich die Diakonie intensiv beteiligt. Der Vorstand des Diakonischen Werkes der EKD hat die Mitglieder des Diakonischen Werkes aufgerufen, die Ziele des Europäischen Jahres zu unterstützen.

## Arbeitsmarktpolitik: keine Schlechterstellung der Leistungsberechtigten

In der zweiten Jahreshälfte 2008 wurde engagiert über das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente gestritten. Mit dieser Reform beabsichtigte die Bundesregierung, den arbeitsmarktpolitischen Instrumentenkatalog zu straffen und übersichtlicher zu gestalten. In diesem Zuge sollten auch die Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern wegen unterschiedlicher Rechtsauffassungen über den Einsatz der „sonstigen weiteren Leistungen“ gelöst werden.

Das Diakonische Werk der EKD positionierte sich gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege wie auch in eigenen kritischen Stellungnahmen zu den Referenten- und Gesetzentwürfen. Mit den geplanten – und weitgehend durchgesetzten – Änderungen wurden die Bedingungen für eine bedarfsgerechtere und flexiblere Erbringung von Arbeitsförderungsleistungen zunächst nicht verbessert. Die Steuerungskompetenzen des Bundesministeriums und der Bundesagentur für Arbeit wurden ausgebaut, auch durch die Ausweitung der Ausschreibungspflicht.

Die rechtliche Schlechterstellung der Leistungsberechtigten im Sozialgesetzbuch II hat die Diakonie abgelehnt. Stattdessen sollten die Verfahrensrechte der Leistungsberechtigten sichergestellt und ihre Ansprüche gegenüber den Jobcentern durch Rechtsansprüche gestärkt werden.

Darüber hinaus wandte sich das Diakonische Werk der EKD gegen das Vorhaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, durch gesetzliche Schritte die Richtungsentscheidung über die – bis zum jetzigen Zeitpunkt noch immer offene – Trägerschaftsfrage im Sozialgesetzbuch II vorwegzunehmen. Solche gesetzlichen Schritte hätten sich eher auf eine Neuordnung der Arbeitsförderungsinstrumente im SGB III konzentrieren sollen.

## Das Recht einkommensarmer Menschen

Wenn Ratsuchende in diakonische Beratungsstellen kommen, die gesetzlich vorgesehene Leistungen nicht erhalten oder diese vor Gericht einklagen müssen, deutet dies auf eine Fehlentwicklung im sozialen Rechtsstaat hin. Dies hat die Diakonie veranlasst, sich intensiv mit der Rechtsstellung einkommensarmer Menschen zu befassen. Dabei zeigt sich, dass bisherige Selbstverständlichkeiten in den vergangenen Jahren aufgegeben wurden oder verlorengegangen sind.

In der Rechtsstellung armer Menschen gibt es im Vergleich zur Rechtsstellung finanziell unabhängiger Menschen Unterschiede zum Nachteil armer Menschen. Beispielsweise läuft ein Rechtsanspruch auf Beratung im SGB II weitgehend ins Leere, weil eine Behörde nicht im Widerspruch zum eigenen Bescheid Auskunft geben wird. Hier braucht es die Verankerung einer unabhängigen und niedrigschwelligen Sozial- und Rechtsberatung im Sozialgesetzbuch I. Bei Widerspruch und Klage ist seit der sogenannten Instrumentenreform die aufschiebende Wirkung für fast alle Entscheidungen der SGB-II-Träger ausgeschlossen. Damit verschiebt sich das verfahrensrechtliche Gewicht einseitig zugunsten der Grundsicherungsträger.

Bürgerinnen und Bürger können sich in einigen Fällen nicht mehr darauf verlassen, dass Behörden rechtskonform und nachvollziehbar handeln. Die hohe Zahl von erfolgreichen Widersprüchen oder Klagen bei den Sozialgerichten macht diesen Sachverhalt erschreckend deutlich. Gleichzeitig muss das Diakonische Werk der EKD aber feststellen, dass neue, höhere finanzielle Grenzen für die Inanspruchnahme von Möglichkeiten des Rechtsschutzes eingezogen werden, die einkommensarmen Menschen faktisch diesen Schutz entziehen. Bedeutsam ist dies vor allem, weil gerade in der Existenzsicherung auch geringe Streitwerte häufig existenzielle Bedeutung haben. Nur in der konsequenten Umsetzung des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf Rechtsschutzgleichheit gibt es die Einhaltung der Rechtsweggarantie. Dies bedeutet, dass für jedermann, unabhängig von Einkunfts- und Vermögensverhältnissen, der gleiche prozessuale Rechtszugang wie in der außergerichtlichen Beratung möglich sein muss.

Für wesentlich für eine bessere Rechtsposition bei SGB-II-Regelungen hält das Diakonische Werk der EKD eine Neudefinition der bisherigen Bedarfsgemeinschaft unter Rücknahme der Schlechterstellung der unter 25-Jährigen. Eingliederungsleistungen sollten in der Weise neu bewertet werden, dass auf sie ein Rechtsanspruch besteht, und sie sollten unter Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts eingelöst werden.

## Krankheit als finanzielle Belastung

Krankheit ist in Deutschland wieder eine finanzielle Belastung, die bei niedrigem Einkommen zur Überlastung, zum Armutsrisiko wird. Ein besonderes Armutsrisiko haben aus der Sicht des Diakonischen Werkes der EKD Menschen, die langfristig erkrankt oder behindert sind. Denn sie müssen nicht nur mit einem reduzierten Einkommen zurechtkommen, sondern haben regelmäßig überdurchschnittliche Gesundheitsausgaben. Diese liegen nach einer Expertenbefragung, die das Diakonische Werk der EKD bei Selbsthilfeorganisationen chronisch kranker Menschen durchgeführt hat, für eine Reihe von Krankheitsbildern in einer Größenordnung von monatlich 65 bis 120 Euro. Menschen, die Sozialhilfe oder Grundsicherung, eine kleine Erwerbsunfähigkeits- oder Altersrente beziehen, werden von derartigen Gesundheitsausgaben massiv überfordert.

Welche finanziellen Belastungen müssen Menschen tragen, die chronisch krank oder behindert sind und – häufig krankheitsbedingt – ein niedriges Einkommen haben? Das Diakonische Werk der EKD ist dieser Frage im Zusammenhang mit einem von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekt nachgegangen. In der Forschungsgruppe „Public Health“ im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) um Professor Rolf Rosenbrock und mit Unterstützung einer Diakonie-Projektgruppe konnten Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstatistik und eine Expertenbefragung bei Selbsthilfeorganisationen ausgewertet werden.

Die Ergebnisse sind sehr ernüchternd: In allen Einkommensklassen haben etwa zehn Prozent der Haushalte stark überdurchschnittliche Gesundheitsausgaben. So gab der Einpersonenhaushalt 2005 im Durchschnitt 44 Euro im Monat für Gesundheitspflege aus, aber etwa zehn Prozent der Einpersonenhaushalte hatten monatliche Ausgaben von über 200 Euro im Monat. In der untersten Einkommensklasse (bis 1.300 Euro) zeigen sich auf niedrigerem Niveau dieselben Relationen: Zehn Prozent der Haushalte geben 117 Euro im Monat für Gesundheit aus, der Durchschnitt liegt bei 27 Euro.

Die Diakonie tritt deshalb für eine verbesserte Härtefallregelung in der gesetzlichen Krankenversicherung ein. Wer schwerwiegend chronisch krank ist und ein niedriges Einkommen hat, soll von Kostenbeteiligungen im Gesundheitsbereich weitestgehend freigestellt werden. Mit Kostenbeteiligungen sind nicht nur die in ihrer Höhe begrenzten Zuzahlungen gemeint, sondern die gesamten Kosten, die bei einer zweckmäßigen und ausreichenden Behandlung entstehen.

## Familienunterstützende Leistungen

Unterstützung von Familien mit Kindern ist ein Thema, das in den vergangenen Jahren breiten Raum in der öffentlichen Diskussion eingenommen hat. Auch die Diakonie mit ihren vielfältigen Praxiserfahrungen hat sich deutlich positioniert und Gehör verschafft.

Eine ihrer wesentlichen Forderungen bleibt die wirksame Existenzsicherung von Kindern. Angesichts der großen Anzahl von Kindern und Familien, die von Armut bedroht oder betroffen sind, muss der Regelsatz für Kinder im Hartz-IV-Bezug deutlich erhöht werden. Neben Geldleistungen für Familien müssen auch Sachleistungen gewährt werden, etwa kostenlose Mittagessen, Ganztagsbetreuung für Kinder unter drei Jahren sowie Schulkinder oder die Möglichkeit einer Mitgliedschaft in Musikschulen und Sportvereinen.

Welche Teilhabe- und Bildungschancen Menschen haben und wie sie sich gesellschaftlich einbringen können, hängt wesentlich von der Qualität der Unterstützung von Familien ab, besonders solcher, die sich in schwierigen Lebenslagen und -phasen befinden.

## Elterngeld

Das Diakonische Werk der EKD hat die Einführung des Elterngeldes grundsätzlich als Instrument einer modernen Familienpolitik begrüßt, die Frauen und Männern ermöglicht, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren. Zugleich hat sie Bedenken gegen die Ausgestaltung des Elterngeldes als Lohnersatzleistung angemeldet und die Begrenzung des Elterngeldbezugs auf maximal 14 Monate (anstatt wie seither 24 Monate) kritisiert: Diese Neuregelung bedeutet einen grundlegenden Systemwechsel, weil nun Eltern umso mehr Elterngeld beziehen, je höher ihr Einkommen vor der Geburt des Kindes war. Umgekehrt werden diejenigen Eltern schlechtergestellt, die kein oder ein geringes Erwerbseinkommen haben, insbesondere weil sich die Dauer des Elterngeldbezugs im Vergleich zum Erziehungsgeld fast halbiert.

Die Diakonie hat im Herbst 2008 zusammen mit den anderen Wohlfahrtsverbänden Schwangerschaftsberatungsstellen nach den Auswirkungen der Neuregelung auf ihre Klientel befragt. Die Ergebnisse der Recherche belegen die Befürchtungen: Nach Einschätzung der Beratungsfachkräfte sind die Klientinnen in hohem Maße von der Kürzung der Bezugsdauer betroffen. Ihre häufig ohnehin schwierigen wirtschaftlichen

und sozialen Lebensumstände verschärfen sich durch diese Regelung. Besonders belastend ist für Studentinnen, Bezieherinnen von ALG-II-Leistungen und alleinerziehende Frauen vor allem, dass nach den maximal 14 Monaten Elternzeit zu wenige Betreuungsplätze für Kinder unter zwei Jahren zur Verfügung stehen. Ebenso mangelt es an Angeboten zu Teilzeitarbeit. Aus diesem Grund können Frauen nach Ablauf der Elterngeld-Bezugszeit kaum einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

## Kindertageseinrichtungen und Fachkräfteentwicklung

Der Ausbau der Kindertageseinrichtungen ist mit dem Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes zum 1. Januar 2009 rechtlich auf eine solide Basis gestellt worden. Plätze für Kinder unter drei Jahren werden stufenweise eingerichtet, bis im Jahr 2013 ein Rechtsanspruch für Kinder ab dem ersten Lebensjahr in Kraft tritt. Dann finden Familien mit jungen Kindern eine gesicherte und verlässliche Infrastruktur vor.

Das Diakonische Werk der EKD hat das Gesetzgebungsverfahren kritisch begleitet. Insbesondere ist es gelungen, die Fraktionen im Bundestag von den Nachteilen einer vollständigen Öffnung für privat-gewerbliche Träger zu überzeugen. So kam es zu einer Formulierung im Gesetz, die den Ländern die Entscheidungskompetenz überlässt. Die evangelischen Träger sind bereit, sich am Ausbau zu beteiligen und investieren zum Teil erhebliche zusätzliche Eigenmittel, um neue Angebote für Kinder unter drei Jahren zu schaffen oder die Qualität der Angebote zu verbessern, etwa indem zusätzliche Personalstellen finanziert werden. Das Diakonische Werk der EKD unterstützt in Kooperation mit dem Fachverband Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder (BETA) die Träger und Einrichtungen auch darin, den Ausbau nicht nur quantitativ umzusetzen, sondern ebenso die notwendige Qualität zu sichern.

Ein wesentlicher Faktor bei der Gestaltung des Ausbaus wird die Qualifizierung des Personals in Hinblick auf die Betreuung sehr junger Kinder sein. Absehbar ist, dass der Ausbau für Kinder unter drei Jahren einen erhöhten Bedarf an Fachkräften nach sich ziehen wird, der mit den Absolventen von Fachschulen und neuerdings auch Fachhochschulen allein nicht abzudecken sein wird. Das Problem ist, dass der Beruf Erzieherin/Erzieher im Hinblick auf die gestellten Anforderungen schlecht bezahlt ist und geringe Wertschätzung erfährt. Da-

mit fehlen wesentliche Anreize, die Ausbildung zu beginnen. Es gibt weitere Probleme: Durch die Veränderungen in den Finanzierungssystemen der Länder werden viele Stellen nur als Teilzeitstellen besetzt. Für viele Erzieherinnen reicht das Einkommen nicht aus, um sich oder die Familie angemessen zu versorgen. Sie müssen zusätzlich Jobs annehmen oder leben dauerhaft in prekären finanziellen Verhältnissen.

Die personelle Besetzung in Kindertageseinrichtungen entspricht nicht den gestiegenen Anforderungen an die pädagogische Arbeit. Viele Erzieherinnen fühlen sich überfordert. Das Diakonische Werk der EKD hat dies durch eine wissenschaftliche Expertise, die im Mai 2009 Professor Susanne Viernickel erstellt hat, eindrücklich nachweisen können. Die Ergebnisse der Studie sollen genutzt werden, um eine „Qualitätsoffensive Kita“ zu beginnen und Bund, Länder, Kommunen zu bewegen, die personelle Ausstattung der Kindertageseinrichtungen den gestiegenen Anforderungen anzupassen.

## Integrationsstrukturen für Alleinerziehende

Insbesondere in Ost-, aber auch in Westdeutschland ist der Anteil der Alleinerziehenden in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. So lebten in Deutschland im Jahr 2007 1,57 Millionen Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren, das entspricht 18 Prozent aller Familien. Umgekehrt wächst mittlerweile jedes sechste Kind bei nur einem Elternteil auf, insgesamt sind davon 2,18 Millionen Minderjährige betroffen. Alleinerziehende sind überproportional vom Armutrisiko betroffen. So liegt der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte, die ALG-II-Leistungen oder Sozialgeld beziehen, bei konstant 41 Prozent. Das bedeutet, dass rund 1 Million Kinder unter 18 Jahren in Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften leben, damit sind 47 Prozent aller Kinder im SGB-II-Bezug. Auf der Grundlage der Erfahrungen aus den diakonischen Diensten und Einrichtungen für Alleinerziehende hat das Diakonische Werk der EKD in politischen Gesprächen auf Defizite arbeitsmarkt- und familienpolitischer Maßnahmen zu deren Integration in den Arbeitsmarkt hingewiesen. Die Diakonie hat auf eine bessere Beratung für sie gedrängt.

## Kirche im Quartier – Gemeinwesendiakonie gestalten

Auf der Grundlage seiner „Handlungsoptionen Gemeinwesendiakonie – Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als Herausforderung und Chance für Kirche und Diakonie“ hat das Diakonische Werk der EKD die Servicestelle Soziale Stadt geschaffen.

Seit April 2007 stellt die Stelle an Modellstandorten den Landes- und Fachverbänden sowie diakonischen Einrichtungen ihren Service bereit, um in Armutsquartieren und „Soziale Stadt“-Standorten gemeinwesenbezogene Ansätze zu verbessern. Die Servicestelle schafft einen Rahmen für die Kooperation der diakonischen Institutionen mit den Bundes- und Länderministerien sowie weiteren Partnerorganisationen. Sie sichert gleichzeitig die Einführung von Modellvorhaben des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ auf allen Ebenen von Diakonie und Kirche. Damit leistet die Diakonie einen wichtigen fachpolitischen Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung des Programms. Sie unterstützt diakonische Träger, Einrichtungen und Kirchengemeinden in ihrem Engagement in lokalen und regionalen Entwicklungspartnerschaften durch Wissenstransfer und Beratung. Es sind Netzwerke entstanden, die nicht zuletzt die fachpolitische Bedeutung von kirchlich-diakonischem Handeln in der „Sozialen Stadt“ offensichtlich gemacht haben.

Eine Strategiegruppe erarbeitet nun Handlungsempfehlungen, die als gemeinsames Memorandum von EKD und Diakonischem Werk der EKD diskutiert werden sollen. Es sollen verbandliche, gemeindespezifische und selbsthilfe-orientierte Aktivitäten zusammengeführt werden mit dem Ziel, menschenfreundliche Lebensumfelder zu gestalten. Durch staatliche Modell- und Förderprogramme wie „Soziale Stadt“, Mehrgenerationenhäuser, Kinder- und Familienzentren oder „Alterschafft Neues“ werden seit einiger Zeit diese neuen Perspektiven für lokales Handeln in städtischen und ländlichen Gemeinden unterstützt. Etliche Diakonische Werke und Kirchenkreise sind in derartige Programme eingebunden.

Mit der Konsultation „Kirche im Quartier – Gemeinwesendiakonie gestalten“ von Diakonischem Werk der EKD und Burckhardt-Haus ist es gelungen, zwischen Kirche, Diakonie und Verbänden einen neuen Dialog über unterschiedliche Selbstverständnisse, Arbeitskulturen, Denkmuster und Sprachen in Gang zu bringen. Eine am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD in Auftrag gegebene Studie „Gemeinwesendiakonie“

soll Erfolgsfaktoren für produktive Formen der Zusammenarbeit von Kirche, Diakonie und weiteren Partnern im Gemeinwesen herausstellen.

## Bedrohte Jugend – bedrohliche Jugend

Welches ist der richtige Weg, junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren dabei zu unterstützen, prekäre Lebenslagen zu überwinden und zu solidarischen und verantwortlichen Mitmenschen in unserer Gemeinschaft zu werden? Wie kann das gelingen in einem Land, in dem Armut und Ausgrenzung für viele längst zu dauerhaften Problemen geworden sind? Und welchen Beitrag können Kirche und Diakonie leisten?

Viele junge Menschen verhalten sich phasenweise sozial unangepasst. Sie brechen Normen, entwickeln radikalisierte politische Haltungen, begehen Straftaten oder konsumieren im Übermaß Sucht- und Betäubungsmittel. Verhaltensweisen, die auffallen, die provozieren und die eine Reaktion hervorzubringen, die zwischen Mäßigungsappellen und Ärger, zwischen Fördern und Fordern, zwischen Hilfe und Kontrolle liegt. Haben diese Entwicklungen in der jüngeren Vergangenheit tatsächlich Dimensionen angenommen, die eine härtere und restriktivere jugend- und kriminalpolitische Gangart erfordern? Brauchen wir tatsächlich mehr Bootcamps, Anti-Aggressionstrainings und vielleicht sogar mehr Plätze im Jugendstrafvollzug und härtere Strafen, um einer wachsenden Bedrohung der öffentlichen Sicherheit Herr zu werden?

„Bedrohliche Jugendliche? Bedrohte Jugendliche!“ ist der Name eines interdisziplinären, zentren- und fachverbandsübergreifenden Projekts, das im vergangenen Jahr seine Arbeit aufgenommen hat. Bis zu seinem geplanten Ende im Herbst 2010 wird es die Situation benachteiligter Jugendlicher in den Blick nehmen und einen Beitrag zu einer größeren gesellschaftlichen Solidarität mit jungen Menschen leisten. Es will Verbindungslinien aufzeigen zwischen einem wahrnehmbaren Trend zu mehr Restriktion in der Kriminal- und Ordnungspolitik und sich verfestigenden Phänomenen von Armut und Ausgrenzung. Benachteiligte Jugendliche befinden sich im Brennpunkt beider Entwicklungen.

Mit dem Projekt soll ein Signal gesetzt werden für mehr Partizipation, Integration und gesellschaftliche Teilhabe und gegen die vielfältigen Formen von Diskriminierung und Stigmatisierung, denen benachteiligte Jugendliche aufgrund ihrer kulturellen und sozialen Herkunft heute ausgesetzt sind.

## Diakonie in der Einwanderungsgesellschaft

In Deutschland hat etwa jeder fünfte Bürger einen Migrationshintergrund. Diese Bürgerinnen und Bürger tragen dazu bei, dass Deutschland zu einer Gesellschaft der Vielfalt geworden ist. Bisher aber haben nicht alle Menschen auch gleiche Chancen. Ziel einer an der Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes orientierten Politik muss es sein, dass Eingewanderte gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben können.

Ziel der Diakonie ist es, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben und dass es nötig ist, für Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit einzutreten. Mit dem im Dezember 2008 gestarteten Schwerpunkt „Gib mir eine Chance – Diakonie in der Einwanderungsgesellschaft“ will das Diakonische Werk der EKD die Umsetzung dieser Ziele vorantreiben.

Im Juni 2009 hat die offizielle Auftaktveranstaltung mit dem Thema „Gib mir eine Chance – Positionen der Diakonie in der Einwanderungsgesellschaft“ in den Räumen des Diakonischen Werkes Neukölln-Oberspreewald stattgefunden. Das migrationspolitische Profil der Diakonie wurde durch drei Positionen dargestellt:

- Einbürgerung erleichtern – Optionszwang abschaffen
- Kindertageseinrichtungen, Schule, Beruf:  
gute Bildung für alle
- Kettenduldungen beenden – humanitäres Bleiberecht sichern

Auch die Frage der interkulturellen Öffnung der Dienste und Einrichtungen der Diakonie stand auf der Agenda.

Die Diakonie hat gemeinsam mit der Caritas eine Aktion zum Bleiberecht gestartet, die bis Ende 2009 laufen wird. Die Diakonie tritt seit Jahren dafür ein, die Kettenduldungen zu beenden und Ausländern, die in Deutschland integriert sind und denen eine Ausreise nicht zugemutet werden kann, eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu geben.

Diakonie und Caritas haben seit Jahresanfang 2009 über ihre Beratungseinrichtungen (Beratungsstellen, ehrenamtliche Initiativen, Kirchengemeinden, kooperierende Rechtsanwälte) eine umfassende Bestandserhebung zur Bleiberechtsregelung durchgeführt. Probleme und zahlreiche Fallbeispiele wurden in einem Erfahrungsbericht dargestellt, der auf der Internetseite [www.aktion-bleiberecht.de](http://www.aktion-bleiberecht.de) veröffentlicht wurde.



„Menschlichkeit braucht Unterstützung.“ Foto: Diakonie

## Wege der interkulturellen Öffnung in der Diakonie

Um die Prozesse der interkulturellen Öffnung zu vertiefen, zu analysieren und durch einen Erfahrungsaustausch Synergieeffekte zu erzielen, wurde Ende 2008 ein Kooperationsprojekt zwischen dem Diakonischen Werk der EKD und drei Landesverbänden (Baden, Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und Hamburg) ins Leben gerufen. Ziel ist die weitere Anregung interkultureller Öffnungsprozesse in Einrichtungen und Diensten und die damit verbundene Verbesserung des Zuganges für Menschen mit Migrationshintergrund.

Das Teilprojekt in Baden „Mitten im Leben – fit durch interkulturelles Training“ sucht den Einstieg zur interkulturellen Öffnung von Einrichtungen über Fortbildungen für Mitarbeitende, also über die Qualitäts- und Personalentwicklung. Die anderen beiden Teilprojekte „Mitten im Leben – interkulturelle Öffnung von sozialen Diensten und Mitgliedseinrichtungen im Land Brandenburg“ und „Mitten im Leben – Diakonie in der Einwanderungsgesellschaft“ bieten organisationsbegleitende Angebote an.

## Mehr Gerechtigkeit durch Inklusion!

Nachdem in den letzten Jahren der Begriff der Teilhabe in den Mittelpunkt sozialpolitischer Diskussionen gerückt ist, wird unter dem Stichwort „Inklusion“ in mehreren Handlungsfeldern erörtert, wie Teilhabe realisiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund diskutierte im Oktober 2008 der Bundeskongress Evangelische Schule, veranstaltet von EKD und dem Diakonischen Werk der EKD, unter dem Motto: „Bildungschancen für alle! Mehr Gerechtigkeit durch Inklusion?“ Vertretungen von Schulen in kirchlicher und diakonischer Trägerschaft setzten sich mit der Frage auseinander, wie eine grundsätzliche Bejahung von Diversität in der Schule pädagogisch umgesetzt werden kann. Das heißt: Wie können Konzepte für den schulischen Alltag aussehen, die Kinder mit Behinderung, Kinder mit Migrationshintergrund und Kinderarmut berücksichtigen? Welche Auswirkungen haben dort „inklusive Konzepte“? Wie sehen die damit verbundenen Anforderungen sowohl an die Erzieher und Lehrer als auch an die Träger aus?

Die Diakonie tritt dafür ein, Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Risiken gesellschaftlicher Ausgrenzungen oder Benachteiligungen aufgrund einer Behinderung sollen vermieden werden. Mittlerweile hat sich diese Sichtweise in der Sozialpolitik durchgesetzt. Das Diakonische Werk der EKD hat sich damit befasst, welcher Reformbedarf aufgrund dieses Paradigmenwechsels notwendig ist.

Die Diakonie unterstützt nachdrücklich die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen auf eine möglichst selbstständige Lebensführung, einen angemessenen Lebensstandard und sozialen Schutz. Sie war bei den Anhörungen der Verbände im Bundesministerium für Arbeit und Soziales vertreten und sieht – entgegen der von der Bundesregierung abgefassten Denkschrift zur Konvention – Handlungsbedarf, will man die UN-Regelungsinhalte stringent in nationales Recht umsetzen. Ein koordinierter Prozess zwischen betroffenen Menschen mit Behinderungen, Bund, Ländern, Gemeinden und den Verbänden scheint erforderlich.

Zur Ausgestaltung gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Behinderungen hat das Diakonische Werk der EKD auch an vorgeschlagenen Reformüberlegungen gearbeitet. Nach Auffassung des Diakonischen Werkes der EKD ist es notwen-

dig, bedarfsgerechte und personenzentrierte Beratungs- und Dienstleistungsstrukturen und inkludierende örtliche Sozialraumstrukturen vorzuhalten. Dasselbe gilt für alternative Leistungsformen, klare leistungsrechtliche Zuordnungen sowie die verlässliche Finanzierung der Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen.

Doch die Reformbemühungen zu Teilhabeleistungen für die Betroffenen bewegen sich in einem gesellschaftspolitischen Spannungsfeld: Einerseits unterliegen sie den bis 2010 prognostizierten steigenden Zuwachsraten in der Eingliederungshilfe, andererseits müssen sie dem wachsenden Anspruch behinderter Menschen auf volle gesellschaftliche Inklusion vor dem Hintergrund der ratifizierten UN-Konvention standhalten.

Das Diakonische Werk der EKD hat zu Reformüberlegungen zu Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen Stellung bezogen. Auch Fragen zur Ausgestaltung von Bedarfsermittlungsverfahren und zu den Chancen und Risiken eines eigenen Leistungsrechtes wurden erörtert. Um nicht an den betroffenen Menschen vorbeizuplanen, hat das Diakonische Werk der EKD viele wesentliche Aspekte bei einem Fachtag gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen erörtert.

## Das evangelische Beratungsportal

Innerhalb von drei Jahren (von 2006 bis 2009) haben die Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V. (EKFuL) und das Diakonische Hilfswerk Hamburg in einem von der Aktion Mensch geförderten Projekt ein Netzwerkportal im Internet eingerichtet. Es flankiert die Arbeit evangelischer Ehe-, Familien-, Erziehungs- und Lebensberatungsstellen sowie der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Das Diakonische Werk der EKD hat dieses Projekt unterstützt.

Ratsuchende stoßen auf der Seite [www.evangelische-beratung.de](http://www.evangelische-beratung.de) zunächst auf Informationen zu den Beratungsbereichen und eine aktuelle Datenbank der evangelischen Beratungsstellen. Ein besonderer Service ist eine eigens entwickelte Software – [ekful.net](http://ekful.net) – für eine gesicherte Mailverbindung. Diese steht den Beratungsstellen zur Verfügung und bietet den derzeit höchstmöglichen Sicherheitsstandard für Mailberatung.

Damit können Beratungsstellen ihren Klientinnen und Klienten in der Mailberatung denselben Vertrauensschutz zusichern wie bei einem persönlichen Gespräch und den datenschutzrechtlich höchst problematischen Kontakt mit Ratsuchenden über die gängigen Mailprogramme vermeiden.



Die Landes- und Fachverbände haben jetzt dafür votiert, das Portal von EKFuL und Hilfswerk Hamburg zu einem Gesamtportal für andere diakonische Beratungsbereiche weiterzuentwickeln. Inzwischen wurde die Errichtung eines Gesamtberatungsportals der Diakonie beschlossen und die notwendigen Prüfaufträge im Diakonischen Werk der EKD erteilt. Das Angebot wird im Internet die vielfältigen diakonischen Beratungsangebote deutlich sichtbar und schneller auffindbar machen.

## Neue Formen für das Ehrenamt

„Es ist genug für alle da“: Beim „freiwilligen Engagement“ kann durchaus davon die Rede sein, dass „es genug zu tun gibt und dass auch angepackt werden kann“. Es sind ausreichende Engagementmöglichkeiten für alle da – ohne dass dies zur Verdrängung bezahlter Arbeitsplätze führt. Dies liegt zum Beispiel daran, dass in unserer Gesellschaft Familie und Beruf unter einen Hut gebracht werden müssen, es mehr alte Menschen gibt, die sich über „außerplanmäßige“ Zuwendung freuen, dass der Bedarf an kostenfreien Sportangeboten für Kinder groß ist. Es liegt aber auch daran, dass sich der Staat aus vielen Arbeitsfeldern zurückgezogen hat und weiter zurückzieht. Etwa ein Drittel aller Menschen ist neben dem eigentlichen Beruf ehrenamtlich tätig – das ist eine große Zahl. Freiwilliges Engagement meint alle Formen freiwilligen Engagements, auch das klassische Ehrenamt. Besonderer Beliebtheit erfreut sich das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) mit mittlerweile circa 4.000 Teilnehmenden pro Jahr in evangelischen Trägern. Neu in deren Programmangebot aufgenommen wurde der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „weltwärts“, der in Ländern Lateinamerikas und Afrikas in Zusammenarbeit mit „Brot für die Welt“ aktiv ist.

Die Diakonie beteiligt sich an aktuellen Debatten über neue Formen für das Ehrenamt, wie sie zum Beispiel das Bundesfamilienministerium angestoßen hat mit dem Projekt „Freiwilligendienste aller Generationen/FDaG“. Zugleich werden Anforderungen und Qualitätsansprüche an das klassische Ehrenamt diskutiert. Beispiel dafür ist die berufliche Weiterbildung zum/zur „Ehrenamtskoordinator/in“.

Anfang 2009 hat die EKD gemeinsam mit der katholischen Kirche und dem Deutschen Caritasverband eine ökumenische Tagung veranstaltet unter dem Titel: „Um Gottes Willen?! Wir engagieren uns. – Ökumenische Tagung zum ehrenamtlichen Engagement in Kirche und Gesellschaft.“ Über den kirchlichen und nationalen Rahmen hinausgehend wird das freiwillige Engagement Bedeutung erlangen: Die EU-Kommission hat im Mai 2009 für 2011 das „Europäische Jahr des freiwilligen Engagements“ ausgerufen. Das Diakonische Werk der EKD wird daran mitwirken.

## Ein zukunftsfähiger Lebensstil und Unter- stützung der Armen Im Jubiläumsjahr der Aktion „Brot für die Welt“

### 50 Jahre Engagement

Unter dem Motto „Es ist genug für alle da“ startete „Brot für die Welt“ am 1. Advent 2008 das Jubiläumsjahr mit der bundesweiten Eröffnung der 50. Spendenaktion. Seitdem hat eine Fülle von Veranstaltungen stattgefunden, mit denen sich „Brot für die Welt“ bei den Spenderinnen und Spendern sowie bei den Trägern der Organisation für die langjährige Unterstützung bedankt. Näheres zu den Aktionen ist auf der Homepage von „Brot für die Welt“ nachzulesen: [www.brot-fuer-die-welt.de/50jahre](http://www.brot-fuer-die-welt.de/50jahre)

Der Festakt am Vorabend der offiziellen Eröffnung der 50. Aktion von „Brot für die Welt“ fand am 29. November 2008 im Admiralspalast in Berlin mit mehr als 700 Gästen statt. Im Zentrum der Veranstaltung standen die vielen Partner und „Engagierten“, die sich in Deutschland und in den Ländern des Südens für eine gerechte Welt eingesetzt haben. Ob Projektpartnerinnen und -partner wie Vandana Shiva aus Indien, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, oder unermüdliche Spendensammler wie Wolfgang Soppa aus Bremen – sie standen als Herz und Motor global tätiger Nächstenliebe beispielhaft für all die auf der Bühne, die sich in den vergangenen 50 Jahren engagiert haben. Den Eröffnungsgottesdienst am 1. Advent in der Kirche „Zum Heiligen Kreuz“ in Berlin-Kreuzberg feierten Freunde und Partner aus aller Welt gemeinsam mit rund 750 Gottesdienstbesuchern.

Festakt „50 Jahre Brot für die Welt“ im Admiralspalast, Berlin.  
Foto: Christoph Püschner/epd



Mit dem Start der 50. Aktion wurden auch die ersten „Brot“-Botschafter und -Botschafterinnen ausgesendet. Diese ehrenamtlich Engagierten tragen im Jubiläumsjahr das Anliegen von „Brot für die Welt“ in ihre Kirchengemeinden, Dekanate/ Kirchenkreise und Regionen und sorgen so dafür, dass die Themen der Entwicklungszusammenarbeit im Blick der Gemeinden bleiben.

Im Jubiläumsjahr stellt „Brot für die Welt“ 50 engagierte Menschen vor, die beispielhaft für Wirken und Wirkung der Arbeit von „Brot für die Welt“ stehen. Sie wurden aus den Reihen der Projektpartner und -partnerinnen sowie unter den Menschen im Ausland ausgewählt, denen in Projekten geholfen wurde. Unter den 50 Engagierten befinden sich aber auch Spenderinnen und Spender aus Deutschland. Nicht zu vergessen die Menschen, die sich ehrenamtlich für „Brot für die Welt“ in den Gemeinden und Schulen engagieren. Ob ehemaliger Kinderarbeiter oder deutsche Fünftklässlerin, ob Fußball spielender Pfarrer oder „Bischof der Armen“: Sie alle zeigen mit ihrem Engagement, dass jede und jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten etwas tun und bewegen kann.

Auch „Großes Theater“ darf im Jubiläumsjahr nicht fehlen: Mit dem Theaterfestival „Theater Global“ schlug „Brot für die Welt“ eine Brücke zwischen den Kulturen. Alle Theatergruppen aus vier Kontinenten sind aus Projekten hervorgegangen oder Bestandteil von Projekten, die von „Brot für die Welt“ gefördert wurden und werden. Sie sind Teil von Jugendarbeit, von Traumabewältigung oder von Gemeindemobilisierung. Wiewohl also eher aus therapeutischen oder pädagogischen Motiven entstanden, konnten die Gruppen bei den vier Stuttgarter Kooperationsbühnen, auf deren Brettern gemeinsame Workshops und die Aufführungen stattfanden, mit ihrem hohen künstlerischen Niveau beeindrucken.

Ebenso beeindruckten das hohe Engagement und die Kreativität der Gruppen aus dem Süden, die in der persönlichen Begegnung zwischen deutschen und ausländischen Künstlern und mit dem Publikum deutlich machten, dass ihre Länder nicht nur in der Perspektive von Armut, Hunger und Konflikt gesehen werden sollten, sondern auch unter der Perspektive des kulturellen Reichtums und des großen menschlichen Reichtums an Begabungen, Werten und Kreativität.

## Geburtstagswunsch: 2.000 Gemeinden trinken fair!

Das ursprünglich gesetzte Ziel ist erreicht: Ende 2008, mit dem Start der 50. Aktion „Brot für die Welt“, hat sich die tausendste Kirchengemeinde der Initiative „Gerecht genießen – 1.000 Gemeinden trinken fair“ angeschlossen! Sie alle bieten bei ihren Veranstaltungen ausschließlich Kaffee aus fairem Handel an. Mindestens 15.000 Engagierte in evangelischen Gemeinden haben die Idee aufgegriffen, in ihren Gemeinden diskutiert, die Beschaffung organisiert und nach innen – mit Gemeindegemeinderatsbeschlüssen – und außen – mit einer Plakette – dokumentiert.

Nach der Höhe des Umsatzes ist Kaffee das wichtigste Agrarprodukt im Welthandel und für mehr als 100 Millionen Kleinbauern und Plantagenarbeiter das „tägliche Brot“. Viele Firmen, Verwaltungen und Bürger sind den kirchlichen Appellen der vergangenen Jahre gefolgt und beziehen Kaffee aus fairem Handel. Der Anteil an fair gehandeltem Kaffee, der in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen selbst getrunken wird, liegt aber gerade mal bei etwa zehn Prozent. „1.000 Gemeinden trinken fair“ ist ein wichtiger Beitrag, diese Glaubwürdigkeitslücke zu schließen. Erklärtes Ziel der evangelischen Hilfsaktion ist es deshalb, im Jubiläumsjahr weitere 1.000 Gemeinden zu finden, die fair gehandelten Kaffee anbieten wollen – ein Geburtstagsgeschenk der besonderen Art! Es geht also weiter unter dem Motto „Gerecht genießen – 2.000 Gemeinden trinken fair“.

Auch Großverbraucher wie diakonische Einrichtungen und kirchliche Verwaltungen haben noch Nachholbedarf in Sachen gerechter Genuss: An sie richtet sich die Aktion „Fairer Kaffee in die Kirchen“. Sie erhalten bei „Brot für die Welt“ Beratung und Unterstützung bei der Umstellung auf fair gehandelte Produkte. Seit 2003 haben mehr als 80 Einrichtungen ihre Beschaffung umgestellt. Zusammen verbrauchen sie rund 40 Tonnen fair gehandelten Kaffee pro Jahr. Verglichen mit dem möglichen Gesamtvolumen in Kirche und Diakonie noch kein Grund zum Jubeln. Auch hier kann das Geburtstagsjahr Ansporn sein! ([www.brot-fuer-die-welt.de/1000-gemeinden](http://www.brot-fuer-die-welt.de/1000-gemeinden), [www.kirchen-trinken-fair.de](http://www.kirchen-trinken-fair.de))

## Klimaschutz, Ernährungssicherheit und das Recht auf eine nachhaltige Entwicklung

Klima, Ernährungssicherheit und Entwicklung sind untrennbar miteinander verbunden. Der Klimawandel trifft die Armen des Südens ungleich härter und existenzieller als die reichen Länder: Die armen Länder tragen die Hauptlast der Klimafolgen. Dazu kommt: 95 Prozent der Todesopfer, die weltweit infolge von Naturkatastrophen zu beklagen sind, stammen aus den ärmeren oder einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen. Unser nicht nachhaltiger Produktions- und Lebensstil ist wesentlich für die Überlastung der Atmosphäre verantwortlich. Darum ist es eine Frage der Gerechtigkeit, der Menschenrechte und der ethisch-moralischen Verantwortung, sich für wirkungsvollen Klimaschutz einzusetzen, für einen zukunftsfähigen Lebensstil sowie die Unterstützung der Armen in ihrem Streben nach Ernährungssicherheit und ein Leben in Würde – auch unter den Bedingungen des Klimawandels. Für Kirchen und kirchliche Hilfswerke ist es darüber hinaus Teil ihres Auftrages, sich für Klimagerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Dies hat im April 2009 der Pazifische Kirchenrat in seiner „Moana-Deklaration“ eindrucksvoll unterstrichen. Er vertritt Inselbevölkerungen, deren Lebensraum in etwa 20 Jahren nicht mehr existieren wird.

Biogasanlage, Projekt MIGESADO/Tansania. Foto: Christoph Krackhardt



Was ist zu tun? In enger Abstimmung mit den Partnerorganisationen und basierend auf den langjährigen Erfahrungen der Ökumenischen Diakonie hat „Brot für die Welt“ drei Schwerpunkte verfolgt:

Erstens hat ein Konsultations- und Qualifizierungsprozess mit den Partnern in den Ländern des Südens begonnen, um die Herausforderungen des Klimawandels in den verschiedenen Weltregionen und Ländern klar zu erkennen. Diese werden in den Programmen der Partnerorganisationen berücksichtigt. Und es werden gemeinsame Strategien entwickelt, um die klimapolitischen Bedingungen national, regional und international zu verbessern.

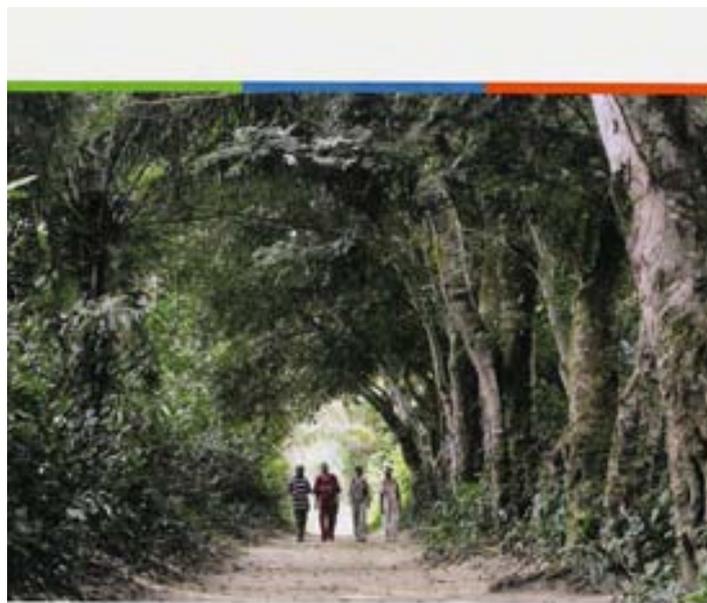
Zweitens setzt sich „Brot für die Welt“ bei der deutschen Politik sowie in den internationalen Klimaverhandlungen für „Klimagerechtigkeit“ und die Anliegen der Partner ein. In Deutschland geschieht dies im Kontext der Klima-Allianz, die von „Brot für die Welt“/Diakonie Katastrophenhilfe mitbegründet wurde und zu deren über 100 Mitgliedern immer mehr Landeskirchen gehören. Themen von herausragender Bedeutung sind Ernährungsunsicherheit, Bioenergie/Biokraftstoffe, Menschenrechte und Klimaflüchtlinge.

Und drittens: In der Öffentlichkeits-, Medien- und Bildungsarbeit von „Brot für die Welt“ nehmen die Themen „Ernährungssicherung im Klimawandel“, „Klimagerechtigkeit“ und „Bioenergie“ zunehmenden Raum ein. Hierbei werden Vertreterinnen und Vertreter von Partnerorganisationen eingebunden – etwa bei einer Deutschlandtour von „Klimazeugen“ – und enge Bezüge zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ hergestellt. Das Interesse bei Gemeinden und kirchlichen Bildungsträgern ist insbesondere beim Thema „Bioenergie“ groß.

## Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt

Um eine neue und breite gesellschaftliche Debatte über die Notwendigkeit eines Kurswechsels hin zu einem nachhaltigen Lebensstil in Deutschland anzustoßen, hatten „Brot für die Welt“, der Evangelische Entwicklungsdienst und der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) beim „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie“ eine Studie zum Thema „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ in Auftrag gegeben. Diese Studie wurde im Oktober 2008 vorgestellt. Sie zeigt, was nachhaltige Entwicklung in

Die Arbeitshilfe erleichtert Gemeinden die Auseinandersetzung mit Themen der Studie. Sie enthält zwei Gottesdienste und zunächst sechs Themenmodule (Klima, Agrotreibstoff, Fisch, Handel, Tourismus, Maß halten). Jedes Modul enthält eine Arbeitseinheit, Hintergrundinformationen, biblische Bezüge, Literatur- und Medienhinweise sowie konkrete Aktions- und Handlungsvorschläge. Im Laufe des Jahres 2009 wird die Arbeitshilfe durch zusätzliche Module erweitert.  
Straße in der Dem. Rep. Kongo, Titel ZDII. Foto: Christoph Püschner



**Den Kurs wechseln – neue Wege gehen  
– Zukunft fair teilen**

Eine Arbeitshilfe zur Studie „Zukunftsfähiges  
Deutschland in einer globalisierten Welt“

einem Industrieland mit internationaler Verantwortung heute bedeutet und wie Deutschland die Herausforderungen der Globalisierung kreativ bewältigen kann. Es werden die notwendigen Instrumente benannt, um die Wende zu einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Die Studie orientiert sich an der Vision einer weltweiten und generationenübergreifenden Gerechtigkeit und ermutigt, in dieser Perspektive zu handeln. Diese Ermutigung gilt nicht nur den Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik, sondern jedem Einzelnen.

Die Studie hat in kürzester Zeit eine positive Resonanz gefunden. Im Herbst 2008 hat die 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland den Rat der EKD ausdrücklich darum gebeten, den Gliedkirchen vorzuschlagen, das notwendige energie- und klimapolitische Umdenken in der Gesellschaft zu fördern. Die Bildungs- und Jugendarbeit in den Gemeinden könne dabei insbesondere auf die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zurückgreifen. Auch Bundespräsident Horst Köhler nahm anlässlich der Verleihung des Deutschen Umweltpreises 2008 Bezug auf die Studie. Die erste Auflage der Buchpublikation war bereits nach einem Monat vergriffen. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat sich bereit erklärt, das Buch als Sonderdruck für die Bildungsarbeit bereitzustellen.

„Brot für die Welt“, Evangelischer Entwicklungsdienst und BUND haben ein gemeinsames Kommunikations- und Bildungskonzept entwickelt, das die aufgeworfenen Fragen in weite kirchliche und gesellschaftliche Bereiche hineinragen will. Woche für Woche finden Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen auf Gemeindeebene und in Bildungseinrichtungen statt. Gemeinsam mit den Evangelischen Akademien in Deutschland haben „Brot für die Welt“ und Evangelischer Entwicklungsdienst ein bundesweites Projekt unter dem Motto „Zukunft fair teilen“ gestartet. Darüber hinaus werden Material für Unterricht und Gemeindegarbeit erstellt, Ausstellungen vorbereitet und Jugendaktionen angeboten. Die im Sommer 2008 fertiggestellte Studie hatte bereits weitsichtig vor den Folgen des ungezügelten Wachstums auf den Finanzmärkten gewarnt und den globalen Regulationsbedarf aufgezeigt. Am Vortrag der Präsentation der Studie am 14. Oktober war mit dem Bankenrettungspaket das am schnellsten abgestimmte und teuerste Gesetz der deutschen Nachkriegsgeschichte aufgelegt worden. Die EU-Mitgliedsstaaten und die USA haben bereits im Herbst 2008 das 40fache der Summe, die sie für die Eindämmung des Klimawandels und die Verringerung der weltweiten Armut ausgeben, für die Rettung maroder Banken und Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Die Frage, wie die derzeitige Krise trotz der Folgen für die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen als Chance für ein Umsteuern genutzt werden kann, stand im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz, zu der Evangelischer Entwicklungsdienst und „Brot für die Welt“ gemeinsam Vertreterinnen und Vertreter von Partnerorganisationen aus aller Welt nach Berlin eingeladen hatten. In ihren Diskussionsbeiträgen betonten die Partner aus Süd und Ost die Notwendigkeit, dass sich kirchliche Entwicklungsorganisationen in die Debatte um einen sozialökologischen Zivilisationswandel hierzulande einmischen und in diesem Sinne auch „Entwicklungsdienst im eigenen Land“ betreiben.

## Armut global

Das Arbeitsvorhaben „Armut global“ bündelt Erfahrungen aus der Ökumenischen wie der nationalen Diakonie. Es reagiert auf die wachsende Einkommensungleichheit und Ausgrenzung. Dabei konzentriert es sich auf die ärmsten und am stärksten gefährdeten Gruppen mit eingeschränkten Selbsthilfemöglichkeiten und setzt sich mit sozialen Grundversicherungsansätzen zur Armutsbekämpfung auseinander. Zentrale Herausforderung für die gemeinsame Konzeptentwicklung mit den Partnern, für Positionierung und Programmqualifizierung ist die übergeordnete Frage: Welche Sozialpolitik ist geeignet, menschliche Entwicklung zu fördern?

Eine gemeinsame Fachveranstaltung von „Brot für die Welt“ und sozialpolitischen Zentren im Diakonischen Werk der EKD bot Mitarbeitenden beider Arbeitsbereiche die Möglichkeit zum Austausch mit Vertretern von Partnerorganisationen aus Namibia, Bangladesh und Zimbabwe über „Soziale Grundversicherung, Mindesteinkommen – Wege zur Armutsbekämpfung in Namibia/Afrika wie auch in Deutschland und der Europäischen Union“.

Die Veranstaltung beschäftigte sich mit aktuellen Daten zur Dynamisierung von Ungleichheit in Deutschland und der Welt und dem Ausmaß von Armut und Reichtum in Deutschland, der EU und den OECD-Ländern. Sie ging den Gründen nach, warum bei der wirksamen Armutsbekämpfung zunehmend Modelle sozialer Grundversicherung diskutiert werden. Ein systematischer weltweiter Überblick, ergänzt durch Länderstudien und Beispiele aus der Arbeit von Partnern aus dem Süden, erläuterte Konzepte für soziale Grundversicherung.

Unter enger Beteiligung von Partnerorganisationen wurden zudem Fallstudien zur sozialen Sicherung in unterschiedlichen Ländern und Weltregionen durchgeführt und für Lobbyarbeit in Deutschland genutzt. Ein parlamentarischer Abend in Berlin wie auch ein Fachgespräch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit dienten dem Ziel, Arbeitsansätze und Erfahrungen aus der Arbeit von „Südpartnern“ bekannt zu machen. „Brot für die Welt“ brachte die Absicht zum Ausdruck, die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Förderung von Grundsicherungsansätzen in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit kritisch zu begleiten. Parallel dazu wurden „Südpartner“ bei ihrer Lobbyarbeit gegenüber ihren jeweiligen Regierungen und beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Netzwerke in Sachen soziale (Grund-)Sicherheit unterstützt.

### Mosambik: Zugang zu Land

Immer wieder kommt es in Mosambik zu Konflikten um Land, sei es durch große Tourismusprojekte, den Anbau von Zuckerrohr für Agrotreibstoffe, den Abbau von Schwersanden oder den unkontrollierten Holzeinschlag.

Land ist in Mosambik Staatseigentum. Zum Schutz der Bauern sieht das Landgesetz von 1996 vor, dass einzelne Familien, Dorfgemeinschaften oder lokale Bauernvereinigungen über Land, das sie seit mindestens zehn Jahren bewirtschaften, volle Verfügungsrechte erhalten. Erstmals wurde im neuen Landrecht, das auch aufgrund der aktiven Mitarbeit des „Brot für die Welt“-Partners ORAM entstand, verankert, dass Dorfgemeinschaften und Dorfälteste konsultiert werden müssen und bei der Vergabe von Land mitbestimmen können. Ein Landtitel kann für maximal 50 Jahre vergeben werden. Ausländer können – so das Gesetz – keinen Landtitel in Mosambik erwerben.

In Südmosambik werden trotz allem rund um die attraktiven Küstenorte am Indischen Ozean zahlreiche Parzellen an südafrikanische Investoren vergeben, die große Ferienanlagen für Touristen aus aller Welt bauen. Es kommt zu Fällen dramatischer Enteignungen ganzer Dorfgemeinschaften. Dabei wird weder die Bevölkerung konsultiert noch gibt es eine Chance für die Dorfgemeinschaften, über Entschädigungen zu verhandeln. Sie werden zu Landlosen ohne Einkommen und Perspektive.

ORAM, Partner von „Brot für die Welt“, versucht, in zwei Küstenregionen mehr als 50 Dorfgemeinschaften bei der Sicherung von Land zu beraten und klärt sie über ihre Rechtslage auf. So konnten sich schon zahlreiche Dorfgemeinschaften erfolgreich ihren Landtitel sichern.

Auch am Rande des „Great Limpopo Transfrontier Park“, eines international bedeutenden Tourismusprojektes, für das auch in Deutschland geworben wird, besteht ein Landkonflikt. In einem mehrjährigen Konsultationsprozess haben die Dorfgemeinschaften im Park einer Umsiedlung aus dem Parkgelände hinaus zugestimmt. 30.000 Hektar Land wurden für neun Dorfgemeinschaften von der Regierung zugesagt. Gleichzeitig wurde genau dieses Land nun an einen internationalen Zuckerrohrkonzern vergeben, so dass die Menschen im Park verbleiben müssen und weiter täglich den Wildtieren ausgesetzt sind. Auf internationaler Ebene hat „Brot für die Welt“ in Kooperation mit der mosambikanischen Partnerorganisation CEDES Lobby Schritte eingeleitet und verhandelt mit den Gebern des Parkprojekts – unter anderem der deutschen KfW-Bankengruppe – und der mosambikanischen Regierung um faire Entschädigungen.

Mosambik. Foto: Gerd M. Hoeffchen





Indigene Familie aus der Region Cauca. Foto: Thomas Lohnes

## Kolumbien: anderer Kontinent – gleiches Problem

Kolumbien ist eines der reichsten Länder Lateinamerikas, und doch haben viele Menschen nicht genug zu essen und keinen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Ein besonders gravierendes Problem sind die vielen gewaltsamen Vertreibungen: Über vier Millionen Menschen – fast ein Zehntel der Bevölkerung – sind in den letzten zwei Jahrzehnten zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht worden. Hinter diesen massiven Menschenrechtsverletzungen stehen oft wirtschaftliche Interessen.

Die Produktion von Agrokraftstoffen heizt die Welle der Gewalt gegen Kleinbauern, Afro-Kolumbianer und Indigene (indianische Bevölkerung) zusätzlich an. In der Provinz Valle del Cauca in Kolumbien sind schon über 90 Prozent der Ackerfläche in der Ebene des Cauca-Flusses mit Zuckerrohr bepflanzt. In der Provinz selbst werden kaum noch Lebensmittel angebaut. Die Zuckerbarone greifen nach immer neuen Flächen – auch in der Nachbarprovinz Cauca. Hier kämpfen die Nasa-Indigenen seit Jahrhunderten um Land, das ihnen schon in der Kolonialzeit genommen wurde. Sie besitzen zu wenig Land, um ihre Familien zu ernähren oder gar jungen Familien mit einer neuen Parzelle eine Zukunft zu geben.

Ihre Landbesetzungen nennen sie „Befreiung der Mutter Erde“. Doch die Regierung negiert die legitimen Ansprüche der Indigenen und antwortet mit Polizei und Militär. Die Indigenen, die in der Basisbewegung ACIN organisiert sind, geben ihren unbewaffneten Widerstand nicht auf. „Brot für die Welt“ unterstützt ein Projekt von ACIN, das jungen Familien eine Anschubfinanzierung und fachliche Anleitung beim Anlegen und Bewirtschaften von neuen Parzellen gewährt.

## „Leuchtturm“-Projekte

Mit dem Klimawandel ist eine starke Zunahme von Naturkatastrophen zu beobachten, die zugleich an Heftigkeit zunehmen. Hierunter leiden vor allem arme Menschen: 97 Prozent aller Todesopfer infolge von Naturkatastrophen sind schon heute in Ländern des Südens zu verzeichnen. Entwicklungsfortschritte werden durch akute Katastrophen zunichtegemacht, die Länder um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, zurückgeworfen.

Diakonie Katastrophenhilfe und „Brot für die Welt“ stimmen sich daher eng ab, um gemeinsam dieser Herausforderung zu begegnen. In „Leuchtturm“-Projekten werden Menschen im Süden über Ursachen und Folgen des Klimawandels aufgeklärt. Außerdem werden Anpassungsmaßnahmen entwickelt, um das Überleben zu sichern. „Leuchtturm“-Projekte sollen auf die Öffentlichkeit und auf Entscheidungsträger „ausstrahlen“, zum Umdenken und Handeln aufrufen.

Diakonie Katastrophenhilfe und „Brot für die Welt“ ergänzen sich dabei ideal. Diakonie Katastrophenhilfe leistet schnelle akute Not- und Wiederaufbauhilfe, „Brot für die Welt“ ermöglicht längerfristige Begleitung der Betroffenen über die Entwicklungszusammenarbeit. Während Diakonie Katastrophenhilfe politisch neutral bleiben muss, um den Zugang zu den Betroffenen sicherzustellen, kann „Brot für die Welt“ politische Lobbyarbeit durchführen, um sich zum Beispiel für die Rechte von Klimaflüchtlingen einzusetzen.



Bauern treffen sich einmal in der Woche, um sich abzusprechen. Foto: Carsten Stormer



Abholzung des Regenwalds. Foto: Christoph Püschner

## Verursacher und Opfer

Indonesien ist zugleich Verursacher und Opfer des Klimawandels. Die massive Abholzung der Regenwälder trägt in großem Maße zum Klimawandel bei. Umgekehrt gefährden der steigende Meeresspiegel und die immer häufigeren und heftigeren Stürme und Regenfälle kleinbäuerliche Familien und Fischer. Die Weltbank schätzt, dass zwei Drittel der über 225 Millionen Einwohner Indonesiens schon jetzt regelmäßig Naturkatastrophen ausgesetzt sind.

Diakonie Katastrophenhilfe und „Brot für die Welt“ haben begonnen, gemeinsam Partner in der Methode der „Risiko-Analyse“ fortzubilden. Dabei lernen Dorfbewohner, Ursachen und Folgen von Naturkatastrophen in ihrer Umgebung zu analysieren und Maßnahmen zur Minderung der Risiken zu planen. Zum Beispiel wird gutes Ackerland durch Erdbeben oder Fluten zunichtegemacht. Hangstabilisierungsmaßnahmen oder angepasstes, schnell wachsendes Saatgut können die verminderte landwirtschaftliche Produktion wieder verbessern. Zugleich wird mit den Dorfbewohnern diskutiert, welche längerfristigen Folgen über die unmittelbare Katastrophenwirkung hinaus zu erwarten sind und wie ihnen begegnet werden kann.

Nach Auswertung von ersten Pilotprojekten im Golf von Bengalen werden die „Leuchtturm“-Projekte von Diakonie Katastrophenhilfe und „Brot für die Welt“ auch in anderen besonders katastrophengefährdeten Regionen in Asien, Afrika und Lateinamerika beginnen.



Leben im Flüchtlingslager. Foto: ACT/Paul Jeffrey

## Darfur: Wir helfen weiter

Der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) gegen den sudanesischen Präsidenten Beschir im März 2009 war aus menschenrechtlicher Perspektive ein richtiger Schritt zur Bekämpfung der Straflosigkeit. Er führte aber de facto zu einer Verhärtung der Fronten im Darfur-Konflikt, mit unabsehbaren Folgen für die anstehenden Wahlen und das Friedensabkommen mit dem Süden des Landes. Infolge der Ausweitung von 13 internationalen Nichtregierungsorganisationen, denen Informationsweitergabe an den ICC unterstellt wird, sowie auch des Arbeitsverbots für drei lokale Organisationen ist die Unterstützung für hunderttausende Notleidende in Darfur gefährdet. Eine Bestandsaufnahme der UN und der sudanesischen Kommission für humanitäre Hilfe ergab, dass mit einer massiven Verschlechterung der humanitären Lage zu rechnen sein werde.

Das von der Diakonie Katastrophenhilfe unterstützte gemeinsame Hilfsprogramm von ACT (Kirchen helfen gemeinsam) und Caritas International konnte weiterarbeiten und bemühte sich um Ausweitung seiner Aktivitäten, um die Lücken zu füllen. ACT und Diakonie Katastrophenhilfe appellierten an alle Seiten im Konflikt, Zugang zu den Hilfsbedürftigen zu gewährleisten und humanitäre Hilfe nicht zum Spielball der Politik zu machen.



Zerstörte Klinik. Foto: ACT

## Palästina: Hilfe für Verletzte

Die massiven Luftangriffe und der israelische Einmarsch in Gaza zum Jahreswechsel 2008/2009 trafen eine extrem dicht siedelnde und durch eine 18-monatige Blockade jeglicher Reserven beraubte Zivilbevölkerung. Den Zugang zu Hilfsgütern und medizinischer Versorgung hat der Beschuss von Hilfskonvois und Ambulanzen durch die israelische Armee sowie durch extreme Zugangsbeschränkungen an den Grenzen massiv erschwert. Die Versorgung der Verletzten und Kranken in Krankenhäusern stockte, 400.000 Menschen waren aufgrund Treibstoffmangels und geborstener Leitungen ohne Wasser. Es gab kaum Lebensmittel zu kaufen, 50.000 Menschen waren durch die Zerstörungen obdachlos geworden. Kinder – die mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Gaza-Streifen ausmachen – sind durch die Bombardierungen und den Verlust von Angehörigen schwer traumatisiert.

Diakonie Katastrophenhilfe stockte ihre Aktivitäten im Gaza-Streifen im Rahmen des ACT-Netzwerkes auf. Dank langjähriger Präsenz von ACT-Mitgliedern vor Ort konnten lebenswichtige Nahrungsmittel, Medikamente und Decken noch während der Kämpfe in den Gaza-Streifen gelangen und durch lokale Strukturen vor Ort verteilt werden. Der OP- Betrieb eines der letzten funktionierenden Krankenhäuser konnte aufrechterhalten werden.

# Unsere Zahlen Transparenz der ei

# genen Arbeit

**Bilanz zum 31. Dezember 2008****Aktivseite**

in TEUR	31.12.2008	31.12.2007
<b>Anlagevermögen</b>		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	142.755,76	462.740,04
Geleistete Anzahlungen	930.837,58	0,00
	<b>1.073.593,34</b>	<b>462.740,04</b>
Sachanlagen		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	10.731.289,67	11.250.756,92
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.081.040,91	1.174.330,28
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	70.570,57	0,00
	<b>11.882.901,15</b>	<b>12.425.087,20</b>
Finanzanlagen		
Beteiligungen	2.357.545,08	2.357.546,08
Wertpapiere des Anlagevermögens	36.094.587,53	39.768.354,43
Sonstige Ausleihungen	3.582.186,24	4.211.460,72
	<b>42.034.318,85</b>	<b>46.337.361,23</b>
	<b>54.990.813,34</b>	<b>59.225.188,47</b>
<b>Umlaufvermögen</b>		
Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	39.767,58	24.710,83
Waren	61.176,05	639.304,50
	<b>100.943,63</b>	<b>664.015,33</b>
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	919.703,65	1.803.869,21
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	101.639,99	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	6.516.611,98	8.241.509,44
Vorfinanzierungen aus zweckgebundenen Zuwendungen	5.565.594,53	2.847.996,73
	<b>13.103.550,15</b>	<b>12.893.375,38</b>
Wertpapiere des Umlaufvermögens		
Sonstige Wertpapiere	<b>75.091.044,16</b>	<b>87.208.258,79</b>
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<b>24.547.505,86</b>	<b>23.574.619,02</b>
	<b>112.843.043,80</b>	<b>124.340.268,52</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>265.197,80</b>	<b>182.511,87</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>168.099.054,94</b>	<b>183.747.968,86</b>

**Passivseite**

in TEUR	31.12.2008	31.12.2007
<b>Eigenkapital</b>		
Vereinskapital	<b>7.860.047,90</b>	<b>7.860.047,90</b>
Rücklagen		
Zweckgebundene Rücklage	6.028.811,01	8.043.200,14
Freie Rücklagen	16.145.767,81	17.645.767,81
	<b>22.174.578,82</b>	<b>25.688.967,95</b>
Bilanzgewinn	100,00	100,00
	<b>30.034.726,72</b>	<b>33.549.115,85</b>
<b>Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens</b>		
Sonderposten aus Zuschüssen für Investitionen	<b>554.169,06</b>	<b>708.680,29</b>
<b>Rückstellungen</b>		
Rückstellungen für Pensionen	1.674.253,00	1.822.838,00
Sonstige Rückstellungen	6.048.127,57	4.123.960,15
	<b>7.722.380,57</b>	<b>5.946.798,15</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.305.062,43	1.671.154,76
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.972.155,84	2.705.114,09
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	823,37	9.721,54
Verbindlichkeiten aus zweckgebundenen Zuwendungen	124.998.333,86	137.366.053,54
Sonstige Verbindlichkeiten	1.503.160,51	1.778.349,28
	<b>129.779.536,01</b>	<b>143.530.393,21</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>8.242,58</b>	<b>12.981,36</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>168.099.054,94</b>	<b>183.747.968,86</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008**

in TEUR	2008	2007
Umsatzerlöse	11.043.478,43	10.101.948,59
Beitragseinnahmen zur Erfüllung des Satzungszwecks	1.235.740,65	1.237.998,59
Zuwendungen und Zuschüsse zur Erfüllung des Satzungszwecks	13.506.483,11	13.562.801,52
Sonstige betriebliche Erträge	1.375.150,65	2.845.686,03
Erstattungen aus Zweckverbindlichkeiten	17.841.032,29	10.795.900,95
<b>Gesamtleistung</b>	<b>45.001.885,13</b>	<b>38.544.335,68</b>
Materialaufwand		
Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	12.714.248,50	11.646.662,87
Aufwendungen für bezogene Leistungen	497.647,90	378.005,24
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	16.393.541,11	16.037.646,32
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung (davon für Altersversorgung)	5.040.043,28 (1.849.097,95)	4.821.844,27 (1.763.232,58)
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.352.959,90	1.563.373,78
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.423.561,50	10.351.313,36
	<b>47.422.002,19</b>	<b>44.798.845,84</b>
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>-2.420.117,06</b>	<b>-6.254.510,16</b>
Erträge aus Beteiligungen	5.967,60	2.916,13
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.410.751,72	3.082.625,70
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.106.580,95	5.678.098,03
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	4.067.143,56	775.423,62
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50.428,78	67.948,62
	<b>1.405.727,93</b>	<b>7.920.267,62</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-1.014.389,13</b>	<b>1.665.757,46</b>
Außerordentlicher Aufwand/Außerordentliches Ergebnis	2.500.000,00	0,00
<b>Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss</b>	<b>-3.514.389,13</b>	<b>1.665.757,46</b>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	100,00	100,00
Entnahmen aus zweckgebundenen Rücklagen	2.014.389,13	1.361.715,54
Entnahmen aus sonstigen Gewinnrücklagen	2.500.000,00	0,00
Einstellung in freie Rücklagen	1.000.000,00	3.027.473,00
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>

# Lagebericht 2008 des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. mit Sitz in Stuttgart und weiteren Dienststellen in Berlin und Brüssel hat die Aufgabe, seine Mitglieder zu fördern und die diakonische und volksmissionarische Arbeit anzuregen, zu planen und zu fördern, um den Gemeinden dadurch zu helfen, die im Evangelium bezeugte Liebe Gottes auch durch ihr Sein und Handeln mitzuteilen. Als anerkannter Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege ist das Werk Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und vertritt die Diakonie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland sowie gegenüber in- und ausländischen zentralen Organisationen. Zu den Aufgaben im internationalen Rahmen gehört die Verantwortung für die Aktionen „Brot für die Welt“, Hoffnung für Osteuropa und Diakonie Katastrophenhilfe.

Das Diakonische Werk der EKD e.V. ist von der Körperschaftsteuer befreit, weil es ausschließlich und unmittelbar kirchliche, mildtätige und gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung verfolgt.

## Geschäftsverlauf des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland

### Gremienbeschlüsse

Die Arbeit der verantwortlichen Gremien des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland – Vorstand, Diakonischer Rat und Diakonische Konferenz – im Jahr 2008 war maßgeblich bestimmt durch das Vorhaben, dass sich

das Diakonische Werk der EKD mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) zum Evangelischen Zentrum für Entwicklung und Diakonie an einem neuen, gemeinsamen Standort in Berlin zusammenschließt.

Der Diakonische Rat hat sich in seinen regulären Sitzungen und zwei Sondersitzungen im Jahr 2008 schwerpunktmäßig mit den Überlegungen zum Zusammenschluss des Diakonischen Werkes der EKD mit dem EED auseinandergesetzt und – analog zur Beschlussfassung des Aufsichtsrates des EED – den Beschluss gefasst, dass sich der EED und das Diakonische Werk der EKD am Standort Berlin zum Evangelischen Zentrum für Entwicklung und Diakonie e.V. zusammenschließen. Infolgedessen wurde für die Diakonische Konferenz und die Mitgliederversammlung des EED eine gemeinsame Beschlussempfehlung erarbeitet. Weitere Arbeitsschwerpunkte waren die Auswertung der Evaluationsergebnisse bezüglich der im Jahr 2003 erfolgten Strukturreform (mit der Bildung von Sozialpolitischen Zentren in Berlin) und die daraus abzuleitenden Handlungsschritte.

Bestimmendes Thema der regulären Jahrestagung der Diakonischen Konferenz vom 21. bis zum 23. Oktober 2008 in Hamburg war der gefasste Grundsatzbeschluss, dass sich das Diakonische Werk der EKD und der EED zu einem neuen Gesamtwerk am Standort Berlin zusammenschließen. Die Verschmelzung nach dem Umwandlungsgesetz soll spätestens zum 31. Dezember 2012 abgeschlossen sein. Die Deckung der in diesem Zusammenhang notwendigen Investitionen und sonstigen Aufwendungen (insbesondere für einen erforderlichen Sozialplan) soll primär durch einen zweckbestimmten Zuschuss der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), daneben aber auch aus Eigenmitteln des Diakonischen Werkes der EKD erfolgen. Sofern die notwendigen Kosten insgesamt den vom Ständigen Haushaltsausschuss der Synode der EKD grundsätzlich bereitgestellten finanziellen Rahmen überschreiten, hat der Ausschuss seine Bereitschaft erklärt, zu prüfen, ob weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Der von der Diakonie in diesem Zusammenhang erwartete Eigenbeitrag kann mittelfristig durch die sich abzeichnenden Synergiepotenziale refinanziert werden. Zur Zwischenfinanzierung sollen auch nach dem Willen der insoweit verantwortlichen Gremien des Werkes freie Rücklagen eingesetzt werden. Spenden für die Aktionen „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe dürfen hierfür nicht verwendet werden.

## Geschäftsverlauf der einzelnen Bereiche

### Ökumenische Diakonie

Die beiden Spendenaktionen „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe, die in der Verantwortung des Vorstandsbezirks Ökumenische Diakonie liegen, erhielten auch für das Jahr 2008 das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Beide gehörten auch in diesem Jahr wiederum zu den zehn am besten bewerteten Spendenorganisationen, die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers im Rahmen des Transparenzpreises 2008 auf die Transparenz der Darstellung ihrer Ziele, Tätigkeit und Finanzflüsse hin untersucht wurden.

Die Gesamteinnahmen der Aktion „Brot für die Welt“ sind gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Prozent auf 58,8 Millionen Euro gesunken. Die wesentlichen Faktoren des Einnahmerrückganges sind das aufgrund der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise stark gesunkene Finanzergebnis in Höhe von 0,8 Millionen Euro (Vorjahr 5,5 Millionen Euro), niedrigere Einnahmen aus Nachlässen und Erbschaften von 2,2 Millionen Euro (Vorjahr 3,9 Millionen Euro) und ein leichter Rückgang der Spenden- und Kollekteneinnahmen auf 51,4 Millionen Euro (Vorjahr 52,8 Millionen Euro). Mit dem in den vergangenen Jahren erarbeiteten neuen Kommunikationskonzept und mit der Ende 2007 beschlossenen neuen Struktur in der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung reagiert die Aktion „Brot für die Welt“ auf die aktuelle Herausforderung, der allgemeinen Spendenmüdigkeit für Entwicklungshilfe erfolgreich zu begegnen. Dies wird sich in den kommenden Jahren positiv auf die Identifikation der Gemeinden mit ihrem Spendenentwicklungswerk und auf die Spenderwerbung und -bindung auswirken. Gleichzeitig wurden die Weichen für eine verstärkte Akquise von Mitteln der Europäischen Union gestellt.

Zur Stärkung der Partnerstrukturen und zur Verbesserung der Kooperation mit den Partnerorganisationen und Unterstützung der mandatsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit wird die regionale Präsenz in den Entwicklungsländern weiter ausgebaut. Nachdem im Jahr 2008 regionale Verbindungsbüros in Lateinamerika (Andenregion mit Sitz in Lima/Peru), Horn von Afrika (Addis Abeba, Äthiopien) und Indochina (Hanoi, Vietnam) eingerichtet wurden, wird derzeit gemeinsam mit dem EED die Gründung eines Regionalbüros für die Region Pazifik mit Sitz in Madang, Papua-Neuguinea, vorbereitet, das die Arbeit auf den Fidschi-Inseln, in Papua-Neuguinea und auf den Salomonen unterstützen und qualifizieren soll.

Im Jahr 2008 hat die Aktion „Brot für die Welt“ gemeinsam mit dem EED ein neues Programm für junge Menschen begonnen. Erstmals wurden Mitte 2008 15 junge Frauen und Männer zu Partnerorganisationen in Lateinamerika, Afrika und Asien entsandt.

Die Gesamtaufwendungen der Aktion „Brot für die Welt“ sind um 3,8 Prozent auf 67,1 Millionen Euro gestiegen. Dies ist in erster Linie eine Folge der höheren Projektförderungen (+1,5 Prozent) und der höheren Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere verursacht durch die sehr positive Entwicklung der „Brot für die Welt“-Kampagne für Ernährungssicherheit „Niemand is(s)t für sich allein“ und der Kampagne „Zukunftsfähiges Deutschland“. Des Weiteren gab es im Jahr 2008 ein vielfältiges Informations- und Mitmachangebot im Rahmen des 50-jährigen Bestehens von „Brot für die Welt“. Für das Jahr 2009 wird ein Rückgang der Gesamtaufwendungen, insbesondere wegen geringerer Projektmittelauszahlungen, erwartet. Die Höhe der Projektmittelzusagen lag Ende des Jahres 2008 bei 85,3 Millionen Euro (Vorjahr 90,3 Millionen Euro).

Die Spendeneinnahmen der Diakonie Katastrophenhilfe in 2008 waren mit 9,2 Millionen Euro 14,2 Prozent höher als im Vorjahr. Schwerpunkte in der Spendeneinwerbung waren die Aktionen „Zyklon Burma“ (3,2 Millionen Euro), „Erdbeben China“ (400.000 Euro) und „Kongo-Konflikt“ (200.000 Euro). Die allgemeinen, nicht für bestimmte Katastrophen zweckgebundenen Spendeneinnahmen haben sich mit 4,2 Millionen Euro im Verhältnis zu den zweckgebundenen Spenden weiterhin erfreulich entwickelt. Das kommt der Handlungsfähigkeit der Diakonie Katastrophenhilfe bei Rehabilitation und Wiederaufbaumaßnahmen, insbesondere bei „vergessenen Katastrophen“, zugute, die einen Schwerpunkt der Arbeit darstellen.

Auch im Jahr 2008 stieg – aufgrund des neuen diesbezüglichen Konzeptes und gezielter Drittmittelakquise-Bemühungen – die Kofinanzierung durch öffentliche Mittelgeber weiter an. Zur Vermeidung politischer und finanzieller Abhängigkeiten von einzelnen Gebern ist die breite Diversifizierung der Drittmittelquellen weiterhin ein wichtiges strategisches Ziel. Das von der Bundesregierung mit öffentlichen Mitteln geförderte Projektvolumen lag im Jahr 2008 um 25 Prozent über dem Vorjahr. Durch die Förderungen der Bundesregierung und durch ECHO/EU konnten wichtige Projektunterstützungen in Afrika und Zentralamerika erst ermöglicht werden. Die Förderzusammenarbeit mit der EU, insbesondere ECHO (Euro-

päische Kommission/Generaldirektorat für Humanitäre Hilfe) konnte stabilisiert werden, eine Ausweitung dieser Zusammenarbeit wird weiterhin angestrebt.

Diakonie Katastrophenhilfe hat im Jahr 2008 insgesamt 152 Projekte in einem Gesamtumfang von 26,05 Millionen Euro gefördert. (2007: 163 Projekte mit einem Gesamtumfang von 30,76 Millionen Euro). Entsprechend der strategischen Planung liegt der Schwerpunkt der Arbeit bei allen planbaren Aktivitäten auf Afrika, da die Menschen auf diesem Kontinent besonders von Armut und chronischen Krisen betroffen sind. In einem solchen Umfeld wirken sich auch Klimaveränderungen besonders verheerend aus. Insgesamt 54 Projekte wurden dort im Jahr 2008 mit knapp 9,5 Millionen Euro gefördert. 46 Prozent aller 2008 neu bewilligten Maßnahmen werden in Afrika umgesetzt (zum Vergleich: 32 Prozent in Asien, 15 Prozent in Lateinamerika, 7 Prozent in Europa und weiteren Regionen).

Im Jahr 2008 konnten das Flutkoordinationsbüro in Dresden, das im Jahr 2002 nach der Elbeflut aufgebaut wurde, und das „Tsunami“-Projektbüro in Sri Lanka wieder geschlossen werden.

Das zentrale Aufkommen zur Finanzierung zentraler Förderprogramme und der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit der Aktion Hoffnung für Osteuropa konnte gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent auf 602.409 Euro gesteigert werden, während das dezentrale Aufkommen insgesamt gesunken ist. Die im Jahr 2008 durchgeführte Evaluation der Aktion durch die Evangelische Kommission für Mittel- und Osteuropa (EKMOE) empfiehlt die Einstellung der Aktion in ihrer gegenwärtigen Form zum Ende des Jahres 2010. Über die Zukunft der Aktion Hoffnung für Osteuropa in veränderter, dezentraler Arbeitsweise wird derzeit mit den Trägern (EKD, Diakonisches Werk der EKD, Gustav-Adolf-Werk, Martin-Luther-Bund und Freikirchen) verhandelt. Das Diakonische Werk der EKD e.V. wird die Geschäftsführung für die Aktion Hoffnung für Osteuropa zum 31.12.2010 beenden.

### **Bundesverband**

Im Jahr 2008 sind im Vorstandsbereich Zentren in den drei Zentren und den ihnen zugeordneten Lenkungsausschüssen etliche innovative Projekte bearbeitet worden, die sowohl für die sozialpolitische Arbeit des Werkes selbst als auch für die praktische Verwendung in den Landes- und Fachverbänden sowie in den Diensten und Einrichtungen der Diakonie von Bedeutung waren.

Im Zentrum Familie, Integration, Bildung und Armut (FIBA) konnten im Jahr 2008 zwei Projekte zum Abschluss gebracht werden:

1. Mitarbeitende gewinnen in der Diakonie
2. Interkulturelle Öffnung in den Arbeitsfeldern der Diakonie

Im Zentrum Gesundheit, Rehabilitation und Pflege (GRP) wurden im Jahr 2008 fünf Projekte zum Abschluss gebracht:

1. Sucht im Alter – Herausforderungen und Lösungswege für diakonische Arbeitsfelder
2. Mobile Rehabilitation – Konzept und Umsetzung in der Diakonie
3. Soziale Absicherung chronisch kranker Menschen mit niedrigem Einkommen
4. Anforderungen an ein (bundeseinheitliches) Verfahren zur Feststellung der Behinderung und zur Ermittlung eines komplexen personenzentrierten Hilfebedarfs
5. Positionspapier für die Zukunftssicherung der diakonischen evangelischen Dienste in der Familienpflege- und Dorfhilfe

Im Zentrum Kommunikation wurden im Jahr 2008 sechs Projekte zum Abschluss gebracht:

1. Leitlinien für interne Kommunikation
2. Fundraising in der Diakonie
3. Diakonie – Up(to)date – Konzeption eines Fort- und Weiterbildungsangebots für hauptamtliche Vorstände und ehrenamtlich tätige Aufsichtsräte/Kuratoriumsmitglieder von diakonischen Einrichtungen und Diensten
4. Spots über soziale Berufe in der Diakonie
5. Jugend gewinnen
6. Konzeption eines Bundeskongresses Kommunikation

Die Kosten der Projektarbeit werden gesondert dokumentiert. Dies bedeutet, dass die anteiligen Personalkosten für die in den Projekten tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Sachkosten gesondert erfasst werden. Dadurch werden die Transparenz verbessert und das Kostenbewusstsein geschärft. Die Landes- und Fachverbände sowie die diakonischen Einrichtungen sind an den von den drei Zentren verantworteten Projekten unter anderem dadurch beteiligt, dass von ihnen vorgeschlagene Mitarbeitende in den Projektgruppen mitwirken. Dadurch leisten sie zugleich einen nicht unerheblichen finanziellen Beitrag zur Projektarbeit. Denn die in diesem Zusammenhang anfallenden Personal- und Sachkosten (zum Beispiel Reisekosten) werden den entsendenden Stellen vom Diakonischen Werk der EKD nicht erstattet.

Die kalkulatorischen Gesamtaufwendungen für die im Jahr 2008 abgeschlossenen Projekte betragen rund 550 TEUR (ca. 475 TEUR Personal- und 75 TEUR Sachkosten). An diesen Kosten haben sich die unmittelbaren und mittelbaren Mitglieder des Werkes mit einem Betrag in Höhe von ca. 330 TEUR beteiligt – davon entfallen ca. 285 TEUR auf Personal- und 40 TEUR auf Sachkosten. Der finanzielle Beitrag der Landesverbände zur Projektarbeit betrug danach ca. 140 TEUR (ca. 120 TEUR Personal- und 20 TEUR Sachkosten), der der Fachverbände ca. 85 TEUR (75 TEUR Personal- und 10 TEUR Sachkosten) und der der diakonischen Einrichtungen und Dienste ca. 105 TEUR (ca. 90 TEUR Personal- und 15 TEUR Sachkosten). Dem stehen interne Kosten des Diakonischen Werkes der EKD in Höhe von rund 220 TEUR gegenüber.

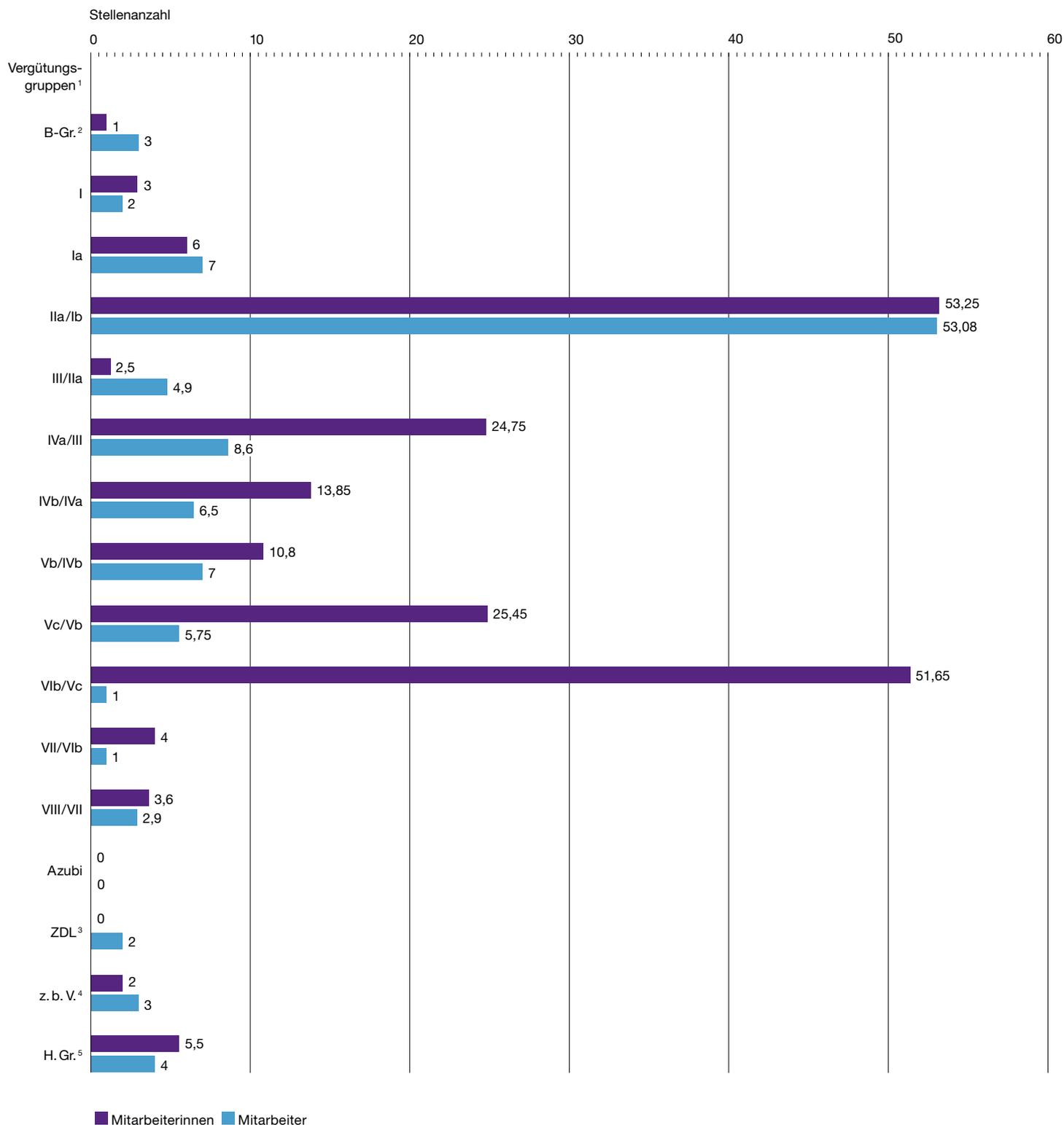
In der permanenten Arbeitsstruktur der Zentren hat eine Reihe von Kongressen in den einzelnen Arbeitsfeldern stattgefunden wie etwa der Kongress zur Mediensucht, der sozialpolitische Kongress im Rahmen des Wichernjahres und die Veranstaltung „Fülle des Lebens – Bessere Politik für Kinder und Jugendliche“. Mit einer großen Zahl von innerverbandlich abgestimmten Positionierungen hat sich das Diakonische Werk der EKD intensiv in die Gesetzgebungstätigkeit des Bundes eingebracht, so zum Gesetzentwurf zur Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und zur Reform der Pflegeversicherung zum Entwurf eines Kinderförderungsgesetzes und zum Krankenhausfinanzierungsrahmengesetz. Darüber hinaus hat das Diakonische Werk der EKD zum Armutsbericht der Bundesregierung Stellung genommen. Dieser stand auch im Fokus der Tagung „Armut und Menschenrechte“ (Mai bis Juli 2008). In dieser dreiteiligen Veranstaltungsreihe haben die Vorstandsbereiche Ökumenische Diakonie und Zentren mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte die Verbindungslinien von internationalen Menschenrechten zu nationalen Themen der Armut und der Gesundheitsversorgung geknüpft.

## Personalbereich

Am Ende des Jahres 2008 beschäftigte das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland – ohne Zivildienstleistende und Aushilfen – 258 Mitarbeiterinnen (66,8 Prozent, im Vorjahr mit 254 Mitarbeiterinnen 68,5 Prozent) und 118 Mitarbeiter (33,2 Prozent, im Vorjahr mit 117 Mitarbeitern 31,5 Prozent), insgesamt also 386 Mitarbeitende (im Vorjahr 371). Zum Ende des Berichtsjahres standen 93 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (24,1 Prozent, im Vorjahr mit 103 Mitarbeitenden 27,8 Prozent) in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis. Die Bezüge für die vier aktiven Vorstandsmitglieder in Höhe von insgesamt 489.256 Euro verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Vorstände:

Klaus-Dieter K. Kottnik	Präsident	134.119,04 Euro
Dr. Wolfgang Teske	Vizepräsident u. Vorstand Wirtschaft und Verwaltung	133.073,53 Euro
Cornelia Füllkrug-Weitzel	Vorstand Ökumenische Diakonie	124.107,58 Euro
Dr. Bernd Schlüter	Vorstand Zentren	97.955,88 Euro

## Stellenbesetzungsübersicht 2008



<sup>1</sup> Vergütungsgruppen nach DVO.EKD, die DVO.EKD lehnt sich an den Bundesangestelltentarif (BAT) an.

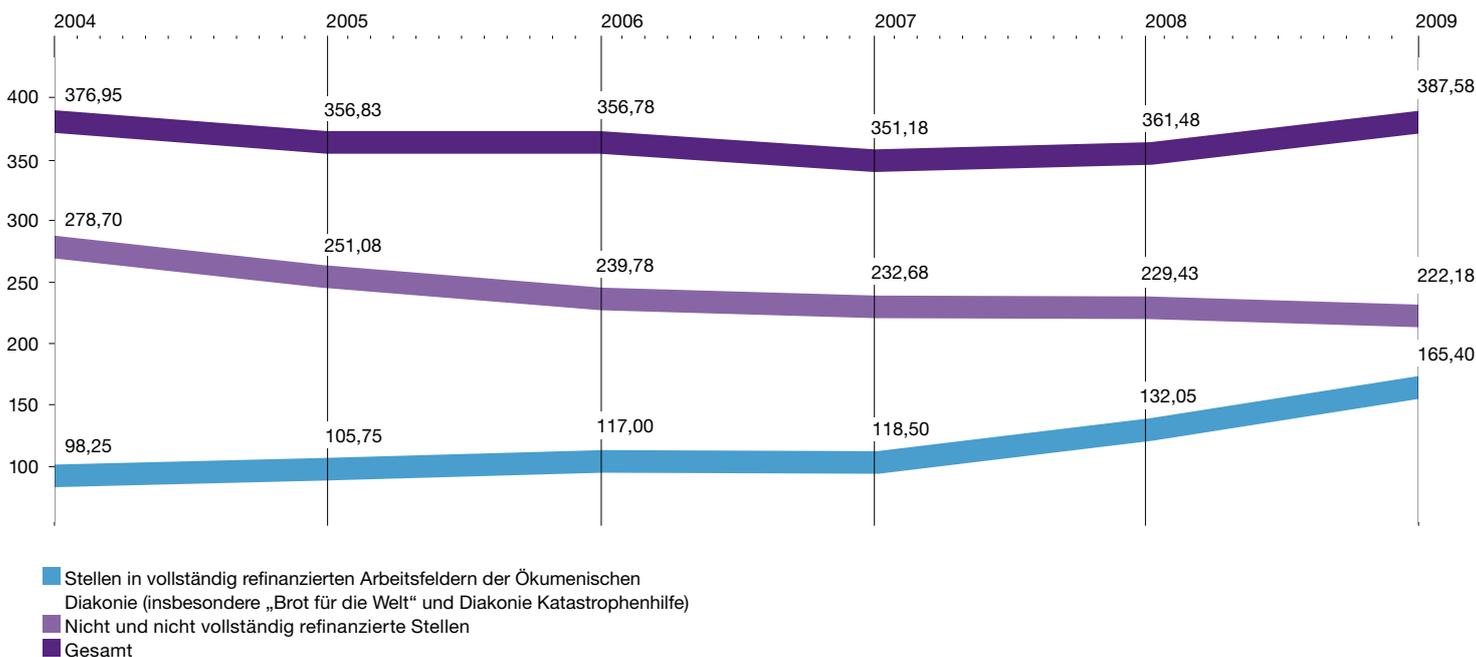
<sup>2</sup> B-Gruppe nach der Bundesbesoldungsordnung.

<sup>3</sup> Zivildienstleistende.

<sup>4</sup> Zur besonderen Verwendung.

<sup>5</sup> Berufsgruppeneinteilung H der Dienstvertragsordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (DVO.EKD).

**Entwicklung des Soll-Stellenplans 2004–2009**



**Stellenplan Soll/Ist**

Der Soll-Stellenplan für das Jahr 2008 mit einer ausgewiesenen Zahl von 361,48 wurde im Ist (347,1 Voll-AK) – einschließlich Vakanzen und krankheitsbedingter Ausfälle – rechnerisch um 14,38 Vollzeitstellen unterschritten. Im Vergleich zum Vorjahr (351,18) wurden 10,3 Stellen neu errichtet. Durch einen Zuwachs von 13,55 Stellen in den vollständig refinanzierten Arbeitsfeldern der Ökumenischen Diakonie – insbesondere bei „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe – wurde der Anteil dieser Stellen auf 36,53 Prozent erhöht (im Vorjahr 33,74 Prozent).

**Fluktuationsrate**

Im Berichtsjahr betrug die Fluktuationsrate – ohne Berücksichtigung von Aushilfen – 9 Prozent (35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Vorjahr 44 Mitarbeitende bzw. ca. 12 Prozent). Bis zum 31. Dezember 2008 wurden insgesamt 46 Stellen (im Vorjahr 30 Stellen) neu beziehungsweise wiederbesetzt, davon 7 (im Vorjahr 12) Stellen in Berlin.

**Altersteilzeitregelung**

Im Jahr 2008 wurde eine Altersteilzeitvereinbarung mit einer Mitarbeiterin geschlossen. Damit befanden sich zum 31. Dezember 2008 insgesamt 19 Mitarbeitende (9 Mitarbeiterinnen und 10 Mitarbeiter, im Vorjahr 24 Mitarbeitende) im Diakonischen Werk der EKD in Altersteilzeit. Dabei wird auf Antrag der Mitarbeitenden in aller Regel das sogenannte Blockzeitmodell (18 Fälle) vereinbart. Zur Abdeckung der daraus resultierenden, gegen Insolvenzrisiken gesicherten Ansprüche der Mitarbeitenden wurde im Jahr 2008 eine Rückstellung in Höhe von rund 1.199 TEUR (im Vorjahr 1.605 TEUR) gebildet. Die Insolvenzversicherung betrifft nur den Verpflichtungsüberschuss aus dem Blockmodell.

## Lage des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland – Ertragslage

## Soll-Ist-Vergleich Wirtschaftsplan 2008 mit Ist 2007

## Gewinn- und Verlustrechnung

in TEUR		Plan 2008	Ist 2008	Differenz	Ist 2007
<b>Umsatzerlöse</b>	(A)	2.259	2.794 <sup>1</sup>	535	2.535 <sup>2</sup>
(davon Zuschlagserlöse WBM)		(900)	(1.517)	(617)	(1.128)
<b>Beitragseinnahmen</b>		1.244	1.236	-8	1.238
<b>Betriebskostenzuschüsse und -zuwendungen</b>					
Evangelische Kirche in Deutschland	(B)	5.579	5.873	294	5.693
Öffentliche Mittel	(C)	4.971	4.759	-212	4.892
Sonstige Zuschüsse	(D)	2.578	2.874	296	2.978
<b>Sonstige Erträge</b>	(E)	733	1.375 <sup>3</sup>	642	2.845 <sup>4</sup>
(davon Spenden und Nachlässe)		(0)	(301)	(301)	(194)
Erstattung und Auflösung aus Zweckverbindlichkeiten	(F)	10.966	17.841 <sup>5</sup>	6.233	10.796 <sup>6</sup>
<b>Ordentliche Erträge insgesamt</b>		<b>28.330</b>	<b>36.752</b>	<b>8.422</b>	<b>30.977</b>
Materialaufwand	(G)	5.479	4.961 <sup>7</sup>	-518	4.458 <sup>8</sup>
Personalaufwand	(H)	19.387	21.434	2.047	20.859
Abschreibungen	(I)	1.630	1.353	-277	1.563
Sonstige betriebl. Aufwendungen	(J)	9.046	11.424 <sup>9</sup>	2.378	10.351 <sup>10</sup>
<b>Ordentliche Aufwendungen insgesamt</b>		<b>35.542</b>	<b>39.172</b>	<b>3.630</b>	<b>37.231</b>
Betriebsergebnis		-7.212	-2.420	4.792	-6.254
Finanzergebnis	(K)	6.500	1.406	-5.094	7.920
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-712	-1.014	-302	1.666
Zuführung zur Rückstellung Fusion	(L)	0	2.500	2.500	0
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss		-712	-3.514	-2.802	1.666
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		0	0	0	0
Entnahmen aus Rücklagen		712	4.514	3.802	1.362
Einstellung in Rücklagen		0	-1.000	1.000	-3.028
<b>Bilanzgewinn</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

<sup>1</sup>Ohne Erlöse Wohlfahrtsbriefmarken (TEUR 8.250). <sup>2</sup>Ohne Erlöse Wohlfahrtsbriefmarken (TEUR 8.250). <sup>3</sup>Ohne Nachlassertrag. <sup>4</sup>Ohne Nachlassertrag. <sup>5</sup>Inkl. Erstattung sonstige Zweckverbindlichkeiten. <sup>6</sup>Inkl. Erstattung sonstige Zweckverbindlichkeiten. <sup>7</sup>Ohne Wareneinsatz Wohlfahrtsbriefmarken (TEUR 8.250). <sup>8</sup>Ohne Wareneinsatz Wohlfahrtsbriefmarken (TEUR 8.250). <sup>9</sup>Ohne Nachlassaufwand. <sup>10</sup>Ohne Nachlassaufwand.

## Zu wesentlichen Abweichungen in Einzelpositionen

- Zu (A) Die um 535 TEUR höheren Erlöse sind ausschließlich auf die um 617 TEUR höheren Zuschlagserlöse aus dem Verkauf von WBM zurückzuführen.
- Zu (B) Die höheren Zuschüsse sind sowohl auf einen vorsichtigen Planansatz als auch auf den Zahlungseingang von Kollektenmitteln aus dem Jahr 2007 im Jahr 2008 zurückzuführen.
- Zu (C) Geringere Bundesmittel als geplant.
- Zu (D) Den um 296 TEUR höheren Drittmitteln stehen entsprechend höhere Personal- und Sachaufwendungen von ca. 370 TEUR gegenüber.
- Zu (E) Die höheren Erträge sind ausschließlich auf die in ihrer Höhe nicht planbaren Spenden und Nachlasserträge zurückzuführen.
- Zu (F) Ursächlich hierfür waren einerseits das geringere Finanzergebnis und andererseits die höheren Personal- und Sachaufwendungen der Ökumenischen Diakonie.
- Zu (G) Die verminderten Aufwendungen spiegeln die Einsparungen bei den Materialaufwendungen der Ökumenischen Diakonie wider.
- Zu (H) Die höheren Personalaufwendungen resultieren insbesondere aus den tariflichen Gehaltserhöhungen in Form von zwei Einmalzahlungen, der Errichtung von 30 neuen Stellen im Vorstandsbereich Ökumenische Diakonie sowie aus den befristeten überplanmäßigen Besetzungen zum Ausbau der Diakonie-Bundesvertretung in Berlin. Dem Aufwuchs der Stellen in der Ökumenischen Diakonie stehen korrespondierende Entnahmen aus Zweckverbindlichkeiten gegenüber.

- Zu (I) Ursächlich hierfür war die für 2008 geplante Fertigstellung und Inbetriebnahme der Individualssoftware DRMS für das Fundraising der Ökumenischen Diakonie.
- Zu (J) Die höheren Aufwendungen sind insbesondere für nachfolgende Positionen entstanden:
- Aufwendungen in Höhe von 190 TEUR für die Tiefgaragensanierung in der Staffenbergstr. 76 in Stuttgart. Diese war für 2007 geplant, wurde jedoch erst im Jahr 2008 realisiert.
  - Sonstige betriebliche Aufwendungen für die Aufbringung des Stiftungskapitals der Bundesstiftung Diakonie in Höhe von 500 TEUR. Das Stiftungskapital war im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten als sonstiger betrieblicher Aufwand zu erfassen.
  - Höhere Werbe- und Produktionskosten für die Entwicklung des Corporate Designs und Kampagnen- und Kommunikationskosten. Diesen stehen höhere Drittmittel gegenüber.
  - Honorare für die Evaluierung des Ausbaus der Diakonie-Bundesvertretung Berlin in Höhe von 150 TEUR und Rückstellung für die Kosten zur Klärung von Eigentumsverhältnissen des Gebäudes Dietzgenstraße in Berlin in Höhe von 102 TEUR sowie periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 232 TEUR.
- Zu (K) Aufgrund der globalen Finanzmarkt- und Bankenkrise entstand ein Abschreibungsbedarf auf Wertpapiere in Höhe von 3.609 TEUR.
- Zu (L) Zur Deckung etwaiger zukünftiger Aufwendungen im Rahmen des Fusionsprozesses wurde aus Vorsichtsgründen bereits im Jahr 2008 eine Rückstellung in Höhe von 2.500 TEUR gebildet.

### Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland stellte sich im Jahr 2008 wie folgt dar: Die bilanzielle Eigenkapitalquote lag – ohne Berücksichtigung der Sonderposten und Verbindlichkeiten aus Zweckvermögen – bei ca. 70 Prozent (im Jahr 2007 bei ca. 73 Prozent). Die kurzfristige Liquiditätsdeckung unter Einbeziehung auch der dem Anlagevermögen gewidmeten Wertpapiere und unter Berücksichtigung aller kurzfristigen Verpflichtungen (einschließlich der kurzfristigen Rückstellungen) weist eine Überdeckung von ca. 15,6 Millionen Euro (im Jahr 2007 ca. 19,5 Millionen Euro) aus. Im Geschäftsjahr 2008 wurden Investitionen mit einem Gesamtvolumen von 410 TEUR (im Vorjahr: 544 TEUR) in langfristig gebundenes Sachanlagevermögen getätigt. Die Vermögens- und Finanzlage des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland ist derzeit geordnet und ausreichend zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben.

### Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

#### Grundsätzliche Feststellungen Mehrjahresvergleich

	2008	2007	2006
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebliche Erträge	44.559	36.537	38.159
Betriebliche Aufwendungen	46.532	44.351	44.839
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-1.973</b>	<b>-7.814</b>	<b>-6.680</b>
Fördermittelergebnis	0	0	0
Finanzergebnis	1.406	7.920	5.594
Periodenfremdes Ergebnis	53	153	140
Außerordentliches Ergebnis	-3.000	1.407	3
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-3.514</b>	<b>1.666</b>	<b>-943</b>

#### Personalgruppen

Vollkräfte	2008	2007	Veränderung
Präsidialbereich	18	19	-1
Ökumenische Diakonie	140	128	+12
Zentren	82	84	-2
Wirtschaft und Verwaltung	107	114	-7
	<b>347</b>	<b>345</b>	<b>+2</b>

## Ertragslage

## Ergebnisvergleich

	2008		2007		Veränderung	
	in TEUR	in %	in TEUR	in %	in TEUR	in %
Umsatzerlöse	11.044	24,8	10.102	27,6	+942	+9,3
Beitragseinnahmen zur Erfüllung des Satzungszwecks	1.236	2,8	1.238	3,4	-2	-0,2
Zuwendungen und Zuschüsse	13.507	30,3	13.563	37,1	-56	-0,4
Sonstige betriebliche Erträge	931	2,1	838	2,4	+93	+11,1
Erstattungen aus Zweckverbindlichkeiten	17.841	40,0	10.796	29,5	+7.045	+65,3
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>44.559</b>	<b>100,0</b>	<b>36.537</b>	<b>100,0</b>	<b>+8.022</b>	<b>+22,0</b>
Materialaufwand	13.212	29,7	12.025	32,9	+1.187	+9,9
Personalaufwand	21.434	48,1	20.859	57,1	+575	+2,8
Abschreibungen (nicht gefördert)	1.198	2,7	1.283	3,5	-85	-6,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.688	24,0	10.184	27,9	+504	+4,9
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>46.532</b>	<b>104,5</b>	<b>44.351</b>	<b>121,4</b>	<b>+2.181</b>	<b>+4,9</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-1.973</b>	<b>4,5</b>	<b>-7.814</b>	<b>21,4</b>	<b>+5.841</b>	<b>+74,8</b>
Fördermittelergebnis	0		0		0	
Finanzergebnis	1.406		7.920		-6.514	
Periodenfremdes Ergebnis	53		153		-100	
Außerordentliches Ergebnis	-3.000		1.407		-4.407	
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-3.514</b>		<b>1.666</b>		<b>-5.180</b>	

## Ertragskennzahlen

	2008	2007	2006
Personalaufwand, in TEUR	21.434	20.859	20.867
Vollkräfte	347,1	344,8	344,2
Personalaufwandsquote, in % (A)	48,1	57,1	54,7
Personalaufwand je Vollkraft, in TEUR (B)	61,8	60,5	60,6
Betriebl. Erträge je Vollkraft, in TEUR (C)	128,4	106,0	110,9
Materialaufwand, in TEUR	13.212	12.025	12.303
Materialaufwandsquote, in % (D)	29,7	32,9	32,2

## Berechnungsart der einzelnen Positionen

Zu (A) Personalaufwand x 100/Betriebliche Erträge

Zu (B) Personalaufwand/Vollkräfte

Zu (C) Betriebliche Erträge/Vollkräfte

Zu (D) Materialaufwand x 100/Betriebliche Erträge

## Bilanzstruktur

### Vermögensstruktur

	31.12.2008		31.12.2007		Veränderung in TEUR
	in TEUR	in %	in TEUR	in %	
<b>Langfristige Aktiva</b>					
Anlagevermögen	54.991	33,8	59.225	32,7	-4.234
Sonstige Vermögensgegenstände	848	0,5	980	0,5	-132
	<b>55.839</b>	<b>34,3</b>	<b>60.205</b>	<b>33,2</b>	<b>-4.366</b>
<b>Kurzfristige Aktiva</b>					
Vorräte	101	0,1	664	0,4	-563
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	920	0,6	1.804	1,0	-884
Forderungen im Unternehmensverbund	102	0,1	0	0,0	+102
Sonstige Vermögensgegenstände	5.669	3,5	7.262	4,0	-1.593
Wertpapiere des Umlaufvermögens	75.091	46,2	87.208	48,2	-12.117
Liquide Mittel	24.547	15,1	23.574	13,1	+973
Rechnungsabgrenzungsposten	265	0,1	183	0,1	+82
	<b>106.695</b>	<b>65,7</b>	<b>120.695</b>	<b>66,8</b>	<b>-14.000</b>
	<b>162.534</b>	<b>100,0</b>	<b>180.900</b>	<b>100,0</b>	<b>-18.366</b>

### Kapitalstruktur

	31.12.2008		31.12.2007		Veränderung in TEUR
	in TEUR	in %	in TEUR	in %	
Eigenkapital	30.035	18,5	33.549	18,5	-3.514
Sonderposten	554	0,3	709	0,4	-155
	<b>30.589</b>	<b>18,8</b>	<b>34.258</b>	<b>18,9</b>	<b>-3.669</b>
<b>Langfristige sonstige Passiva</b>					
Langfristige Rückstellungen	5.468	3,4	3.479	1,9	+1.989
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	946	0,6	1.259	0,7	-313
Sonstige Verbindlichkeiten	28	0,0	28	0,0	0
	<b>6.442</b>	<b>4,0</b>	<b>4.766</b>	<b>2,6</b>	<b>+1.676</b>
	<b>37.031</b>	<b>22,8</b>	<b>39.024</b>	<b>21,5</b>	<b>-1.993</b>
<b>Kurzfristige Passiva</b>					
Rückstellungen	2.255	1,4	2.468	1,4	-213
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.972	1,2	2.705	1,5	-733
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	359	0,2	412	0,2	-53
Verbindlichkeiten im Unternehmensverbund	1	0,0	10	0,0	-9
Verbindlichkeiten aus zweckgebundenen Zuwendungen	124.998	76,9	137.366	76,0	-12.368
Abzüglich Vorfinanzierungen	-5.565	3,4	-2.848	1,6	-2.717
Sonstige Verbindlichkeiten	1.475	0,9	1.750	1,0	-275
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0,0	13	0,0	-5
	<b>125.503</b>	<b>77,2</b>	<b>141.876</b>	<b>78,5</b>	<b>-16.373</b>
	<b>162.534</b>	<b>100,0</b>	<b>180.900</b>	<b>100,0</b>	<b>-18.366</b>

## Finanzlage

### Cashflow

in TEUR	2008	2007
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-3.514	1.666
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.353	1.571
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	1.776	393
Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	-155	-280
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-174	-3.763
Abnahme/Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.988	1.149
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-16.107	-16.269
<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>-3.833</b>	<b>-15.533</b>
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	1.455
Investitionen in das Sachanlagevermögen	-411	-350
Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-1.011	-195
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	11.303	8.692
Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-6.826	-313
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>3.055</b>	<b>9.289</b>
Zuschüsse für Investitionen in das Anlagevermögen	0	110
Rückzahlung von Zuschüssen	0	0
Tilgung von Finanzkrediten	-366	-376
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-366</b>	<b>-266</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>-11.144</b>	<b>-6.510</b>
<b>Finanzmittelfonds am Anfang der Periode</b>	<b>110.782</b>	<b>117.292</b>
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>99.638</b>	<b>110.782</b>

### Finanzmittelfonds

in TEUR	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung
Liquide Mittel	24.547	23.574	+973
Wertpapiere des Umlaufvermögens	75.091	87.208	-12.117
	<b>99.638</b>	<b>110.782</b>	<b>-11.144</b>

## Liquidität

in TEUR	31.12.2008	31.12.2007
Liquide Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens	99.638	110.782
Abzüglich Kurzfristiges Fremdkapital	125.503	141.876
<b>Liquidität I</b>	<b>-25.865</b>	<b>-31.094</b>
Zuzüglich Kurzfristige Forderungen	6.956	9.249
<b>Liquidität II</b>	<b>-18.909</b>	<b>-21.845</b>
Zuzüglich Vorräte	101	664
<b>Liquidität III/Unterdeckung</b>	<b>18.808</b>	<b>21.181</b>
<b>Veränderung des Liquiditätssaldos</b>	<b>2.373</b>	

## Vermögens- und Finanzkennzahlenübersicht

in %		31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Anlagendeckung	(A)	67,3	66,6	57,7
Eigenkapitalquote I	(B)	18,5	18,5	16,3
Eigenkapitalquote II	(C)	18,8	18,9	16,7
Fremdkapitalquote	(D)	77,2	78,5	80,5
Liquiditätsgrad I	(E)	79,4	78,1	74,5
Liquiditätsgrad II	(F)	84,7	84,5	11,0
Liquiditätsgrad III	(G)	84,8	84,9	81,3

### Berechnungsart der einzelnen Positionen

Zu (A)  $(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100 / \text{Anlagevermögen}$

Zu (B)  $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$

Zu (C)  $(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten}) \times 100 / \text{Bilanzsumme}$

Zu (D)  $\text{Kurzfristiges Fremdkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$

Zu (E)  $(\text{Liquide Mittel} + \text{Wertpapiere des Umlaufvermögens}) \times 100 / \text{Kurzfristiges Fremdkapital}$

Zu (F)  $(\text{Liquide Mittel} + \text{Wertpapiere des Umlaufvermögens} + \text{kurzfristige Forderungen}) \times 100 / \text{Kurzfristiges Fremdkapital}$

Zu (G)  $(\text{Liquide Mittel} + \text{Wertpapiere des Umlaufvermögens} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}) \times 100 / \text{Kurzfristiges Fremdkapital}$

### Planungswesen und Risikoerkennungssystem

Das Diakonische Werk der EKD erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der auch einen Investitions-, Finanz- und Stellenplan umfasst. Auf der Grundlage der jeweiligen Wirtschaftspläne wird eine mittelfristige Finanzplanung (5 Jahre) entwickelt. Diese Planungsrechnungen des Vorstandes, die vom Vorstandsbereich Wirtschaft und Verwaltung erstellt werden, werden den Aufsichtsgremien des Diakonischen Werkes der EKD zur Prüfung und Beschlussfassung vorgelegt.

Das auf die Rechnungslegung bezogene Risiko-Früherkennungssystem beinhaltet unter anderem laufende EDV-gestützte Soll-Ist-Vergleiche, die vierteljährliche Überwachung der Einhaltung des genehmigten Wirtschaftsplans (Soll-Ist-Vergleich) und den Halbjahresabschluss. Die Berichte – Soll-Ist-Vergleich Wirtschaftsplan und Halbjahresabschluss – werden auch dem Finanzausschuss des Diakonischen Rates sowie dessen Vorsitzenden zur Kenntnisnahme vorgelegt.

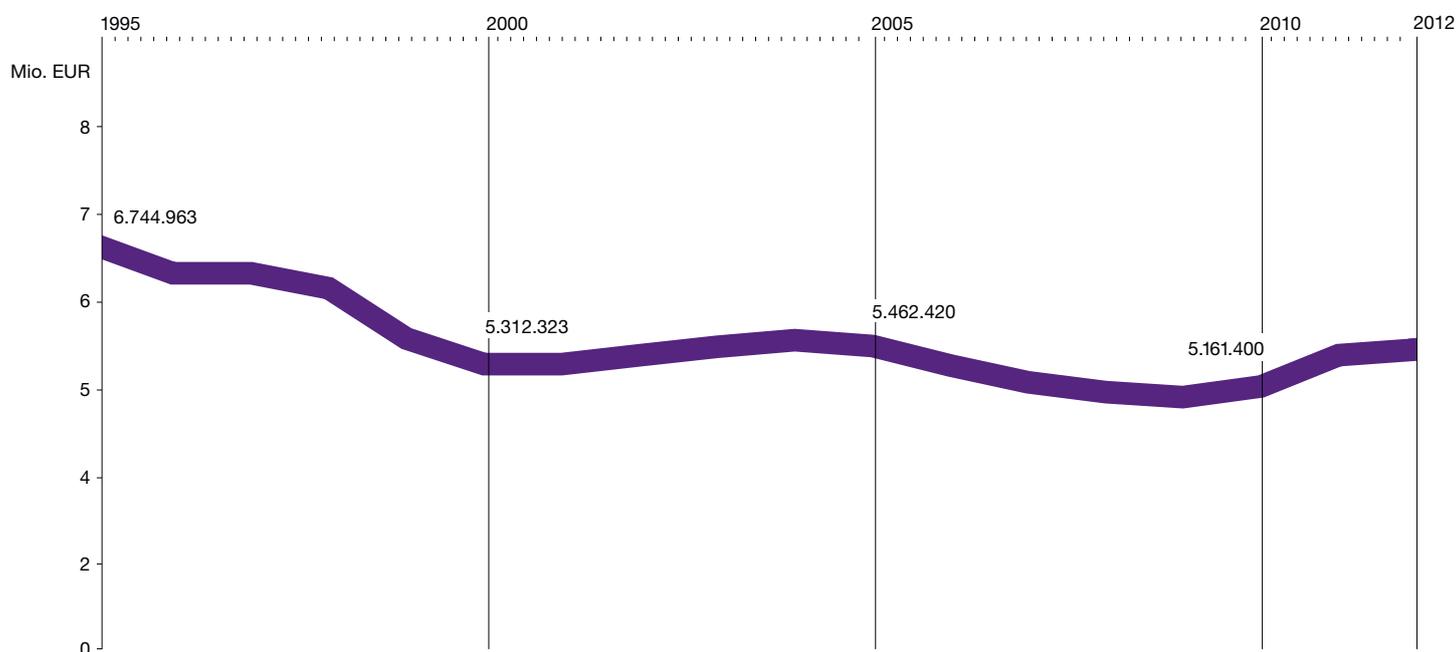
### Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die wesentlichen Finanzierungsquellen für die Arbeit des Diakonischen Werkes der EKD sind der Verwaltungskostenzuschuss auf der Grundlage des Haushaltsplans der Evangelischen Kirche in Deutschland, projektbezogene Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt (insbesondere aus Kapitel 1702 Titel 684 04 des Bundeshaushalts für die Durchfüh-

rung zentraler und internationaler Aufgaben der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege), Erstattungen aus Zweckverbindlichkeiten (insbesondere auf der Grundlage der geschlossenen Refinanzierungssysteme für die Aktionen „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe) sowie Erträge aus dem Vermögen. Weitere Quellen sind die Pflichtkollekte der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Mitgliedsbeiträge gemäß § 14 Nr. 3 der Satzung des Diakonischen Werkes der EKD sowie Publikationserlöse.

Auf der Grundlage der §§ 1, 4 des Kirchengesetzes über das Diakonische Werk der EKD und § 14 Nr. 1 der Satzung des Diakonischen Werkes der EKD erhält das Diakonische Werk der EKD Zuschüsse nach Maßgabe des Haushaltsplans der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Erfüllung seiner Aufgaben. Dieser umlagefinanzierte Zuschuss zu den Verwaltungskosten des Werkes wurde bis zum Jahre 2008 kontinuierlich abgesenkt. Im Jahr 2010 erhöht sich der Zuschuss um 4,4 Prozent (217 TEUR). Nach der mittelfristigen Finanzplanung des Kirchenamts der Evangelischen Kirche in Deutschland erhöht sich der Zuschuss im Jahr 2011 um 4,2 Prozent (217 TEUR) und im Jahr 2012 um 1,6 Prozent (86 TEUR); in den Jahren danach ist von einem Absinken aufgrund der allgemeinen Entwicklung des Kirchensteueraufkommens in den Landeskirchen auszugehen.

### Verwaltungskostenzuschuss der EKD inklusive Rechtshilfeprogramm



Die projektbezogenen Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt – insbesondere zur Durchführung zentraler und internationaler Aufgaben der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege aus Kapitel 1702 Titel 684 04 des Bundeshaushalts – sind die wichtigste finanzielle Basis für die Arbeit des Vorstandsbereichs Zentren und des Präsidialbereichs mit den Zentren FIBA, GRP und Kommunikation sowie den dortigen Stabsstellen. Für das Jahr 2009 wurde eine Zuwendung aus diesem Titel des Bundeshaushalts in Höhe von rund 4.251 TEUR beantragt und bewilligt. Dies entspricht der Zuwendung des Jahres 2008. Die Zuwendung unterliegt in ihrer Höhe – wie auch die weiteren projektbezogenen Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt – dem Grundsatz der Jährlichkeit, so dass keine langfristige Planungssicherheit besteht.

Neben den Erstattungen aus Zweckverbindlichkeiten (insbesondere auf der Grundlage der geschlossenen Refinanzierungssysteme für die Aktionen „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe) sind als letzte wesentliche Finanzierungsquelle der Arbeit des Diakonischen Werkes der EKD die Erträge aus dem Vermögen zu nennen.

Das Jahr 2008 wurde beherrscht von der weltweit schwersten Finanzmarktkrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Pleiten, milliardenschwere Abschreibungen und Wertberichtigungen bei US-Banken, aber auch in Europa und Asien, begleiteten die Krise. Davon ausgelöst kam es zu heftigen Kursverlusten an den internationalen Aktienmärkten. Innerhalb eines Jahres hat sich die weltweite Marktkapitalisierung der Aktienmärkte von rund 62.572 Milliarden US-Dollar auf knapp 29.367 Milliarden US-Dollar vermindert.

Der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 weitete sich zu einer allgemeinen Vertrauenskrise aus und erschütterte die globalen Geld- und Finanzmärkte. Der Geldhandel unter den Banken kam zeitweilig zum Erliegen. Auch viele Anleger fürchteten – teilweise auch zu Recht – um den Verlust ihrer Ersparnisse.

Weltweit legten die Regierungen Rettungsprojekte zur Stützung des Bankensektors auf. In Deutschland wurde am 20. Oktober 2008 die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) gegründet, die durch Stärkung der Eigenkapitalbasis von Banken zur Stabilisierung des deutschen Finanzmarktes beitragen soll.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise führten auch an den internationalen Rentenmärkten zu heftigen Turbulenzen und großen Verwerfungen. Der Rentenhandel kam in vielen Segmenten ab Sommer 2008 fast zum Erliegen. Die Renditen für risikoreichere Anlagen stiegen stark an, einzig Anleihen von Staaten mit bester Bonitätsbewertung erfreuten sich als „sicherer Hafen“ für die Anlagegelder überaus reger Nachfrage.

Das Szenario einer globalen Finanzmarktkrise rief die nationalen Notenbanken auf den Plan. Die US-Notenbank schritt entschlossen ein und führte im Jahr 2008 insgesamt sieben Zinssenkungen durch. Der Leitzins sank von 4,25 Prozent auf 0,25 Prozent und erreichte damit seinen historischen Tiefstand. Die Europäische Zentralbank (EZB) setzte ihren geldpolitischen Straffungskurs des Vorjahres wegen steigender Inflationsraten zunächst fort und erhöhte die Leitzinsen letztmals am 8. Juli 2008 um 25 Basispunkte auf 4,25 Prozent. Mit Aufkommen der Bankenkrise und rückläufigen Rohstoffpreisen senkten die Währungshüter die Zinsen in drei Schritten auf 2,50 Prozent.

Mit zeitlicher Verzögerung zur Bankenkrise sind mittlerweile auch weite Teile der Realwirtschaft erfasst. Düstere Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung werden zusehends Realität. Die internationalen Aktienbörsen mussten im Verlauf des Jahres 2008 scharfe Korrekturen hinnehmen. Der weltweite Aktienmarkt (MSCI-Weltindex in Euro) verlor in 2008 39,08 Prozent. Der DAX beendete das Jahr mit einem Schlussstand von 4.810 Punkten (2007 8.067 Punkte). Er verlor 40,37 Prozent.

Die Finanzmarktkrise hatte – trotz einer äußerst vorsichtigen Anlagestrategie – negative Auswirkungen auf das Finanzergebnis des Diakonischen Werkes der EKD. So mussten zum Bilanzstichtag 31.12.2008 Abschreibungen in Höhe von 3.609 TEUR vorgenommen werden.

## Ausblick 2009

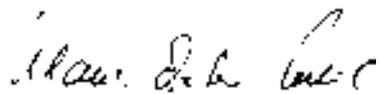
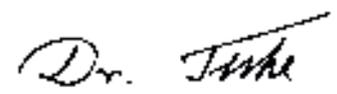
Die Unsicherheiten an den Kapitalmärkten haben sich auch im ersten Halbjahr fortgesetzt. Prognosen zur Entwicklung der Märkte im zweiten Halbjahr sind derzeit nicht möglich. Das Diakonische Werk der EKD wird in Zusammenarbeit mit seinen Partnern aus dem Bankenbereich seine vorsichtige und risikoaverse Anlagepolitik fortsetzen. Vor diesem Hintergrund der Unsicherheiten an den Kapitalmärkten wird ein unter dem Planansatz des Jahres 2009 liegendes Finanzergebnis erwartet.

Der Vorstand des Diakonischen Werkes der EKD ist sich bewusst, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen weiter verschlechtern. Insbesondere die projektbezogenen Bundesmittel bieten – vor dem Hintergrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung – keine langfristige Planungssicherheit. Um das Diakonische Werk der EKD zukunftsfähig aufzustellen, sind weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Erträge zu steigern und die Aufwendungen weiter zu reduzieren. Hier wird die geplante Fusion mit dem EED einen wesentlichen Konsolidierungsbeitrag bringen. Durch eine verbesserte Koordination der Arbeit sind erhebliche Einsparungen im operativen Bereich des neuen Gesamtwerkes Evangelisches Zentrum für Entwicklung und Diakonie zu erwarten, und zwar infolge von

- der Reduzierung der Zahl der Vorstandsmitglieder einschließlich der dazugehörigen Unterstützungskapazitäten
- Einsparungen auf weiteren Führungsebenen durch neue Aufbauorganisation
- Einsparung in den Servicebereichen durch die Zusammenführung an einem Ort und eine neue Aufbauorganisation
- Einsparungen durch den Wegfall von Doppelarbeit in der internationalen und der Inlands-Arbeit
- Einsparung von Reisekosten zwischen den Dienststellen
- Einsparung bei den Raumkosten durch Zusammenführung an einem Ort
- Einsparung im IT-Bereich durch gemeinsame Investitions-, Entwicklungs- und Lizenzkosten
- Einsparungen im Beschaffungsbereich durch höhere Stückzahlen

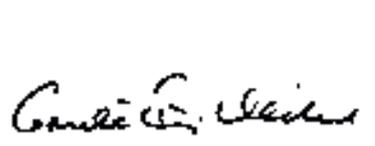
Diese Synergiepotenziale werden mittelfristig zu einer Refinanzierung des vom Diakonischen Werk der EKD im Fusionsprozess zu erbringenden Eigenbetrags führen. Zur Deckung etwaiger zukünftiger Aufwendungen, die nicht aus dafür zweckbestimmten Mittelzuweisungen der Evangelischen Kirche in Deutschland gedeckt sein könnten, wurde aus Vorsichtsgründen bereits eine Rückstellung in Höhe von TEUR 2.500 im Jahresabschluss 2008 gebildet. Inwieweit zukünftig ein derartiger, die Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis belastender Betrag tatsächlich entstehen wird, ist mit hinreichender Wahrscheinlichkeit noch nicht näher bestimmbar, da zum Bilanzstichtag weder ein Sozialplan noch konkrete Modalitäten für einen Umzug des Diakonischen Werkes der EKD nach Berlin bekannt sind. Der zur Umsetzung des Umzugs und der Fusion derzeit festgelegte Finanzierungsrahmen ist insgesamt als eng anzusehen und bedingt einen äußerst sparsamen Mitteleinsatz. Für die Bezifferung der realistisch zu erwartenden Aufwendungen stellen die Aufwendungen für den notwendigen Sozialplan eine wesentliche, derzeit noch ungewisse Größe dar. Die Konkretisierungen hierzu müssen im Jahr 2009 erarbeitet werden. Verhandlungen über die Erstellung eines Sozialplanes werden im Juni 2009 aufgenommen.

Stuttgart, den 8. Mai 2009

Klaus-Dieter K. Kottnik  
Präsident

Dr. Wolfgang Teske  
Vizepräsident




Cornelia Füllkrug-Weitzel  
Vorstand

Dr. Bernd Schlüter  
Vorstand

## Birger-Forell-Stiftung

Das Kuratorium und die Mitgliederversammlung der Birger-Forell-Stiftung e.V. haben im Jahr 1999 die Auflösung des Vereins zum 31. Dezember 2000 beschlossen. Gemäss § 10 der Satzung des Vereins ist das Vereinsvermögen dann dem Diakonischen Werk der EKD zuzuführen, mit der Maßgabe, es in der Bundesrepublik Deutschland für solche Zwecke zu verwenden, die den Aufgaben des Vereins „Birger-Forell-Stiftung“ am nächsten kommen.

Gemäss § 2 der Satzung war es Aufgabe des Vereins, vertriebene und geflüchtete Bauern in Deutschland in ihrem Streben nach einer freien Existenz zu unterstützen, ihre Eingliederung durch Hilfen fürsorglicher, beratender und materieller Art wirksam und erfolgreich zu gestalten und zu diesem Zweck insbesondere Ansiedlungsvorhaben zu fördern. Zur Erfüllung seiner satzungsmäßigen Aufgaben gewährte der Verein vornehmlich zinslose Darlehen. Zum 1. Januar 2001 wurde das Vereinsvermögen, das im Wesentlichen aus Forderungen auf Rückzahlung gewährter Darlehen bestand, dem Diakonischen Werk der EKD zugeführt. Der Geschäftsbereich Finanz- und Rechnungswesen übernahm damit die Verwaltung von 275 Darlehen mit einem Valutabetrag von rund 1.182.000 Euro. Dem Diakonischen Werk der EKD flossen seither circa 1.182.000 Euro zu. Im Berichtsjahr wurden 18 Darlehen getilgt oder vorzeitig abgelöst. Die Erträge aus den Anlagen dieses Vermögens werden zukünftig vereinbarungsgemäss wie folgt verwendet:

40 Prozent der jährlichen Erträge werden für Fortbildungen und Betriebspraktika in Deutschland für Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmer und Unternehmerinnen (einschließlich Nachwuchskräften) in den evangelischen Kirchen in Mittel- und Osteuropa und Zentralasien eingesetzt. Diese Erträge erhält die Initiative für evangelische Verantwortung in der Wirtschaft Mittel- und Osteuropas e.V., vormals Initiative e.V. (Fördergesellschaft für evangelische Verantwortung in der Wirtschaft Mittel- und Osteuropas), ein dem Diakonischen Werk der EKD angeschlossener Fachverband. Der Verein ist verpflichtet, den Nachweis der Verwendung der Mittel gegenüber dem Diakonischen Werk der EKD zu führen.

60 Prozent der Erträge setzt das Diakonische Werk der EKD für die seelsorgerische Betreuung von Aussiedlern ein. So konnte die Arbeit der Aussiedlerseelsorge der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste (AMD) im Diakonischen Werk der EKD unterstützt werden. Die AMD bietet seit April 1997 Arbeitshilfen für die Aussiedlerseelsorge an. Weiter werden Studententagungen mit Haupt- und Ehrenamtlichen in den Landeskirchen angeboten sowie Fachkonferenzen und Regionaltagungen in Zusammenarbeit mit der Aussiedlerseelsorge der EKD durchgeführt. Aufgabe der Aussiedlerseelsorge ist es, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler auf eine ihnen gemässige Weise zum christlichen Glauben einzuladen, ihnen Hilfen für Glaubens- und Lebensorientierung zu geben und ihr Einleben in unserer Gesellschaft zu fördern.

Der Zinsertrag aus dem Vermögen betrug im Geschäftsjahr 2008 67.924,19 Euro. Initiative e.V. erhält vereinbarungsgemäss hiervon 27.169,68 Euro (40 Prozent). Die mit der Übertragung des Vermögens (Notarkosten) und der laufenden Verwaltung der Darlehen angefallenen direkten Kosten sowie die anteiligen Personal- und Sachkosten bringt das Diakonische Werk der EKD aus Eigenmitteln auf.



## Organigramm des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.



### Impressum

Herausgeber:  
Diakonisches Werk  
der Evangelischen Kirche  
in Deutschland e.V.  
Staffenbergstraße 76  
70184 Stuttgart

Telefon: +49 711 2159-0  
Telefax: +49 711 2159-288  
diakonie@diakonie.de

[www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)  
[www.brot-fuer-die-welt.de](http://www.brot-fuer-die-welt.de)  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
[www.hoffnung-fuer-osteuropa.de](http://www.hoffnung-fuer-osteuropa.de)

Redaktion:  
Barbara-Maria Vahl  
Zentrum Kommunikation

Verantwortlich:  
Präsident Pfarrer Klaus-Dieter K. Kottnik  
Reichensteiner Weg 24  
14195 Berlin

Telefon: +49 30 83001-111  
Telefax: +49 30 83001-555  
Präsidentbereich@diakonie.de

Layout: W.A.F. Werbegesellschaft mbH, Berlin  
Druck: Ruksaldruck GmbH&Co KG, Berlin

ISBN 978-3-941458-04-8

## Wirtschaft und Verwaltung

Dr. Wolfgang Teske

### Verbandsjustizariat

Gottfried Cless

### Arbeitsrechtliche Kommission/ Arbeitsrecht

Birgit Adamek

### Finanz- und Rechnungswesen

Karl-Heinz Stimpfig

### Personal/-entwicklung

Christel Roth

### Verwaltung/Vertrieb/EDV

Gerhard Raith

## Ökumenische Diakonie

Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel

### Stabsreferat Finanzen, Verwaltung und IT

Gerhard Lämmle

### Öffentlichkeitsarbeit

N.N.

### Politik und Kampagnen

Dr. Klaus Seitz

### Projekte und Programme

Ulrich Gundert

### Diakonie Katastrophenhilfe

Volker Gerdesmeier

### Qualitätsmanagement/Controlling ÖD

Dr. Wolfgang Zeese

Dienststelle Berlin

Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin

Telefon: +49 30 83001-0, [www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

Dienststelle Stuttgart

Staffenbergstraße 76, 70184 Stuttgart

Telefon: +49 711 2159-0, [www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

Dienststellen Berlin und Stuttgart

Stand: Juli 2009

© Zentrum Kommunikation

**Diakonisches Werk  
der Evangelischen Kirche  
in Deutschland e. V.**

Stafflenbergstraße 76  
70184 Stuttgart